

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 18. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernzettel oder deren Raum 60 Pf., für polnische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stehende und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Auftakt.

Der Wahlrechtskampf des Jahres 1910 hat eingeseht. Am Sonntag haben in ganz Preußen, in allen Provinzen des Landes imposante Wahlrechtsversammlungen getagt. Hunderttausende haben protestiert gegen die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage, gegen das System der Dunkelkammer, das die Regierung in einer Frage beliebt, an der die weitesten Kreise lebendigen Anteil und brennendes Interesse nehmen. Hunderttausende haben im vornhinein protestiert gegen die Wahlrechtsänderungsvorlage, die von der Regierung der Junker dem preussischen Volke als eine Wahlreform zugemutet werden soll. Hunderttausende haben ihren Willen kundgegeben, das modernisierte Wahlrecht ebenso rückwärtslos zu bekämpfen, wie das aus der Reaktion der 50er Jahre geborene. Hunderttausende haben die ehrliche Einlösung des Versprechens der Thronrede von 1908 gefordert, haben protestiert gegen den Versuch, das preussische Volk in einigen Wochen mit einer unsagbar elenden Modifikation zu übertrumpfen! Und Hunderttausende haben endlich den Wahlrechtssturm gefordert, der die Reaktion niederschwimmt, und haben sich mit dieser Forderung verpflichtet, in diesem Sturm ihren Mann zu stehen und für ihn zu werben Kämpfer um Kämpfer!

Das ist der Sinn der großen Kundgebung des 16. Januar. Sie war die Einleitung des Kampfes, der anheben muß, wenn die Forderung der Arbeiterschaft nach gleichem Recht Gehör finden soll bei den Herrschenden. Wie sehr zu rechter Zeit die Demonstrationen gekommen sind, das zeigen die neuesten Meldungen über den Inhalt der Regierungsvorlage, die jetzt vollendet sein soll, die aber noch immer vorsichtig vor den Blicken des Volkes verborgen gehalten wird, weil sie öffentliche Kritik nicht verträgt. Daß das Konstrukt fertig sei, wurde am Montag in den Kreisen der preussischen Landboten erzählt. Wie es aussieht, darüber erfährt man nicht mehr, als schon vor einiger Zeit von mehreren gutinformierten Blättern verraten wurde. Alles, was sich Empörendes gemeldet haben, wird an Gewicht verstärkt durch die Mitteilung, daß der Geheim-Oberregierungsrat v. Falkenhayn als der Vater der Vorlage genannt wird, ein Mann von erprobter reaktionärer Gesinnung, der einst würdig war, dem deutschen Kronprinzen als politischer Mentor zu dienen. Und dieser Herr soll im Gespräch mit Parlamentariern zugegeben haben, daß der Freisinn an dem Vorschlage der Regierung wenig Freude haben werde. Dagegen will das Kabinett Bethmann-Hollweg auf die Nationalliberalen spekulieren. Anscheinend hofft die Regierung, eine Mehrheit aus Konservativen und Nationalliberalen bilden zu können, die dem modernisierten Unrecht durchzuhalten soll. Den Nationalliberalen ist natürlich alles zugutrauen, und die Regierung glaubt ihnen das „organisch fortentwickelte Dreiklassenwahlrecht“ besonders schmachthaft machen zu können, indem sie es den Herren als ein „nach Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht“ empfiehlt. Sie glaubt Aussichten auf Erfolg mit diesem Verfahren zu haben, da das Klassenwahlrecht, nachdem das indirekte Wahlverfahren abgeschafft ist und ihm Mehrstimmen für die staatlich attestierte „Bildung“ angefügt sind, sich doch eigentlich von dem Ideal der Nationalliberalen nicht mehr wesentlich unterscheidet. Wir wissen nicht, ob diese Spekulation auf das mangelhafte Unterscheidungsvermögen der Nationalliberalen Erfolg haben wird. Aber das wissen wir, daß bei den bestehenden Pluralwahlrechten das Stimmrecht des Besitzes nicht mehr als das Vierfache des Stimmrechts der Proletarier beträgt, daß aber unter dem „organisch fortentwickelten“ der Regierungsvorlage der Besitzende ein vierzigfaches Mehrstimmrecht ausübt.

Einen neuen Abschnitt des Kampfes gegen diese Ungleichheit, gegen die empörende Entrechtung der Arbeiterklasse hat der 16. Januar eingeleitet. Eine vorbereitende Meerschaum waren diese Massenversammlungen, die sich über den ganzen preussischen Staat verteilten, die in Großstädten und Dörfern die Entrechteten zusammengeführt haben. Eine Einleitung! Mögen es die Herrschenden nicht vergessen, die diesmal den gefährlichsten Straßendemonstrationen entgangen sind, für die sie ihre Schutzmantel und Soldatenscharen bereit gehalten haben. Das Proletariat hat nicht auf die Kundgebung der Straße verzichtet, wenn es sich am Beginn des Feldzuges mit Versammlungsdemonstrationen begnügt. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, wenn es nötig ist, den Kampf um das Wahlrecht in der schärfsten Form zu führen und dann auf keine der Mittel zu verzichten, die ihm erreichbar sind. Das hat der preussische Parteitag einhellig erklärt, und darin ist die Leitung der Partei einig mit den Massen. Das zeigt die Erklärung des Genossen Müller in einer der Berliner Versammlungen des Nordens, in der kurzen Diskussion, die seinem Referat folgte. Und diese Diskussion, in der das Volk zum Ausdruck kam, daß nicht schon bei dieser Ge-

legenheit die Straßendemonstration erfolge, zeigt auch, daß in den Massen der Proletarier die Empörung über das Unrecht lebendig ist, daß das Signal zum Wahlrechtssturm in ihnen donnernden Widerhall finden wird. Dafür zeugt auch die Tatsache, daß es in Forst und Bielefeld und in verschiedenen Städten des Magdeburger Reviers trotz der Parole der Parteilung zu Straßendemonstrationen gekommen ist. Das Proletariat hat seine Kampfbereitschaft bekundet. Und seinen festen Entschluß: Nicht eher wird Ruhe in Preußen, als bis das Unrecht gefallen ist!

Ein kräftiger Auftakt war der 16. Januar! Die Arbeiterschaft verfügt noch über mancherlei Register und wird, wenn es nötig ist, ihren Feinden noch lauter aufzuspielen wissen!

Ansiedelungs-schmerzen.

Als die preussische Regierung im Verfolg ihrer Polenpolitik das Enteignungsgesetz einbrachte, erhoben sich ernste Bedenken im Herrenhause. Die hohen Herren empfanden nämlich sofort, daß hier eine Bahn beschriftet werde, die ihnen selbst höchst gefährlich werden könne. Man konnte wohl in der Begründung des Gesetzes sagen, daß es sich gegen den polnischen Besitz und die polnische Bevölkerung richte, aber im Gesetz selbst konnte man doch nicht gut ausdrücklich und mit krassen Worten zweierlei Recht schaffen. Und hätte man es getan, so wäre doch die Entwicklung der Dinge weiter gegangen als die Absicht des Gesetzgebers. Mit anderen Worten: die Gefahr der Enteignung schwebt über dem deutschen Grundbesitzer nicht minder, als über dem polnischen. Das empfanden die erlauchteren und edlen Herren sehr wohl, und deshalb sperrten sie sich gegen das Gesetz. Aber schließlich haben sie es doch gutgeheißen und nun nimmt die Entwicklung den Gang, den jeder Verständige vorausgesehen hat.

Zur Veranschaulichung der polnischen „Gefahr“ hat das Gesetz gar nichts geholfen. Im Gegenteil. Der deutsche Großgrundbesitzer schreit sich den Teufel darum, ob seine Arbeiter deutsch oder polnisch sind. Er will nur billige Arbeitskräfte haben, und da der Pole billiger ist, sich auch mehr gefallen läßt als der Deutsche, nimmt er den Polen. So ist denn die Bevölkerung auf diesen in deutschem Besitz befindlichen Gütern tatsächlich polnisch. Außerdem aber benutzen die deutschen Großbesitzer bekanntlich die günstige Gelegenheit, um ihre Güter zu sehr hohen Preisen der Ansiedelungskommission anzubieten mit der Drohung, sonst an Polen zu verkaufen. Vielfach haben sie das auch getan, und so ist seit Bestehen der Ansiedelungskommission noch manches Land aus deutschem in polnischen Besitz übergegangen. Es ist also das, was unsere Regierung die polnische „Gefahr“ zu nennen beliebt, sogar noch vergrößert worden.

Wie dem begegnen? Der nächstliegende Gedanke wäre: die polnischen Landarbeiter durch deutsche zu ersetzen. Wer gewohnt ist, weiter zu denken, wird ja freilich die Aussichtslosigkeit auch dieses Gedankens sofort durchschauen. Er wird sich fragen: wo sollen denn aber die polnischen Landarbeiter bleiben? Sie werden auf andere Güter gehen oder in die Industrie, nach dem Westen, und dort die sogenannten „Polenfahr“ verstärken. Es wäre das also nur eine Verschiebung, keine Lösung der Frage. Indessen bleibt es unseren „nationalen“ Politikern erspart, sich hierüber den Kopf zu zerbrechen, weil der deutsche Landarbeiter sich zur Verdrängung der Polen nicht gebrauchen läßt. Er geht nicht dahin, wo es die „nationale“ Politik wünscht, und die Gutsherren, wie schon erwähnt, nehmen ihn auch nicht, weil er immerhin nicht ganz so anspruchslos, nicht ganz so billig ist, wie der Pole.

Da bleibt denn nichts anderes übrig als ein Gedanke, der schon wiederholt aufgetaucht ist und im neuesten Heft der „Preussischen Jahrbücher“ ausführlich begründet und verteidigt wird. Der Gedanke nämlich: nicht deutsche Landarbeiter, sondern selbständige kleine Besitzer, deutsche Bauern im Osten anzusiedeln. Der Verfasser des Artikels, ein Herr v. Kienitz, schreibt:

„So mancher Bauersohn des mittleren und westlichen Deutschlands, der als zweiter oder dritter dazwischen das väterliche Gut nicht erben kann, wird dem Suchen nach einer anderweitigen unsicheren Existenz gern die freie Scholle vorziehen, auch wenn sie ihm in der fremden Ostmark geboten wird, aber nur, wenn er dort selbständiger Bauer sein kann. Als ländlicher Arbeiter könnte er auch daheim beim älteren Bruder bleiben.“

Es ist in der Tat nicht abzusehen, was die Regierung anderes tun sollte, sofern sie ihre Polenpolitik beibehalten will. Dann aber entsteht sofort die Frage: wie soll für diese freien deutschen Bauern Platz geschaffen werden? Und darauf antwortet Herr v. Kienitz: durch Aufteilung des Großgrundbesitzes, und zwar des deutschen ebenso wohl wie des polnischen! Dieser angeblich „deutsche“ Besitz ist nämlich in Wirklichkeit polnisch:

„Nur der eine Grundbesitzer und allenfalls noch ein paar Inhabanten sind nicht Polen; sonst ist es ein Gebiet der polnischen Volksart... Dann ist aber in der Tat nicht abzusehen, weshalb wir vor dieser Art „deutschem“ Grundbesitz Halt machen sollten. Der für die Enteignung des eigentlich polnischen Grundbesitzes seinerzeit geltend gemachte und damals ausschlaggebende Grund trifft nämlich auch hier genau zu. Es war doch der, daß die Polen nicht freiwillig an die Ansiedelungskommission verkaufen wollten. Nun, das ist

bei den deutschen Besitzern polnischen Landes ebenso. Zwar wären sie noch den Schein durch Verkaufsangebote an die Ansiedelungskommission, aber mit unmöglichen Preisen und regelmäßig in der artigen Form, daß, wenn die Ansiedelungskommission nicht binnen wenigen Tagen zuschlägt, man sich leider genötigt sehen werde, an den Polen zu verkaufen.“

Weiter macht Herr von Kienitz für seinen Vorschlag geltend:

„Noch ist mehr als die Hälfte des ostmärkischen Landes in deutschem Eigentum. Läge nur dieses Land in den Händen deutscher Bauern, so hätten wir schon in der nächsten Generation ein so starkes Gewicht deutscher Kultur, daß die Gefahr einer eigentlichen Polonisierung der Ostmark als ausgeschlossen gelten könnte.“

Hier wird also der deutsche Großgrundbesitzer geradezu als Schädling des Deutschtums im Osten bezeichnet.

Diese Ausführungen sind schlüssig und zwingend. Will die Regierung ihre bisherige Polenpolitik fortsetzen, so wird sie an die Enteignung und Aufteilung des deutschen Grundbesitzes zwecks Ansiedelung deutscher Bauern herangehen müssen, und dann würden wir es erleben, daß das Enteignungsgesetz seine eigenen Väter und Urheber schlägt; daß diejenigen, denen wir die ganze Polenfrage verdanken, sich selbst eine Grube gegraben haben, worin sie sich die Hälse brechen. Tut die Regierung das aber nicht, so ist der Verdacht nicht zu vermeiden, daß die Polenpolitik nicht die angebliche „Kräftigung des Deutschtums“, sondern den Vorteil und die Bereicherung der deutschen Großgrundbesitzer zum Ziel hat. Was z. B. für die gemahregelten Lehrer und Beamten in Kattowitz sehr interessant sein würde.

Im übrigen versteht es sich von selbst, daß auch diese Maßregel — so sehr sie die Konsequenz der bisherigen Polenpolitik ist — eine Lösung der „Polenfrage“ nicht bringen könnte. Einmal wären die neuen deutschen Ansiedler auch wieder nur auf verhältnismäßig kurze Zeit versorgt. Denn das Land „in wirklich bäuerlicher Weise zu parzellieren“, bedeutet, es so aufzuteilen, daß jede Stelle gerade die deutsche Familie trägt, die sich auf ihr ernähren kann“. Dann tritt aber in kurzer Zeit wieder die Sorge ein, wo die nachgeborenen Söhne der Bauern untergebracht werden sollen. Selbst wenn vorläufig Land genug vorhanden ist, um sie auch wieder selbständig anzusiedeln, wäre diese Sorge nur um eine Spanne Zeit hinausgeschoben. Um aber das Deutschtum so viel wie möglich zu kräftigen, müßte man doch so viel Bauern wie möglich ansiedeln, also möglichst gar kein Land übrig lassen. Außerdem aber bleibt ja immer die Sorge, wo denn die verdrängten polnischen Landarbeiter bleiben sollen. Das sieht auch Herr v. Kienitz ein. Da man doch die vier Millionen Polen weder totschlagen noch in Deutsche verwandeln kann, so muß man schon für ihr anderweitiges Unterkommen sorgen:

„Soweit wir durch Parzellierung des deutschen Großgrundbesitzes die dort ansässigen polnischen Landarbeiter zum Weggange nötigen, müssen wir ihnen durch Parzellierung der volkreichen polnischen Latifundien andere Beschäftigung bieten.“

Aber dann fürcht man doch das polnische Volkstum nicht minder als das deutsche!

In der Tat, es ist so. Und deshalb gibt es wirklich keine andere Lösung der Frage, als daß endlich die Verdrängung der Polen aufhört, daß man sie als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt und — soweit der polnische Landarbeiter in Betracht kommt — sie zur höheren Kultur erzieht. Allerdings liegt es nicht im Interesse der Großgrundbesitzer, daß die polnischen Landarbeiter in der Kultur gehoben und damit anspruchsvoller werden. Deshalb wird die Regierung fortwursteln wie bisher.

Die Sozialdemokratie über den preussischen Etat.

Am zweiten Tag der preussischen Etatsdebatte kamen nur drei Redner zum Wort. Herr Wiemer für die Freisinnige Volkspartei, der Freiherr v. Redlich für die Freikonservativen, und Genosse Dirck als Stabsredner der Sozialdemokratie.

Herr Wiemer suchte der oppositionellen Haltung des Freisinnis dadurch ein Relief zu geben, daß er gegen das Zentrum ins Geschieß legte. So richtig es aber auch an sich war, daß der freisinnige Redner sich gegen die Schuldverpflichtungsbestrebungen des Zentrums ins Zeug legte, so verspätet war doch dieser freisinnige Protest. Denn wenn der freisinnige Redner die erstrebte Konfessionalisierung der Mittelschulen und der Unterstädten als ein Attentat gegen Kultur und Bildung zurückzuweisen für notwendig hielt, so wäre es doch schon im vorigen Jahre die Pflicht des Freisinnis gewesen, gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Kampf um Entpaffung der Schule und des Staates überhaupt zu führen! Damals aber — es bestand damals allerdings noch die Eile auf Kündigung, der konservativ-liberale Block — war der Freisinn nicht für die Forderung der Trennung von Staat und Kirche zu haben, damals bewilligte er im Gegenteil noch die 13 1/2 Millionen Mark jährlicher staatlicher Unterstützung für die Erhöhung der Gehälter der Geistlichkeit!

Ebenso verspätet kam Herr Wiemers Forderung einer Erhöhung der Bezüge der Staatsarbeiter. Denn wenn im vorigen Jahre der Freisinn sogar gegen die sozialdemokratischen Forderungen auf Erhöhung der Unterbeamtengehälter stimmte, so ist es nur zu klar, daß sein heutiges Liebeswerben um die Gunst der Staatsarbeiter nur durchsichtigstem Agitationsbedürfnis zuschreiben ist! Wenn endlich der freisinnige Redner in Sachen der Wahl-

reform dem Reichert von Zedlig und der Rechten ins-
gesamt Vorwürfe machte, so hätte man zu mindestens
von ihm erwarten sollen, daß er ein freisinniges Mindest-
programm aufgestellt hätte. Aber dabei schenkte sich Herr
Wiener auch diesmal! Auf die Einzelheiten der Wahlrechtsfrage
ging der freisinnige Redner gar nicht ein, um sich nicht die
Finger zu verbrennen und seine zu allen Kompromissen
geneigte Partei nicht allzu sehr festzulegen! Von
der Ankündigung eines freisinnigen Appells an die
Massen war in Wieners Rede vollends nicht die Rede.
Aus der Rede des Herrn v. Zedlig, die sich in finanz-
politischen Einzelheiten verlor, traten nur die Schlussätze hervor,
in denen er davon sprach, daß sich seine Partei in Wahlrechts-
fragen auch durch den sozialdemokratischen Appell an die politisch
unentschiedenen Schichten der breiten Volksmasse nicht be-
einträchtigen lassen werde. Der freikonserervative Führer gab sich
debei wohl einer Täuschung über die Wirkung der reaktio-
nären Volksverdummungsbestrebungen hin. Denn so rührt die
reaktionären Elemente auch an der Arbeit sind, die Massen in
politischer Unmündigkeit zu erhalten, so wenig verschlägt doch auf
die Dauer diese reaktionäre Erziehungsmethode.

Zu einer Kritik des ganzen preussischen Antikultursystems holte
der sozialdemokratische Fraktionsredner, der Genosse
Hirsch, aus. Während die Redner der bürgerlichen Parteien, die
ja sämtlich Fleisch vom Fleische des volksfeindlichen, kulturwidrigen
preussischen Systems der Stabilisierung der Junkerlichen und
kapitalistischen Vergewaltigung des Volkes sind, am Sonnabend und
auch am Montag dies System entweder summarisch verteidigten oder
aber nur kleine Einzelansetzungen vorzubringen hatten, unternahm
es der sozialdemokratische Redner in anderthalbstündiger Rede, in
großen Umrissen ein Bild der Aufgaben eines wahrhaft modernen
und sozialen Staatsgebildes zu zeichnen und diesem Bilde das Herr-
bild gegenüberzustellen, das uns aus allen Zügen des offiziellen
Preußen entgegenrückt.

Wenn der preussische Ministerpräsident, der Major v. Bethmann
Hollweg, sich bei Eröffnung des Landtages statt mit einer politischen
Einführungsrede mit einigen familiär sein sollenden, dabei kümmer-
lich ausgeklügelten und künstlich gerabigten Mißleid erregenden Be-
gründungsworten an die Rechte des Hauses begnügt hatte, und der
eigentliche preussische Redeminister, Herr v. Rheinbaben, ein übriges
getan zu haben glaubte, wenn er das Haus nochmals weislich mit
den Zahlen regalierte, die längst durch die offiziöse Presse mitgeteilt
worden waren, so war es unserem Fraktionsredner vorbehalten,
diese trostlosen Zahlenreihen erst in das rechte Licht zu
setzen. Genosse Hirsch wies eingehend nach, daß das preussische
Finanzsystem im Grunde nichts ist, als die Folge der reaktionären
Schutzoll- und Lebensmittelverteuerungspolitik im Reiche. Die
200 Millionen Mark Mehrausgabe, die Preußen für die Aufbesserung
der Beamtengehälter zahlen muß, wurden notwendig infolge
der agrarischen Volksauswucherung! Und diese
200 Millionen kommen nicht etwa den Beamten selbst in Gestalt
einer verbesserten Lebenshaltung zugute, sondern fliehen wiederum
in die Taschen der Brot- und Fleischwucherer und ihrer ebenso staats-
erhaltenden Kumpans!

Scharf und klar präzierte Genosse Hirsch die Stellung der
Sozialdemokratie zur Frage der Aufbringung der Mittel
für die Staatsaufgaben. Energisch wies er das Anstimmeln
zurück, aus den Staatsbetrieben, in erster Linie also den Staatsbahnen
und städtischen Vergewerken, den Mehrbedarf herauszuwirtschaften.
Sei doch die Lage der Masse der Unterbeamten trotz der viel-
gepriesenen Besoldungsreform noch eine durchaus unbefrie-
digende. Erst recht aber bedürften die Löhne der Staats-
arbeiter im Eisenbahn- und Bergbetriebe einer durch-
greifenden Aufbesserung! Denn wenn schon die Löhne
der Kommunalarbeiter hinter den Löhnen der Privatindustrie zurück-
stünden, so gelte das erst recht von den Löhnen der Arbeiter in den
Staatsbetrieben! Wenn man sparen wolle, möge man da sparen,
wo es möglich und sogar sehr angebracht sei: bei den
höheren Beamten! Dort könne mancher hochdotierte Posten
überhaupt gestrichen werden, ohne daß das Volk davon auch nur den
geringsten Nachteil hätte. Gestrichen werden könnten die vielen
Hunderttausende für die Gesundheitskosten an deutschen Höfen, die
Abfindungssummen an ehemalige Fürsten und Notabilitäten und
vieles andere mehr.

Was aber die Sparsamkeit nicht einbringe, könne eingebracht
werden durch stärkere Heranziehung der Besitzenden
in Stadt und Land zu den direkten Steuern, zur
Vermögens- und Einkommensteuer! Man möge doch
eine Kommission zur Untersuchung der von Delbrück und
anderen gebrauchten Fälle einsetzen, überhaupt ausreichende Vor-
schüßungen für die Steuerveranlagung treffen, damit künftig
nicht mehr 60 Proz. der direkten Steuern von den Besitzenden hinter-
zogen werden könnten!

Alsdann entrollte Genosse Hirsch das Sündenregister der ein-
zelnen Staats. Wohin auch das Licht der sozialdemokratischen Kritik
fiel, überall beleuchtete es die beschämendste soziale Rück-
ständigkeit. In langer Reihe folgten die einzelnen Anklage-
punkte: das Daniederliegen des Volksschulunterrichts, die schmach-
vollen Unterlassungsfälle auf dem Gebiete des Gesundheitswesens,
die namentlich im ostelbischen Junkerparadies die ungeheure Kinder-
sterblichkeit enthielt, die Schändlichkeit der in das Ministerium
des Innern, des Polizeiministeriums ressortierenden Zu-
stände usw. usw.

Den Schluß der Rede des Genossen Hirsch bildete eine ein-
drucksvolle Überweisung mit der Regierung und den Parteien in
Sachen des Wahlrechts. Als skandalöse Volksverhö-
nung brandmarkte unser Genosse das Schweigen der Regierung
über ihre Absichten in Sachen der Wahlreform, eine Kennzeichnung,
die ihm die Mäße des präsidierenden Vizepräsidenten von Pösch
eintrug. Und dann ließ Genosse Hirsch unter allgemeinsten Auf-
merksamkeit des Hauses und den wechselnden Kundgebungen der
Schadenfreude der einzelnen Parteien (diese Leuten freuen sich
allemaal, wenn die an ihnen vorgenommene Exekution vorüber
ist und nun der andere über's Amie gezogen wird) die Haltung
sämtlicher bürgerlichen Fraktionen Revue passieren, wobei
keine einzige sich darüber beklagen konnte, zu kurz gekommen zu
sein. Dem Zentrum wurde seine schändliche Verleugnung
des gleichen Wahlrechts bei der Abstimmung über die
Neueinteilung der Wahlkreise vorgehalten, die
Nationalliberalen wurden als unsichere Kantonsisten sogar
in der Frage der öffentlichen Abstimmung charakterisiert und
die Wahlrechtsfreundlichkeit des Freisinn wurde durch sein
Einstreiten für die konservativen Wahlrechts-
feinde bei den letzten Landtags- und Reichstagswahlen
ins hellste Licht gesetzt. Mit der Aufforderung an alle
ehrlichen Wahlrechtsfreunde, den Wahlrechtskampf mit aller
Entschiedenheit aufzunehmen, und der Versicherung,
daß die Sozialdemokratie mit ihrer „Verhegung“ der
Massen solange mit aller Rücksichtslosigkeit fort-
fahren werde, bis das in jeder Beziehung allgemeine und
gleiche Wahlrecht errungen sei, schloß Genosse Hirsch seine wichtige
Anklagerede.

Das Haus wurde dann auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Trotzdem

noch eine lange Reihe weiterer Redner eingezeichnet ist, darunter
auch der zweite sozialdemokratische Staatsredner, erklärte
bereits ein konservativer es für notwendig, schon morgen, Dienstag,
die Staatsdebatte zu beenden. Das bedeutet offenbar schon die Vor-
bereitung zur Strangulation des zweiten sozial-
demokratischen Staatsredners!

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wird man noch
einmal, teilweise sogar zum dritten Male, zum Wort kommen
lassen, aber der Entgegnung der Sozialdemokratie, der
stärksten preussischen Partei nach ihrer Wählerzahl, will man durch
das Fallbeil des Debatteschlusses vorbeugen!

Man darf in der jetzigen Situation aber doch wohl darauf
rechnen, daß mindestens die gesamte Linke, von den National-
liberalen bis zu den Polen, diesen feigen Akt der reaktio-
nären Mehrheit mit aller Entschiedenheit zurück-
weisen wird!

Privatbeamte und Tabakarbeiter.

Aus dem Reichstag, 17. Januar. Die Interessen zweier
profetarischen Wirtschaftsklassen, der Privatbeamten und der Tabak-
arbeiter, kamen heute im Reichstag auf Grund von Interpellationen
zur Verhandlung. Zunächst interpellierten Zentrum und National-
liberale: wie es denn eigentlich mit dem längst versprochenen Gesetz-
entwurf betreffend die Pensionsversicherung der Privat-
beamten und ihrer Hinterbliebenen stehe. Der Staats-
sekretär Deibred gab, wie üblich, ohne eine Miene zu verziehen,
die Erklärung ab, daß die Vorarbeiten noch immer in der Schwebe
seien. Wenn sie zum Abschluß kommen würden, lasse sich nicht sagen.
Damit war man denn glücklich genau so klug wie vor der Inter-
pellation.

In der Besprechung wurde von allen Parteien die Not-
wendigkeit einer Beschleunigung der Maßregel betont. Aus-
einander gingen die Meinungen aber bezüglich der Frage,
ob die Privatangestellten als besondere Wirtschaftsklasse zu be-
handelt seien, wie das die Vertreter bürgerlicher Parteien fordern,
oder ob ihre Versicherung dem allgemeinen Versicherungswesen aller
Arbeiter einzugliedern ist, wie das namens der Sozialdemokratie
Genosse Heine forderte. Er wies darauf hin, daß die Schen vieler
Privatangestellter, sich als das zu bekennen, was sie wirklich sind
— als Proletarier — und mit den Arbeitern gemeinsame Sache
zu machen, wesentlich dazu beigetragen hat, die Verschleppung der
Privatbeamtenversicherung zu erleichtern. Da auch diesmal von der
Regierung nicht irgend ein Zugeständnis von praktischem Werte er-
zielt ist, werden die Privatangestellten in ihrer Mehrheit hoffentlich
nunmehr einsehen, daß, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollen,
sie sich organisieren und als Glied des proletarischen Klassen-
kampferes den Kampf um ihre Rechte aufnehmen müssen.

Die sozialdemokratische Interpellation wegen der durch die
Steuergesetze im vorigen Jahre den Tabakarbeitern zugesagten
Unterstützung wurde vom Genossen Geier begründet. Er
zeigte an zahlreichen Einzelsachen, wie trotz der Bemühungen des
Staatssekretärs Wermuth die brotlos gewordenen Tabakarbeiter auch
jetzt noch in ganz ungenügender Weise mit Unterstützungen bedacht
werden, daß der Kreis der Unterstützungsberechtigten durch bureau-
kratische Vorschriften vielfach in ganz ungebührlicher Weise ein-
geschränkt worden ist. Hat man doch 3. B. arbeitslos gewordenen
Arbeiterinnen die Unterstützung verweigert, weil sie im Laufe des
abgelaufenen Jahres als Wöchnerinnen eine zeitlang so wie
so arbeitsunfähig geworden seien. Der Staatssekretär Wermuth
gab zu, daß anfangs Härten vorgekommen seien, meinte aber,
seit seinem Eingreifen habe sich das geändert; jetzt geschehe, was
nur getan werden könne. Er bestritt auch, daß eine dauernde
Schädigung der Tabakindustrie durch die Steuergesetze zu erwarten
sei. Für diese Behauptung erhielt er natürlich lebhaftest Zustimmung
bei den Vertretern der steuerkuldigen Parteien. Genosse Wolff-
bühr indes wies auf Grund der Erfahrung, die 1879 mit den
Steuererhöhungen gemacht wurden, darauf hin, daß man auch
jetzt wieder mit einer zehnjährigen Nachwirkung der Konsumein-
schränkung auf die Industrie und damit auf die dauernde Ein-
schränkung der Arbeitsgelegenheit zu rechnen haben werde. Eine
Erhöhung des Viermillionenfonds für Unterstützungszwecke sei des-
halb dringend geboten. Damit ging die Debatte aus.

Morgen kommt die Interpellation wegen Mansfeld an
die Reihe.

Die Wahlen in England.

London, 17. Januar. (Telegraphischer Bericht.) Bis
heute morgen waren 91 Wahlergebnisse bekannt. Es waren
gewählt: 43 Unionisten, 37 Liberale, 6 Vertreter der
Arbeiterpartei und 5 Nationalisten. Gewonnen haben
die Unionisten 18, die Liberalen nach den letzten
Feststellungen drei Sitze.

Die Unionisten haben also einen Zuwachs von 15 Sitzen
erhalten. Noch mehr fällt ins Gewicht, daß die Majorität
der Liberalen bedeutend zurückgegangen ist. Bei den Wahlen
1906 erhielten die Konservativen circa 277 000 Stimmen, die
Liberalen 317 000; diesmal die Konservativen etwa 335 000,
die Liberalen 328 000 Stimmen; die Konservativen haben
somit fast 58 000 Stimmen, die Liberalen nur 6000
Stimmen gewonnen. Freilich, daß die Konservativen
bei dieser Wahl schon die Majorität im Parlament erobern
werden, ist ausgeschlossen. Dazu müßten sie etwa 168 Mandate
gewinnen. Nichtsdestoweniger müssen die bisherigen Resultate
für die Liberalen als wenig günstig bezeichnet werden.
Es ist nicht zu verkennen, daß über den Mandatszuwachs
hinaus die starke Stimmzunahme der Konservativen das
moralische Gewicht der künftigen liberalen Regierung be-
trächtlich vermindern und der verstärkten Opposition neue An-
griffslust verleihen wird.

Freilich die Hoffnungen der Optimisten unter den Kon-
servativen sind nicht erfüllt worden. Das unionistische
Blatt „Standard“ hatte für die Unionisten einen
Gewinn von zehn Sitzen auf Kosten der Liberalen
in London erhofft. Der „Daily Telegraph“ war weniger
optimistisch gewesen und hatte nur auf einen Gewinn von
sechs Sitzen gerechnet, es sind jedoch nur deren drei gewonnen
worden. Ein Mißerfolg ist für die Unionisten in Grimshy
zu verzeichnen, wo der unionistische Kandidat einer der Haupt-
befürworter der Volkstarifreform gewesen ist. Dagegen haben
die Unionisten bedeutende Gewinne an Stimmen in den
Midlands und den westlichen Bezirken zu ver-
zeichnen, obgleich es ihnen nicht gelungen ist, in
der Grafschaft Lancashire Fortschritte zu machen.
In Burnley ist Genosse Handman, der gegen den Unio-
nisten und den liberalen Arbeiterkandidaten Maddison
gleichzeitig zu kämpfen hatte, leider unterlegen. Der konser-
vative ging mit 93 Stimmen Majorität aus der Wahl als
Sieger hervor. Das Mandat hatte früher Maddison inne.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. Man
schätzt, daß sie 90 Proz. erreicht habe gegen 80 Proz. im

Jahre 1906. Wie intensiv die Agitation getrieben wurde,
zeigt der Umstand, daß den Konservativen für die Wahl
15 000 Automobile, den Liberalen 12 000 zur Verfügung ge-
standen haben sollen. Diese müßten übrigens den Kandidaten
unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, weil das englische
Wahlgesetz verbietet, für solche Zwecke Geld auszugeben.

Die Presse beider Parteien nimmt natürlich die Ehren
des Wahltages für sich in Anspruch. Dies geschieht schon
deshalb, um die Anhänger nicht für die künftige Wahlschlacht
zu entmutigen. So schreibt der konservativ „Standard“:
„Die Unionisten haben Grund, sich über den ausgezeich-
neten Anfang des Wahlkampfes, den sie am Sonn-
abend gemacht haben, zu freuen. Für die Regierung
heißt es, bei einer langen Serie von Siegen der
Opposition ihre sofortige Demission zu geben. Wir
hoffen, daß dieses Beispiel, welches das Land
am Sonnabend gegeben hat, die ganze Wahlkampagne hin-
durch beibehalten werde. England scheint endlich eingesehen
zu haben, was für das Land nützlich ist.“

Dagegen sagt das liberale „Daily Chronicle“: „Kein
zweifelhafter Wähler soll sich durch den Sieg, welchen die
Unionisten am Sonnabend scheinbar errungen haben, betören
lassen. Der Sieg der Unionisten ist nicht so groß, als es
scheint. Wenn die Unionisten nur eine kleine Chance
für den endlichen Ausgang haben wollten, so hätten
sie am Sonnabend mindestens 30 Sitze erringen müssen.
Es ist nicht vorauszufragen, daß der Sieg der Unionisten in
den nächsten Tagen derselbe oder ein größerer sein wird, als
am Sonnabend. Das wirkliche Resultat ist schließlich ein ganz
anderes und wenn die Unionisten behaupten, Hoffnung vor
Beginn der Wahlen gehabt zu haben, so wird ihnen diese
Hoffnung durch den Sonnabend wohl bereits zum größten
Teile vergangen sein. Und die „Daily News“ meinen:
Es ist ganz klar, daß die Unionisten trotz des scheinbaren Er-
folges vom Sonnabend keine Majorität bekommen können. Das
wird ihnen wohl der Sonnabend bewiesen haben. Aber wir
müssen mehr tun als eine Majorität zu gewinnen; wir müssen
eine große Majorität erreichen und wir werden sie erreichen;
wir haben alle Hoffnung, in den noch ausstehenden industriellen
und landwirtschaftlichen Wahlbezirken, namentlich in Scot-
land, den Sieg zu erringen. Die Vorgehen am Sonnabend
deuten auf eine enorme Majorität der Liberalen.“

Von entscheidender Wichtigkeit wird der heutige Wahltag
sein, an dem in 93 Wahlbezirken 104 Abgeordnete zu wählen
sind. Nach dem bisherigen Parteiverhältnis teilen sich diese
104 Abgeordnete in 68 Liberale und 36 Unionisten. Zwei
Minister stehen heute vor der Wiederwahl: in Bristol Minister
Brett und in Battersea, einem Londoner Wahlbezirk,
Minister Burns. Bis 4 Uhr nachmittags waren heute
sechs irische und ein unionistischer Abgeordneter
als gewählt erklärt worden, da keine Gegenkandidaten auf-
gestellt waren.

Konservative gegen Lloyd George.

London, 16. Januar. Nach einer Wahlrede in Grimshy wurde
Schatzkanzler Lloyd George, als er den Saal verließ, von der
draußen versammelten Menge feindlich empfangen, so daß er
durch eine Hintertür über die Eisenbahnsteife hinweg in das Ge-
bäude einer Feuerwache flüchten mußte.

Lloyd George ist übrigens unverzagt. In einer Kundgebung
versichert er: Wir siegen. England ist gegen die Herrschaft der
Beers und des Bieres, Nordengland und Schottland sind auf unserer
Seite. Jedenfalls sind die Aussichten auf eine mächtige Mehrheit von
150, wie ich glaube, günstig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar 1910.

Die Nationalliberalen und die preussische Wahlreform.

Die nationalliberale Partei, die sich in komischer Selbst-
täuschung noch vor wenigen Monaten als energische
Oppositionspartei geberdete, konzentriert sich behende rück-
wärts. In Schleswig-Holstein haben die Nationalliberalen
entdeckt, daß sie eigentlich den Landbündlern näherstehen als
den Freisinnigen und deshalb im Interesse eines langsamen
ruhigen Fortschrittes mit dem Bund der Landwirte paktieren
müssen; in Gotha hat der Zentralvorstand beschlossen, das
künftighin in keinem Fall ein Wahlbündnis mit der Sozial-
demokratie abgeschlossen werden dürfe; in Bayern haben die
Nationalliberalen ihr Bloßabkommen mit den Linksliberalen
gefündigt usw. usw. Ueberall zielbewußte Rückwärts-
konzentration.

Am besten aber kennzeichnet vielleicht den Herzensdrang
der Nationalliberalen nach rechts ihr Verhalten zu der preus-
sischen Wahlreform. Noch vor wenigen Wochen schien es, als
würde wenigstens die nationalliberale Fraktion des Preus-
sischen Abgeordnetenhauses für die geheime Wahl stimmen;
aber selbst dieses bescheidene Vertrauen auf die national-
liberale Prinzipienfestigkeit erweist sich als unberechtigt.
Nimmer mehr Stimmen tauchen in der nationalliberalen
Presse auf, die sich für die Beibehaltung der öffentlichen
Stimmabgabe aussprechen, und zwar sind das meist Stimmen
aus dem Kreise der Großindustriellen und des Großhandels,
also aus den zahlungsfähigen Kreisen, deren Wahlsonde-
beiträge die nationalliberale Partei nicht entbehren kann.
Selbst die „Nationalzeitung“, die bisher für die geheime
Wahl eintrat, öffnet jetzt einer Zuschrift von „besonderer“
Seite ihre Spalten, in der es heißt:

„Gingen wir die Möglichkeit freier politischer Betätigung
durch das geheime Stimmrecht? Wo wird am meisten der
Gehetze Tür und Tor geöffnet? Im Wirtschaftshaus, bei Einkäufen,
auf der Straße wird bald die verächtliche Gesinnungsriechelei
die bürgerlich Gesinnung festgesetzt haben, wie das bei den
Reichstagswahlen jetzt schon vorkommt. Und können wir den
loben, der sich laut als Sozialdemokrat preist und nachher heim-
lich einen bürgerlichen Stimmzettel abgibt? Die Proscriptions-
listen bei den sozialdemokratischen Arbeitern werden ja doch
nicht aufhören; im Gegenteil, sie werden noch rücksloser sein, da
sie manchen Unschuldigen treffen. Die offene Stimmabgabe muß
aber denen, die an der Erhaltung des Staates und seiner Ord-
nung interessiert sind, eine Kontrolle sichern, und die offene
Verächtlichmachung bürgerlicher wirtschaftlicher Elemente und der gegen
sie ausgeübte Terrorismus wird hoffentlich rascher die Gefahr
kennzeichnen, als wenn sie unter dem Schutze der Heimlichkeit
alles unterwählt.“

Noch stärker ist natürlich die rechtsnationalliberale
Presse für die öffentliche Stimmabgabe begeistert — allen
voran die „Hamburger Nachrichten“, das Organ der hansea-
lischen Schatzmacher. Das Blatt schreibt in dem ihm eigenen
albernen Größenwahn:

„Die geheime Abstimmung ist das Wahlverfahren der Un-
hängigen und Unfreien, der Unselbständigen und Unverantwort-
lichen, denen am besten das Wahlrecht verweigert

bliebe. Wenn sie gleichwohl heute Freisinnige und leider auch Nationalliberale zu einem gerade dem Liberalismus ureigenen Postulat erheben, so lassen sich dem berufenen Urteile der namhaftesten liberalen Politiker aus älterer und neuerer Zeit entgegenhalten, die sich mit einer nicht zu überbietenden Schärfe gegen die geheime Wahl ausgesprochen haben. Wir nennen v. Hofstedt, Bluntzschli, Dahlmann, Gneist, v. Schöbel, Georg Meyer, Pfizer, nach dem die geheime Wahl der „Deckmantel der Verlogenheit und Lüge“ ist, und aus der Gegenwart den preussischen Landtagsabgeordneten Schmieding.“

In einem zweiten Artikel verlangt dieses Blatt sogar direkt, daß die Nationalliberalen sich in dieser Frage den Konservativen zur Verfügung stellen und mit diesen eine Mehrheit zur Abwehr der Forderung des geheimen Wahlverfahrens bilden:

„Wenn das Zentrum sich wirklich entschließt, in der Frage, ob öffentliche Wahl wie bisher oder geheime, gegen die konservative Partei entschiedene Front zu machen, so haben es die Nationalliberalen in der Hand, das Zentrum laut zu stellen, wenn sie zu einer Verständigung mit der Rechten bereit sind. Von der nationalliberalen Fraktion im Preussischen Abgeordnetenhaus wird es daher abhängen, ob ihre Gesamtpartei die Position einer Mittelpartei, die bei Aufgaben von staatsverhaltendem, nationalem Interesse stets den Anschluß nach rechts zu suchen hat, behauptet und die Linksabweitung wirklich noch verhütet.“

Also bei Aufgaben von nationalem Interesse haben die Nationalliberalen „stets den Anschluß nach rechts zu suchen“. Solche Auffassungen bezeichnet man in Deutschland als nationalliberal.

Deforziert.

Das angeblich „vollständigste“ der Hoffeste, das vor hundert Jahren eingefetzte Krönungs- und Ordensfest ist gestern, am Sonntag, mit dem köstlichen Prunk im königlichen Schloß gefeiert worden. Und wie immer an diesem Tage, ist auch gestern wieder ein reicher Ordensregen auf die Häupter bezogen. Dusen „verdienstvoller“ Männer herabgeschleut. Insgesamt gelangten 4116 Orden zur Verteilung. Hiervon entfielen auf: Großkreuz des Roten Adlerordens 7, Roten Adlerordens 1. Klasse 6, 2. Klasse 113, 3. Klasse 207, 4. Klasse 1109; Kronorden 1. Klasse 11, 2. Klasse 177, 3. Klasse 332, 4. Klasse 343; Hausorden von Hohenzollern 15 und Allgemeines Ehrenzeichen 1796.

Unter den Deforzierten befinden sich auch viele Parlamentarier, meist natürlich Konservativen und Nationalliberalen, doch haben auch einige Zentrumskräfte — Herr Erzberger ist nicht darunter — und Freisinnige Kronorden dritter und Rote Adlerorden vierter Klasse erhalten. So hat z. B. der Kapitän der Freisinnigen Vereinigung, Dr. Hecker, den Roten Adlerorden vierter Klasse empfangen, während die Reichstagsabgeordneten Dr. Bachmide (fr. Vg.) und Justizrat Schilling (fr. Vp.) für ihre brave vaterländische Gesinnung mit dem Kronorden dritter Klasse deforziert wurden.

Das antipatriotische polnische Wurfessen.

Der Kampf zwischen Kasakisten und Polen in der Ostmark treibt höchst komische Blüten. Die hokalsittische „Ostdeutsche Rundschau“ in Bromberg veröffentlicht z. B. folgende bewegliche Klage aus der Weltstadt Znin, einem polnischen Dörfchen von circa 4000 Einwohnern:

Gedenke, daß du ein Deutscher bist!

Znin, den 9. Januar 1910.

Vor einigen Jahren sind in diesem Blatte verschiedene Artikel über die nationale Laune der Deutschen in Znin geschrieben worden. Eine lange Zeit ist seitdem verfloßen, doch ist hier auf diesem Gebiete nichts besser geworden. Es erscheint daher an der Zeit, hierzu wieder einmal etwas zu sagen.

Nachstehendes möge zur Beleuchtung der jetzigen Zustände hier dienen. Vor mehreren Wochen veranstaltete der polnische Restaurateur Bukowski ein Wurfessen mit Konzert. Hierzu waren etwa 100 Personen erschienen, und zwar annähernd 90 Deutsche und ungefähr 10 Polen. Von deutscher Seite war alles vertreten, sogar höhere Beamte, Stadtverordnete und mittlere Beamte, die im Genuße der Ostmarkenzulage sind. Wenn hier ein deutscher Wirt ein Wurfessen veranstaltet, so erscheinen dazu kaum 30 Herren, natürlich nur Deutsche, denn hier in Znin verkehren Polen nur in polnischen Lokalen. Wenn sich, was selten genug vorkommt, ein Pole in ein deutsches Lokal beiläufig, dann verfolgt er damit ganz bestimmte Zwecke.

Am 6. dieses Monats veranstaltete Bukowski wiederum ein Konzert, welches ebenfalls mehr von Deutschen als von Polen besucht war. Unter den Deutschen war auch dieses Mal alles vertreten, sogar den Kassierer des hiesigen Ostmarkenvereins konnte man unter ihnen sehen.“

Einfach schauerhaft! Anstatt sich den schönen Ausdruck: „Deutsche wahrer Eure heiligsten Güter!“ vor Augen zu halten und sich in vaterländischer Genügsamkeit an die Blutwürste und das Weißfleisch deutscher Gossinschweine zu halten, gehen diese deutschen Beamten mit Ostmarkenzulagen in ihrem verberben Wurfdrange in eine polnische Gastwirtschaft und verfilgen dort Würste von polnischen Schweinen. Wo bleibt da das deutsche Nationalbewußtsein und die deutsche Kultur!

Ein Weißbuch über die Mannesmann-Konzessionen.

Die Regierung hat dem Reichstag ein Weißbuch über die Vergewerkschaften in Marokko zugehen lassen, um der Hege der Mannesmann-Presse entgegenzutreten. Die Regierung führt zunächst den Artikel 112 der Algecirasakte an, der besagt:

„Ein schriftlicher Vertrag soll die Bedingungen der Konzession und Ausbeutung von Minen, Gruben und Steinbrüchen festlegen. Bei Ausarbeitung des Vertrags wird sich die Scheriffische Regierung nach den den Gegenstand regelnden fremden Gesetzen richten.“

Die Mannesmanns berufen sich nun auf ein angeblich von Sultan Hafid erlassenes Vergeseß, das aber nie veröffentlicht wurde. Dies ist aber deshalb wichtig, weil in einer Sitzung des diplomatischen Korps vom 20. August 1908 einstimmig ein Beschluß gefaßt wurde, der eine gewisse Mitwirkung und Kontrolle des diplomatischen Korps beim Zustandekommen des Vergeseßes einführt.

Die Denkschrift unterrichtet nun das angebliche „Vergeseß“ Sultan Hafids und weist schlüssig dessen Rechtsungslosigkeit nach, womit auch die Unfähigkeit der famosen Mannesmannkonzessionen eigentlich bewiesen ist. Trotzdem hat die Regierung, da es sich ja um kapitalistische Profitinteressen handelt, die Herren Mannesmann sehr roge unterstützt und schließlich die Annahme eines Schiedsgerichts erreicht. Darüber sagt die Denkschrift:

„Die Annahme des Schiedsgerichts über die Rechtsfrage bedeutet ein Kompromiß zwischen der Auffassung der Herren Mannesmann, die unantastbare Rechte zu haben vermeinen, und der Auffassung der Regierungen und der übrigen Interessenten, die die Rechtsbefähigung der Mannesmannschen Ansprüche nicht anerkennen. Es ist nicht einzusehen, was unter solchen Umständen gegen ein Schiedsgericht eingewendet werden kann.“

Die Auswahl der Schiedsrichter, fünf rechts- und bergbaukundiger Leute, soll durch das schweizer Bundesgericht oder dessen Präsidenten erfolgen.“

Diese ganzen Darlegungen verflären nur den Eindruck, daß es sich bei der Mannesmannkampagne wirklich um ein recht starkes Stück kapitalistischer Unverschämtheit in der Unterschlebung der eigenen Profitinteressen als nationaler Interessen gehandelt hat.

Liberaler Einigung.

Der Zentralkomitee der Freisinnigen Volkspartei hat am Sonnabend und Sonntag im Reichstag über die Frage der Einigung verhandelt und sich für den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien auf der Grundlage der vom Biererausschuß der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft vorgeschlagenen Entwürfe des Programms, des Organisationsstatuts und der Uebergangsbestimmungen ausgesprochen. Teilnehmer an dieser Sitzung waren 44 Reichstags- und Landtagsabgeordnete sowie 68 Delegierte von 31 Provinzial- und Bezirksverbänden.

Zum Schluß wurde eine von den beiden Referenten Dr. Wiemer und Dr. Müller-Reinigen vorgeschlagene Resolution angenommen, in der es heißt:

„Der Zentralkomitee der Freisinnigen Volkspartei stellt die Vorschläge des Biererausschusses der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft als geeignete Grundlage für den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien an. Er erklärt — vorbehaltlich einzelner Abänderungsvorschläge — seine Zustimmung zu dem vom Biererausschuß vereinbarten Einigungsprogramm, dem Organisationsstatut und den Uebergangsbestimmungen und spricht sein Einverständnis damit aus, daß auf dieser Grundlage mit Zustimmung der parlamentarischen Vertretungen und der Parteiorganisationen im Lande der Zusammenschluß der linksliberalen zu einer einheitlichen Fortschrittspartei auf einem in kurzem einzuberufenden Parteitag beschlossen wird.“

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei soll am 6. März und der konstituierende Parteitag der neuen Partei am 6. März in Berlin stattfinden.

Das Zentrum im Kampf für den Episkopat.

Die Zentrumskräfte des elsass-lothringischen Ausschusses war, dem „Elsässer“ zufolge, gestern vollzählig versammelt, um Stellung zu dem Kompetenzkonflikt zwischen der Regierung und den Bischöfen zu nehmen. Man erzielte volle Uebereinstimmung und beschloß, die Angelegenheit in der bevorstehenden Sitzungsdebatte des Landesausschusses zur Sprache zu bringen.

Bundesrat und Reichstag.

Dem Reichstage ist eine Uebersicht der Entschleßungen des Bundesrats auf Beschlässe des Reichstags zugegangen. Aus dem umfangreichen Aktenstück geht hervor, daß es dem Bundesrat zumeist nicht beliebt hat, den Beschlüssen des Reichstags beizutreten. So ist dem Beschluß, Bankkontrollen aus der Arbeiterklasse zuzulassen, keine Folge gegeben worden. Der Beschluß über die Sonntagseruhe in der Winnenhäufahrt ist dem Vertrat für Arbeiterstatistik überwiesen worden; die Erwerbungen über Errichtung eines Reichsarbeitsamts sind noch nicht abgeschlossen; ein Entwurf über Unfallfürsorge für solche Personen, die bei der Rettung von Menschen verunglückt, ist ausgearbeitet, soll aber bis zur Erledigung der Versicherungsangelegenheit zurückgestellt werden; Erhebungen über die Frage der Gewährung von Darlehen für gemeinnützigen Wohnungsbau sind gemacht, werden aber keine gesetzlichen Maßnahmen zur Folge haben, da sie zu große Mittel erfordern; die Anstellung von Militärärztnärzten ist nicht beabsichtigt; die Frage, den Abgeordneten das Recht des Berufsgeheimnisses für Mitteilungen, die ihre parlamentarische Tätigkeit betreffen, anzusprechen, ist noch in der Schwebe; den Wünschen auf Einrichtung von Beamtenausschüssen in Reichsbetrieben wird nicht Rechnung getragen, ein Bedürfnis soll nicht vorliegen; die Novelle zum Gesetz über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit befindet sich noch im Stadium der Erörterungen; ebenso ein Entwurf über Versicherung der Privatbeamten; der Erlass eines Reichsberggesetzes sowie die rechtsgeschleche Regelung des Knappschafstweins wird nicht beabsichtigt; über die Beschleße wegen Vesserstellung der Gehilfen von Rechtsanwälten und Verjährungsanklagen finden Erörterungen statt; die Regelung des Strafvollzuges soll nicht vor der Reform des Strafrechts erfolgen; die Postagenten erhalten die gewünschte Pensionskasse nicht; dem Verlangen, jährlich nur einmal Kontrollversammlungen abzuhalten, wurde nicht entsprochen, und eine Reform des militärischen Veschwerderechts ist nicht in Aussicht genommen; eine Umarbeitung des Militärstrafrechts soll erst angängig sein, wenn das Strafgesetzbuch erneuert ist; Militärurlaub erhalten keine freie Fahrt, und die Erhöhung der Soldatenlöhnung ist aus finanziellen Gründen abgelehnt worden.

Zwei Nachwahlen zum Württembergischen Landtag

siehe oben: in Ludwigsburg-Stadt und in Freudenstadt. Ludwigsburg war bisher im Besitz der Volkspartei. Bei der Hauptwahl 1906 erhielt der jetzt verstorbene Vertreter Schmidt 959 Stimmen, der Nationalliberale 815 und der Sozialdemokrat 659 Stimmen. In der Stichwahl wurde der Volksparteiler durch unsere Liste mit 1541 gegen 941 nationalliberale Stimmen gewählt. Mitterweile hat unsere Organisation in der zweiten Residenz Württembergs gute Fortschritte gemacht. Freudenstadt wurde gleichfalls durch einen Volksparteiler vertreten. Bei der Hauptwahl standen sich zwei volksparteiliche Kandidaten gegenüber, die es zusammen auf 8178 Stimmen brachten. Die Nationalliberalen erhielten 1289 Stimmen, für die Sozialdemokratie stimmten 1012 Wähler. In der Stichwahl siegte der nun verstorbene volksparteiliche Abgeordnete Schmidt mit 2987 Stimmen über den nationalliberalen Gegenkandidaten, der 1639 Stimmen erhielt.

Ein interessanter Kommunalwahlkampf

wurde am Freitag und Sonnabend in den Gemeinden Bant und Reuende des Amtes Mähringen im Großherzogtum Oldenburg ausgefochten. In den genannten Orten und der angrenzenden Stadt Heppens sind seit längerer Zeit Bestrebungen der Arbeiter und der fortschrittlich gesinnten Bürgerschaft im Gange, die drei Gemeinden zu einer Stadt zu vereinigen. Nachdem die Kommunalvertretungen von Heppens und Bant in diesem Sinne beschloßen hatten, kam die Regierung diesem Verlangen nach und machte dem Landtage zu Beginn der gegenwärtigen Session eine dahingehende Vorlage. Weil die Gemeindevorstellung Reuendes die Stadtbildung abgelehnt hatte, wurde die Vorlage an den Ausschuß zurückverwiesen, um erst das Resultat der sofort angeordneten Neuwahlen zu den kommunalen Körperschaften abzuwarten. In der Stadt Heppens wurden nahezu einstimmig die Kandidaten der Arbeiterkommunalvereine, in Reuende, wie in Bant und Reuende, unsere Parteigenossen und die Anhänger einer arbeiterfreundlichen Kommunalpolitik vertreten sind, gewählt. Bei der Wahl in Reuende und Bant machten die Reaktions-, Haus- und Landagrarien unter Führung eines Reichsverbändlers die größten Anstrengungen, ihre Kandidatenliste durchzubringen. In ersteren Orte holten sie sich am Freitag eine gewaltige Niederlage, indem sie nur 180 Stimmen aufbrachten, während die Arbeiter-Kommunalvereine 630 Stimmen

erhielten. Noch glänzender fiel der Sieg für die Arbeiterliste in Bant am Sonnabend aus. Dort besteht ein Wahlgeseß, nach welchem die Hausbesitzer für jedes Haus und die Grundbesitzer für je 2 Hektar unbedauten Landes eine weitere Stimme als ihre persönliche haben. Bei der letzten Wahl hatten die Gegner die gleiche Stimmengahl wie die Arbeiter-Kommunalvereine erreicht und einige Mandate erhalten; diesmal hofften sie sicher, ihre sämtlichen Kandidaten gewählt zu sehen, war es ihnen doch noch in letzter Stunde gelungen, wieder die 246 Hausbesitzstimmen der Kaiserlichen Partei zu Wilhelmshaven zu erhalten. Unter äußerst starker Wahlbeteiligung — es wählten über 90 Proz. sämtlicher Wähler — ging die Wahl vor sich. Das Resultat war, daß auf unsere Liste 2445—2478 Stimmen und auf die der Gegner 1392 bis 1370 Stimmen entfielen, sämtliche 11 Mandate also in unseren Besitz gelangten. Von den neuen 3 Kommunalvertretern der drei Gemeinden besteht die übergroße Mehrzahl aus Parteigenossen. Das von den Hausagrarien und bürgerlichen Reaktionsären an den Landtag gerichtete Verlangen, das Pluralwahlrecht der Gemeinde Bant auf die neue Stadt ausdehnen, peitschte die Arbeiter auf und machte den Wahlkampf zu einem Klassenkampf, in welchem die Arbeiter glänzend gesiegt haben.

Dieses Wahlergebnis dürfte nun auch den Landtag davon überzeugen, daß die übergroße Mehrheit der Einwohnerschaft Mähringens die Vereinigung zu einer Stadt verlangt. Die drei Wilhelmshaven umschließenden Orte gehören wirtschaftlich zu einander und haben bereits gemeinsame Einrichtungen, wie Schlachthof, Kanalisation, Sparkasse usw.

Ein betrügerischer Stadtverordneter. Der Stadtverordnete Alexandrovich in Grätz (Provinz Posen) wurde wegen Vertretungen bei der polnischen Vereinsbank in Höhe von 10000 R. verhaftet.

Oesterreich-Angarn.

Das Ministerium Khuen-Hedervary.

Wien, 17. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der Kaiser hat die ihm heute vom Grafen Khuen-Hedervary unterbreitete Ministerliste genehmigt. Das neue Kabinett wird sich noch in dieser Woche im Abgeordnetenhaus vorstellen. Graf Khuen wird versuchen, vor demselben sein Programm zu entwickeln. Der Ministerpräsident ist auf Sturmlizenen gefaßt, hofft aber, sich trotzdem Gehör verschaffen zu können. Sollten wider Erwarten die Sturmlizenen so heftig werden, daß er sich im Abgeordnetenhaus nicht Gehör zu verschaffen vermag, dann wird er sein Programm im Magnatenhaus darlegen. Den Kernpunkt des Kabinetts Khuen bildet die Wahlreform. Graf Khuen steht auf dem Standpunkt des allgemeinen Wahlrechts ohne Einschränkung durch einen Zensus oder durch ein Pluralwahlrecht. Neben der Wahlreform wird das Regierungsprogramm auch Reformen betreffend die Verwaltung und der Justiz enthalten.

Der Wahlrechtskampf.

Budapest, 17. Januar. Gestern nachmittag fanden hier und in allen anderen Provinzstädten Massenkundgebungen der Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht statt. In der hiesigen Kundgebung beteiligten sich etwa 20000 Arbeiter in geschlossenem Zuge.

Auswanderererausbeutung.

Hamburg, 17. Januar. Die kroatische Landesregierung hat eine Verordnung erlassen, nach der jeder Auswanderer bei der kroatischen Bant für Handel, Gewerbe und Industrie in Agzam mit vier Kronen gegen Tod, Unfall und Gewerdelust zu versichern ist. Da die Dampfschiffgesellschaften es nicht zu übernehmen vermochten, den Auswanderern für eine Versicherung vier Kronen abzunehmen, die jede gute Versicherungsanstalt für 70 Heller bejagt und die bisherigen Vorschriften nichts nützen, so wiesen der Norddeutsche Lloyd, die Hamburg-Amerika-Linie, die Red Star Linie, die Holland-Amerika-Linie, die Compagnie Generale Transatlantique und die Austro-Amerikana ihre Agamer Repräsentanten an, bis zur Klärung der Angelegenheit durch weitere Verhandlungen keine Passagiere aufzunehmen. Der Vauus droht jetzt mit Konzeßionsentziehung.

Frankreich.

Ein reaktionärer Beschluß.

Paris, 15. Januar. Der Ausschuß der radikalen und der radikal-sozialistischen Partei hat sich gegen die Propotionalwahl ausgesprochen.

Gegen Herbs!

Paris, 16. Januar. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen Gustave Herbs wegen eines Artikels, der den Mord an dem Politisten Deray verherrlichte, die gerichtliche Untersuchung ein.

Schweden.

Parlamentseröffnung.

Stockholm, 17. Januar. Der Reichstag ist heute von dem König mit einer Thronrede eröffnet worden, welche den bevorstehenden ersten Arbeiterausstand erwähnt, der Anlaß gegeben zur Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, um Arbeitsstellen zu verhüten. Ein Gesetzentwurf betreffend Revision des Militärrechts werde demnächst vorgelegt werden. Ungeachtet der großen Ersparnisse für 1911, in welchem Jahre die Gesamtsumme der Erfordernisse geringer ist als diejenige für 1910, würden neue Steuern notwendig sein, unter anderem eine Erhöhung des Eingangszolles auf Kaffee und der Erbschaftsteuer, ebenso eine Einkommen- und Vermögenssteuer. Für die Fonds der Arbeiterversicherungen habe man 1400000 Kronen zurückgestellt.

Spanien.

Für die Amnestie.

Barcelona, 16. Januar. Heute vormittag bewegte sich ein Demonstrationszug von etwa 50000 Personen durch die Stadt nach dem Palast des Gouverneurs. Hier wurde eine Adresse überreicht, in der um Amnestie für die wegen der Vorgänge im Juli vorigen Jahres in Haft genommenen Personen gebeten wird. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Neue Kämpfe in Marokko.

Madrid, 16. Januar. Wie die „Correspondencia de España“ über Cabiz aus Tanger erzählt, sollen sich die Rissidämme darauf vorbereiten, den Kampf gegen die Spanier von neuem aufzunehmen. Emisläre der Stämme sollen in Tanger ganz öffentlich Munitionskäufe vornehmen.

Parlamentarisches.

Auf dem Kriegspfad wider Dornburg.

Die Diamanten-Interessenten in Lüderichbüsch haben sich von neuem auf telegraphischem Wege beschwerdeführend an den Reichstag gewendet. Die Angaben Dornburgs über die einzelnen Diamantgesellschaften werden von jenen als „bölig unzutreffend“ bezeichnet. Der Staatssekretär hat bereits in der Budgetkommission angekündigt, daß er sich die eigentliche Abrechnung mit den Lüderichbüschern für das Plenum des Reichstags vorbehalten.

Gewerkschaftliches.

Aufruf an die Zündholzarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Infolge des Zündwarensteuergesetzes vom 15. Juli 1909 ist über die deutsche Zündholzindustrie eine Krise hereingebrochen, die für die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung zur Folge hat.

Die Zündholzarbeiter und Arbeiterinnen von Pfungstadt und Niederramstadt (Großherzogtum Hessen) beschloßen daher, an den Deutschen Reichstag zu petitionieren zwecks Entschädigung derjenigen Arbeiter und Angestellten, die infolge des Inkrafttretens dieses Steuergesetzes arbeitslos oder durch Betriebsbeschränkung in ihrem Einkommen geschädigt werden.

Die Arbeiterkassette der Zündholzindustrie von Pfungstadt und Niederramstadt fordert alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich der Petition an den Deutschen Reichstag anzuschließen.

Die Petition sowie Listen zur Unterschrift derselben sind durch Rud. Keller, Frankfurt a. M., Balltonstr. 70, I, zu beziehen. Es wird gebeten, die ausgefertigten Listen unverzüglich an die gleiche Adresse portofrei einzusenden.

Mit kollegialem Gruß!

R. K.: Rudolf Keller.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck dieses gebeten.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Formstecher.

Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Formstecher Berlins und Umgebung fand am Sonnabend statt. Der Vorsitzende berichtete über die Antworten der Arbeitgeber über die von den Gehilfen eingereichten Forderungen, wie neunstündige Arbeitszeit; Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Jahr 19 1/2 M.; 10 Proz. Lohnerhöhung für alle übrigen; für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag und auf je 5 Gehilfen ein Lehrling.

Die Antwort der Arbeitgeber war teilweise zustimmend, vereinzelt aber ganz ablehnend. Besonders scharf verurteilt wurde das Verhalten der Firma Lippmann, Tapetenfabrik, Strelitzerstraße. Der Inhaber dieser Firma erklärte, daß die Forderungen für ihn abgetan seien und er keinen Grund zum Verhandeln habe; folgedessen haben bereits bis auf zwei Formstecher alle übrigen gekündigt, weil sie anderweitig Stellung haben. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, sich mit der Firma in Verbindung zu setzen, lehnt auch hier diese Firma jedes Verhandeln ab, so sollen weitere Maßnahmen gegen diese Firma ergriffen werden.

Da die Formstecher sich auch zugleich durch die bestehende Zentralkommission der Formstecher an die Arbeitgeber wandten, so berichtete deren Vorsitzender, daß die Arbeitgeber brieflich dahin Antwort gegeben hätten, daß sie sich bereit erklärten, mit einer Kommission über diese Forderungen zu verhandeln. Die Versammlung wünschte jedoch ein sofortiges Vorgehen mit allgemeiner Kündigung. Der anwesende Zentralvorsitzende Sillier riet jedoch an, zunächst den Weg der beschleunigten Verhandlungen zu betreten. Schließlich wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 15. Januar, vollzählig besuchte Versammlung der Formstecher Berlins beschließt, in die Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation resp. mit einer beiderseitigen Kommission einzutreten. Die Versammlung erwartet jedoch, daß die Verhandlungen in aller Kürze stattfinden und behält sich weitere Schritte zur vollständigen Erreichung ihrer Forderungen vor.“

Deutsches Reich.

Der Reichstaxi im Malergewerbe angenommen!

Die am 8. Januar 1910 zu Berlin von dem Kollegium der Unparteiischen, Herren Magistratsrat v. Schulz, Gerichtsrat Dr. Brenner und Weigerordner Rath, gefällten Schiedssprüche über Arbeitszeit, Lohnfrage und Lohnausgleich wurden den Mitgliedern des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe sowie den Mitgliedern der drei in Frage stehenden Arbeiterorganisationen zur Abstimmung unterbreitet und ist die einstimmige Zustimmung nunmehr am 16. dieses Monats bei dem Kollegium der Unparteiischen niedergelegt worden. Damit dürfte der Friede im Malergewerbe für die kommenden drei Jahre gesichert sein. Die Abstimmung im Verbands der Maler ergab folgendes Resultat: Von den 16 720 Mitgliedern, welche an den Versammlungen teilgenommen hatten, haben 8892 für und 6192 gegen die Schiedssprüche gestimmt. Eine Reihe größerer Städte wie Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel, Köln, Danzig, Breslau, Elberfeld-Vormen haben infolge der durch die zentrale Regelung herbeigeführten geringen Lohnaufbesserungen und zum Teil Verschlechterung des Vertragsmusters geschlossen gegen den Reichstaxivertrag und die Schiedssprüche gestimmt, während in über 200 größeren und kleineren Orten, im besonderen in Süddeutschland die Aufbesserung des Lohnes als eine wesentliche betrachtet wird und daher mit großen Mehrheiten dem Abschluß des Tarifvertrages zugestimmt wurde.

Lohnbewegungen in der Holzindustrie.

In Schwelm versuchte die Leitung der dortigen Pinfelfabrik, sich für die an den Sonnabenden eintretende kürzere Arbeitszeit für Arbeiterinnen dadurch schadlos zu halten, daß sie für alle Beschäftigten eine Verlängerung der Arbeitszeit um täglich eine Viertelstunde durchzuführen wollte. Die Pinfelarbeiter waren damit nicht einverstanden, sondern verlangten die gleichmäßige Arbeitszeit für alle im Betriebe beschäftigten, was der Deutsche Holzarbeiterverband unterstützte. Nach längerem Auseinandergehen mit der Firma wurde dem Verlangen der Arbeiter nachgegeben. Der Arbeiterkommission gelang es auch, eine Erhöhung der Akkordsätze bis zu 80 Proz. zu erreichen.

In Havelingen-Bremen sind bei der Firma E. C. Wehmann, Weißbrotfabrik, sämtliche Tischler und Maschinenarbeiter wegen Vertragsdifferenzen entlassen worden. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Kampf in Höchst geht weiter. Die Unternehmer versuchen, die Lohndifferenz zu täuschen. So sind in den letzten Tagen Lohnlisten in den bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht worden, in denen die Arbeiter mit niedrigen Löhnen „vergessen“ wurden. Daß der Durchschnittslohn hierdurch ein „hoher“ wird, ist verständlich.

In Prand, in der Erzgebirgischen Holzindustrie, wurde eine Bewegung ohne Streik durchgeführt, die den Arbeitern einen schönen Erfolg brachte. Die bestehenden Akkordpreise wurden um 10 Proz. und die Löhne der Maschinenarbeiter um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Außer diesen, wurde eine neue Kalkulationstabelle für Stuhlbauer vereinbart. An dem Erfolg sind rund 100 Arbeiter beteiligt.

Einen erbitterten Kampf führen seit 14 Wochen die Harmonikarbeiter in Langenberg bei Gera. Wiederholte Verhandlungen mit dem Fabrikanten konnten eine Einigung nicht herbeiführen, auch das Eingreifen des Bürgermeisters brachte keinen Erfolg.

Die Korbmacher bei der Firma Saalbach in Korbetha und Halle führen seit 10 Wochen einen Kampf gegen eine erhebliche Herabsetzung der jetzt schon niedrig gehaltenen Akkordpreise. Ein Ende des Streiks ist noch nicht abzusehen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

In Sommerfeld befinden sich die Tischler seit 18 Wochen im Streik.

Bei der Firma Lauffer, Möbelfabrik in Schwenningen, dauert der Streik schon 24 Wochen. Verhandlungen, die in den letzten Tagen stattfanden, verliefen ergebnislos.

In Ludenwalde zeitigt der 18wöchige Kampf der Tischler eigenartige Blüten. Dort sollen einige Arbeitswillige nighandelt worden sein, weshalb ein Gendarmeaufgebot von 8 Mann nach dort kommandiert wurde. Den Streikenden wurde „jede Annäherung“ an die Arbeitswilligen untersagt, und auf dem Bahnhofsperron wird bei jedem eintreffenden Zuge von dem anwesenden Polizisten aufgefodert, daß, falls sich unter den eintreffenden Reisenden arbeitswillige Holzarbeiter befinden, die des polizeilichen Schutzes bedürftig sind, diese sich in den Bereich seines Seitengewehrs begeben sollen. Verhandlungen, die der Bürgermeister einleitete, hatten keinen Erfolg.

Der Zugang nach allen obengenannten Orten ist weiter streng fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Bromberger Böttcher ist nach kurzer Dauer mit einem vollen Erfolg für die Ausständigen beendet worden. Die Arbeitszeit wurde um 3 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt, der Lohn durchschnittlich um 1,50-3 M. erhöht und die Organisation anerkannt. Die Abmachungen wurden tariflich festgelegt. Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als die Organisation erst auf ein halbjährliches Bestehen zurückzuführen ist.

In der Steinbruderei der Firma C. F. Leonhardt in Croffen an der Mulde sind Differenzen ausgebrochen. Zunächst wurde der Vertrauensmann gemahregelt, und die Firma lehnte jede Verhandlung mit der Organisation ab. Desgleichen lehnte die Firma auch einen von den Arbeitern eingereichten Tarif ab. Die Firma, die viel für Konsumvereeine fabriziert, sucht mit Vorliebe Nichtverhandler. Der Betrieb ist für Steinbruder bis auf weiteres gesperrt.

Der Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins gegen die „Vergarbeiter-Zeitung“.

Der Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum beschloß in seiner jüngsten Sitzung auf Antrag des Verwaltungsdirektors Köhne, gegen die „Vergarbeiter-Zeitung“ Strafantrag zu stellen, weil sie jüngst in einem Artikel gelagt, daß die Statuten von der Verwaltung in einem die Arbeiter schädigenden Sinne ausgelegt werden. Da die bürgerliche Lokalpresse in ihrem am Sonnabend verbreiteten Bericht über die Sitzung sagt, daß der Beschluß einstimmig gefaßt und im Vorstand des Knappschaftsvereins auch 5 Verbandsmitglieder sphen, bedarf die Sache der Aufklärung. Die 5 Verbandsmitglieder haben ursprünglich gegen den Antrag protestiert, weil das von der „Vergarbeiter-Zeitung“ behauptete unbestreitbar wahr sei. Als die Verwaltung aber das bestritt, zogen sie ihren Protest zurück, damit die arbeiter-schädigende und sinnwidrige Auslegung der Statuten endlich einmal gerichtlich festgestellt werden könne. Die Aeltesten befinden sich mit dieser ihrer Stellungnahme im vollen Einverständnis mit der „Vergarbeiter-Zeitung“, die schon in der nächsten Nummer weiteres Tatsachenmaterial für ihre Behauptungen bringen wird.

Tariffbewegung des Buchdrucker-Hilfspersonals in Dresden.

Schon 4 Wochen stehen 80 Anlegerinnen im Kampf um Einführung des Tarifs. Als die Prinzipale Verhandlungen ablehnten, reichten 100 Anlegerinnen die Kündigung ein, die von verschiedenen Prinzipalen mit sofortiger Entlassung der Vertrauenspersonen unter Auszahlung des Lohnes beantwortet wurde. In vier Druckereien wurden Sonderverträge abgeschlossen. Das Personal einer Druckerei trat am 11. Dezember, alle anderen am 18. Dezember außer Arbeit. Die Bemühungen der Prinzipalsorganisation und der Gehilfenorganisation, Verhandlungen anzubahnen, waren bisher erfolglos, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, weil instanzmäßig noch nicht entschieden ist, ob die Gehilfen auf Grund ihres Tarifes verpflichtet sind, mit geübten Streikbrechern als Hilfsarbeitern zu arbeiten. Ungewöhnlich brauchen die Gehilfen nicht anzulernen, auch nicht die Arbeiten des Hilfs-personals verrichten; aber die Gehilfen müssen mit den von Obermeistern und Lehrlingen Angehörten arbeiten, deshalb konnte der Betrieb in einigen Druckereien nicht aufrecht erhalten werden. Verlangte Ueberstunden sind auf Anordnung des Buchdruckerverbandes nicht weiter gemacht worden, und in der nächsten Woche werden die letzten der maßgebenden Instanzen darüber entscheiden, ob die Gehilfen mit geübten Streikbrechern arbeiten müssen.

In der Wittweibacher Tonwarenfabrik, Gewerkschaft Sanssouci in Niesa haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit eingestellt. In Betracht kommen circa 65 Arbeiter, die dem Fabrikarbeiterverband angehören. Verhandlungen des Arbeiterausschusses und des Gausleiters waren erfolglos. Seit dem 1. Januar dieses Jahres hat das Werk einen neuen Direktor. Dieser verfügte, daß vom 15. an die reduzierten Löhne gelten. Zugang ist fernzuhalten.

Eine Massenklage vor einem Gewerbegericht.

Infolge fortgesetzter Maßregelung sind, wie schon berichtet, vor vier Wochen die Arbeiter einer Abteilung der Glühfadensfabrik in Lechhausen in den Streik getreten. Nachdem es der Betriebsleitung trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen ist, Ersatz für die Streikenden zu erhalten, stockt der gesamte Betrieb, und die Direktion veranlaßte, die Arbeitszeit für die übrigen Arbeiter auf 3 Tage pro Woche, also auf die Hälfte, zu reduzieren. Diese Verkürzung der Arbeitszeit, die natürlich einen ganz bedeutenden Lohnausfall mit sich bringt, erfolgte willkürlich ohne Einberufen mit der Arbeiterschaft. Nachdem sich die Fabrikleitung weigert, für den Verdienstausfall eine Entschädigung zu zahlen, haben nun 250 Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma beim Gewerbegericht eingeklagt. Weitere 40 Klagen sind von den Streikenden am gleichen Gericht anhängig gemacht, weil die Firma ihnen beim Austritt den Lohn für 3 Tage einbehalten hat und die Herauszahlung verweigert.

Ausland.

Lohnbewegungen in Dänemark.

In verschiedenen Verufen und Orten stehen die dänischen Arbeiter gegenwärtig in einer Lohnbewegung. Bei der dänischen Arbeitgebervereinigung waren bis Mitte dieses Monats 24 Tarifkündigungen angemeldet. Beteiligt sind daran zumeist ungelernete Arbeiter, ferner Maler, Sattler und Böttcher. Es handelt sich hierbei um kleine Gruppen von Arbeitern in mehreren Orten oder Betrieben, und im ganzen um ungefähr 2000 Mann. Außerdem haben jedoch die Zentralvereine der Maurermeister und der Zimmermeister in ganz Dänemark, mit Ausnahme der Hauptstadt, dem Maurer-, dem Zimmerer- und dem Arbeitsmannsverband die Tarifverträge gekündigt und hier von werden über 6000 Mann betroffen. Die Meister selbst, die in den vielen Kleinstädten gegen mit ihren Gesellen in Frieden arbeiten wollten, sind von den leitenden Herren des gesamten dänischen Unternehmertums zur Tarifkündigung veranlaßt worden. Die Arbeitgebervereinigung stellt nun die allgemeine Lage so dar, als ob wieder einmal die Arbeiter den allgemeinen „Arbeitsfrieden“ stören wollten, obwohl für mindestens drei Viertel der beteiligten Arbeiter die Unternehmer und ihre Zentrale die Friedensstörer sind. Am Freitag hat der Ausschuss der Arbeitgebervereinigung über die vorliegenden Tarifkündigungen beraten, und man erwartete schon, daß wieder einmal nach altgewohnter Weise eine Massen-aussperrung angeordnet werden sollte. Die Herren begnügten sich aber vorläufig mit einer Aufforderung an den Verband der Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die betreffenden Arbeiter-

organisationen mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur von Forderungen auf Lohnerhöhung Abstand nehmen.

Achtung, Klavierarbeiter! Die Klavierarbeiter werden gebeten, Zugang nach Triest, Firma Enrico Brenig, fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter sich im Streik befinden.

Drohende Aussperrung in den spanischen Marine-Werftstätten.

Zwischen den Arbeitern und der Direktion des Marinearsenals in El Ferrol ist wegen der Anordnung von Ueberstunden eine Differenz entstanden. Die Direktion hat den Arbeitern eine Frist von drei Tagen gewährt, innerhalb deren sie die Arbeit unter der Bedingung, auch Ueberstunden zu leisten, annehmen können. Anderenfalls werden die Werftstätten geschlossen werden, was eine Aussperrung von 2400 Arbeitern zur Folge haben würde.

Einigung der Eisenbahnangestellten?

New York, 17. Januar. Die Führer des Syndikats der Eisenbahnangestellten und Arbeiter haben am nächsten Donnerstag eine Konferenz mit den Vertretern der Direktoren der verschiedenen Eisenbahndirektionen. Der Zweck dieser Versammlung ist, die Unterlagen zu einer Einigung zu suchen.

Soziales.

Arbeiterflucht.

Alle Mittel der Regierung und Junker nützen nichts mehr! Die Flucht der Landarbeiter hält weiter an und verstärkt sich von Jahr zu Jahr. Sehr interessante Zahlen gewinnen wir wiederum aus dem Bericht der Landes-Versicherungsanstalt Posen. Bekanntlich haben sich die Versicherungsanstalten gegenseitig Ersatz zu leisten für Beitragserstattungen im Falle der Heirat, des Todes und eines Unfalles der Versicherten. Nach erfolgter Beitragserstattung werden dann die Quittungskarten mit Aufstellung der Heimatsanstalt zugestellt. Man ersieht hieraus, welche Arbeitermassen aus dem Bereiche der Versicherungsanstalt später in andere Bezirke ausgewandert sind.

Nach dem Bericht der Versicherungsanstalt Posen hatte diese Anstalt nur 33 644 Karten an andere Versicherungsanstalten im Jahre 1908 abzusenden, erhielt dagegen 110 160 Karten zurück. Im Jahre 1904 wurden von dieser Versicherungsanstalt 29 343 Karten abgeschickt und 88 783 kamen zurück.

Die Hauptzahl der Auswanderer aus der Provinz Posen ergiebt sich in folgende Landesteile, wie wir auch aus den Ziffern des Berichtes ersehen können.

Es sind Karten übersandt an die		Es sind Karten eingegangen von der	
Versicherungsanstalt:			
1908	1904	1908	1904
1466	1161	933	850
1326	1287	17 156	11 868
4331	4404	24 390	16 565
1092	890	10 304	8 126
709	689	11 484	8 242
1163	887	5 724	3 314
3270	2897	7 047	8 735
		„Ostpreußen“	
		„Berlin“	
		„Brandenburg“	
		„Westfalen“	
		„Rheinprovinz“	
		„Hannover“	
		„Sachsen-Anhalt“	

Bei den übrigen Versicherungsanstalten ist die Zahl geringes oder gleicht sich ziemlich aus.

Sehr stark ist also die Zuwanderung der Arbeiterschaft des Provinz Posen in die Bezirke Berlin, Brandenburg, Westfalen, Rheinprovinz, Hannover usw., während von dort nur verhältnismäßig wenige Arbeiter die geeigneten Gefilden Posen aufsuchen. Aber auch die Versicherungsanstalt sucht den Arbeitern den Aufenthalt in ihrer Heimat recht „angenehm“ zu machen. Die Gesunden wandern aus und die Invaliden und Alten werden von der Versicherungsanstalt scharf kontrolliert. Die Kontrolluntersuchung der Rentempfeänger ist nach dem Bericht „im verstärkten Maße“ durchgeführt worden. Nur die Invaliden, soweit sie das 70. Lebensjahr überschritten hatten, wurden versichert. Freudig kann daher die Versicherungsanstalt mitteilen, daß die Zahl der Rentempfeänger sich verringert hat.

Altersrenten wurden gezahlt im Jahre 1907 noch 4078, im Jahre 1908 nur noch 3806. Invalidenrenten 29 223, im Jahre 1908 nur 28 353.

Die Arbeiter aus Posen wandern aus und Ausländer müssen ihre Stellen besetzen. Leider ist die Zahl der in der Provinz Posen beschäftigten Ausländer nicht genau zu ersehen, jedoch ständig im Steigen begriffen. Auch dies kann man aus den Zahlen des Berichtes ersehen.

Bekanntlich bestimmt das Invalidengesetz im § 4 Absatz II, daß Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist und die nach Ablauf dieser Zeit in das Ausland zurückkehren müssen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Der Arbeitgeber hat aber der Versicherungsanstalt die Hälfte der Beiträge für diese Personen zu zahlen. Es kommen also nur Beiträge für eine kurze Zeit des Jahres, der Ernte usw., in Frage und auch nur die Hälfte derselben, so daß also die Zahl der in Betracht kommenden Personen sehr groß sein muß, wenn größere Einnahmen erzielt werden sind. Der Bericht erwähnt nun, daß im Jahre 1902 für diese Ausländer der Betrag von 8540 M., im Jahre 1908 dagegen 32 493 M. vereinnahmt worden sind. Die Ziffern stiegen von Jahr zu Jahr erheblich an. Die Anwendung der Sprachenparagrafen wird also immer schwieriger und die Lage der Landarbeiter der Provinz Posen jedenfalls nicht besser.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wahlen in England.

London, 17. Januar. (W. L. W.) Bis zehn Uhr abends lagen folgende Wahlergebnisse vor: 50 Unionisten, 38 Liberale, 9 Arbeiterpartei, 13 Nationalisten. Die Unionisten gewannen also bisher 18, die Liberalen 3 Sitze, die Arbeiterpartei gewann einen Sitz.

Drohender Ausstand.

Triest, 17. Januar. (W. G.) Die Maschinisten des österreichischen Lloyd forderten, daß ihre Bezüge erhöht werden und drohten sonst mit einem Generalstreik.

Entschliches Ende einer Arbeiterin.

Königshütte, 17. Januar. (W. G.) Die Arbeiterin Frassel sammelte auf der Kohlenhalde der Königshütte Kohlenreste. Grubenarbeiter, die von der Frau keine Ahnung hatten, erstreckten von oben Wagen mit brennender Kohlen-schlacke aus. Die Schlacken begruben die Frau, welche eben verbrannte. Die verbrannten Leichenteile fand man unter den Schlacken.

Ein Aristokrat als Falschmünzer.

Madrid, 17. Januar. (W. L. W.) Wie die Blätter melden, ist ein Aristokrat, der früher der Deputiertenkammer angehörte, verhaftet worden, weil auf seinem Besitztum Gwaiz eine Falschmünzwerkstätte entdeckt wurde. Es soll sich um ein Mitglied der herzoglichen Familie Benavente handeln.

Reichstag.

18. Sitzung. Montag, den 17. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrums und der Rationalisten: ob der Reichskanzler bereit ist, über den Stand der Vorarbeiten zur

Pensionsversicherung der Privatbeamten

Auskunft zu geben, respektive wann ein Gesetzentwurf hierüber zu erwarten ist.

Auf die Anfrage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt sich Staatssekretär Dr. Delbrück bereit, die Interpellationen heute zu beantworten.

Die Interpellation des Zentrums begründet

Abg. Sittart (Z.): Graf Posadowsky erklärte die Pensionsversicherung der Privatbeamten für wirtschaftlich notwendig und für sittlich berechtigt. Sehr nachfolger, Herr v. Wehmann-Hollweg, stellte sich auf denselben Standpunkt und sprach die feste Hoffnung aus, daß die Schwierigkeiten dieser Versicherung überwunden werden würden. Wie der gegenwärtige Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Delbrück, sich zu der Frage stellt, ist nicht bekannt, und hierüber Klarheit zu schaffen ist der Zweck unserer Interpellation. Sehr beunruhigt sind die Privatbeamten darüber, daß die Regierung bei der Reichsversicherungsordnung nichts über ihre Versicherung gesagt hat. Vermehrt wird die Beunruhigung durch die Mitteilung, daß Herr Wassermann in Köln gesagt habe, unter dem gegenwärtigen Staatssekretär werde die Versicherung der Privatbeamten nicht kommen. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir wollen nicht drängen, aber wir wollen klar sehen und bitten den Herrn Staatssekretär um eine deutliche Antwort. (Bravo! im Zentrum.)

Zur Begründung der Interpellation der Nationalliberalen erhält das Wort

Abg. Dr. Strefemann (natl.): Der jetzige Reichskanzler stellte am 5. Februar 1909 ein Gesetz über die Pensionsversicherung der Privatbeamten in Aussicht, sobald die Verhandlungen mit den Beteiligten beendet seien. Dies ist inzwischen geschehen. Trotzdem ist eine Vorlage nicht gekommen, sondern es ist eine offizielle Mitteilung durch die Presse gegangen, die einen veränderten Standpunkt der Regierung anzudeuten scheint. Diese Mitteilung beruht sich darauf, daß die Privatbeamten selbst die Versicherung nicht wollen. Das ist ganz falsch; wohl noch nie sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer so einig gewesen über die Notwendigkeit einer sozialen Maßregel wie bei der Pensionsversicherung der Privatbeamten. Zu einer veränderten Stellungnahme der Regierung können weder versicherungstechnische noch finanzielle Bedenken geführt haben. Auch die private Fürsorge hat sich seit Erscheinen der beiden Denkschriften der Regierung nicht so gewaltig entwickelt, daß ein veränderter Standpunkt der Regierung erklärbar wäre. Gewiß hat die private Fürsorge Großes geleistet, aber gerade die kleinen und mittleren Betriebe können da nicht mithalten und es liegt nicht im Interesse unserer Entwidlung, aus diesen kleinen und mittleren Betrieben die tüchtigsten Kräfte dem Großkapital zuzuführen. Wir wünschen, daß uns noch in dieser Session eine Vorlage zugeht auf der Grundlage, die durch die letzte Denkschrift der Regierung gegeben ist. Dann werden die Privatbeamten sich nicht von den Sirenenstimmen der Sozialdemokratie verlocken lassen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister Dr. Delbrück:

Die technischen Schwierigkeiten der Aufarbeitung des Materials sind so groß, daß ich noch nicht in der Lage war, eine Vorlage nach den Grundzügen der mehrfach erörterten Denkschrift vorzulegen. Ich erwog daher, die Frage im Rahmen der Reichsversicherungsordnung in milder vollendeter Form zu lösen; doch würde das niemand befriedigen und daher unzuverlässig sein. Aus diesen äußeren Gründen mußte ich die Gesetzesvorlage noch zurückstellen, was ich um so mehr bedauere, als alle Parteien die Versicherung der Privatbeamten, deren sittliche und wirtschaftliche Notwendigkeit auch ich anerkenne, dringend wünschen.

Auf Antrag der Abg. Hertling (Z.) und Wassermann (natl.) wird in die

Besprechung der Interpellationen

eingetreten. Abg. Dr. Dröschner (L.): Wir bitten trotz der Erklärung des Staatssekretärs um eine möglichst beschleunigte Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Versicherung der Privatbeamten. Wenn sich Bestrebungen zur Hinausschiebung der Sache geltend machen, so haben wir nichts mit ihnen gemein und lehnen es ab, sie irgendwie zu unterstützen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gormann (fr. Sp.): Die technischen Schwierigkeiten sind gewiß nicht leicht, aber wir beschäftigen uns doch schon 7 Jahre mit der Angelegenheit, und da sollte man meinen, daß man einen Entwurf auf Grund der letzten Denkschrift bald vorlegen könnte. Vor allem vermisse ich eine Antwort der Regierung, in welcher Richtung sie die Frage lösen werde. Für sehr notwendig halten wir die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre. Ueberstürzen wollen wir die Sache gewiß nicht, denn wir wollen statt eines Fiktwortes eine gute brauchbare Vorlage, aber wir wünschen und hoffen doch, daß eine solche noch im Laufe dieser Session uns vorgelegt wird.

Abg. Heine (Soz.):

Ich habe aus der Rede des Herrn Staatssekretärs eigentlich gar nichts gehört. Es schweben Verhandlungen. Aber man weiß nicht, wo sie schweben, man weiß nicht, in welcher Richtung sie schweben und es scheint, die ganze Sache verstreut in nichts. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist traurig; denn es sind schon viele Hände darüber gedrückt.

Was über die Sache vom Standpunkt meiner Fraktion zu sagen war, habe ich bereits bei Gelegenheit der Interpellation Hehl am 14. März 1907 hier ausgeführt. Die Denkschrift hat nach meiner Meinung die Grundlage, auf der die Versicherung aufgebaut werden müßte, nicht verändert. Wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkte, daß es gar nicht anders möglich ist, als die Privatbeamtenversicherung anzuschließen an die Alters- und Invalidenversicherung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das von der Denkschrift herabgehobene Bedenken einer übermäßigen Belastung durch freiwillige Versicherung in höheren Beitragsklassen spielt faktisch gar keine Rolle. Der Widerspruch in den Kreisen der Privatbeamten gegen die Angliederung an die Alters- und Invalidenversicherung beruht auch nicht etwa auf finanziellen Erwägungen, daß etwa die Reichskasse zu sehr belastet würde, sondern darauf, daß leider Gottes unsere Privatangestellten glauben, sie vergäben sich etwas, wenn sie in ein Lokal gehen, wo Arbeiter verkehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso fürchten sie auch, es falle ihnen eine Perle aus der Krone, wenn sie mit den Arbeitern in eine staatliche Versicherung hineingehen. Das ist Torheit, auf die man keine Rücksicht nehmen sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gäbte man sich schon vor sieben Jahren energisch darauf gerichtet, die Alters- und Invalidenversicherung in der Richtung der Privatangestelltenversicherung auszubauen, so hätten wir schon ein Resultat. So aber haben wir mehrere Denkschriften erhalten, und heute haben Sie aus der Rede des Herrn Staatssekretärs gehört, wie weit wir sind, nämlich

nach nicht einen Schritt weiter!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird geltend gemacht, daß erst die Reichsversicherungsordnung fertiggestellt werden soll. Das sehe ich nicht ein. Dann soll die Regierung lieber die Reichsversicherungsordnung, von der wir so wie so nicht viel halten, in ihrem Portefeuille behalten und mit der positiven Leistung der Versicherungsspflicht und des Versicherungsrechts der Privatangestellten herausdrücken. Wie naher die drei Versicherungsorte: Kranken-, Alters- und Unfallversicherung zueinander gestaltet werden, das ist eine ganz andere Frage, die mit den positiven Leistungen gar nichts zu tun hat. Das wichtigste ist, daß etwas Positives geschieht, und ich sehe nicht, daß auf dem Wege, den die zweite Denkschrift in Aussicht nimmt, etwas herauskommt. Ich würde mich freuen, wenn ich mich täusche. Die Frage der Abgrenzung zwischen Arbeiter und Beamten hat die Denkschrift viel zu leicht genommen; man kann ja gar nicht genau definieren, wer Arbeiter und wer Beamter ist. Ferner sind in der Denkschrift

Beiträge

von einer Höhe in Aussicht genommen, die die Angestellten gar nicht

zahlen können. Die meisten bekommen ja nicht mehr Gehalt als gutgelohnte Arbeiter.

Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Ich freue mich, daß der gute Wille vorhanden ist, den Privatangestellten zu helfen. Ich habe selbst herabgehoben, welche Wichtigkeit diese soziale Schicht hat. Zu ihr soll die arbeitende Klasse selbst gesichert werden. Mögen die Angestellten sich auch „Herren“ nennen und Titel geben, mögen auch einige den Doktoritel haben, sie sind doch nur ein Teil der arbeitenden Klasse! Immer mehr werden die Angestellten bezüglich ihrer Kinder anerkannter gezwungen, daß sie ausgesprochene Proletarier sind. Als Arbeiter und Angestellte sind sie darauf angewiesen, sich einen möglichst guten Platz zu erkämpfen, und weil das so ist, begreife ich auch, daß gewisse Kreise ein Interesse daran haben, daß diese Gesetzesvorlage nicht vortwärts kommt. Ich will Herrn Strefemann nur an den Namen vorderechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Sache fördern wollen, nehmen wir das gern an. Freilich, wenn die Regierung uns nicht mehr zu sagen weiß, so sind meine Hoffnungen, daß etwas bei der Sache herauskommt, gleich Null. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Binz (Rp.): Es ist bedauerlich, daß diese Versicherung erst nach Erledigung der Reichsversicherungsordnung kommen soll; um so mehr aber muß der Reichstag auf baldige Vorlegung dieser Reichsversicherungsordnung dringen. Hoffentlich betrifft die Einmütigkeit aller Parteien in dieser Frage, daß die Verbündeten Regierungen etwas Dampf hinter diese wichtige Angelegenheit setzen. (Beifall.)

Abg. Brejski (Pole) wendet sich gegen die Forderung des sozialdemokratischen Redners, die Privatbeamtenversicherung im Rahmen der Reichsversicherung zu regeln.

Abg. Dr. Burdhardt (Wettl. Sp.) spricht sich ebenfalls gegen die Einbeziehung in die Reichsversicherungsordnung aus.

Abg. Nothen (Z.): Das Jögern der Regierung gegenüber dem einmütigen Verlangen des Reichstages ist geradezu unverständlich. (Sehr richtig!) Wir behalten uns vor, in Anträgen auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Gegenüber Herrn Heine bemerke ich, daß die Privatbeamten nicht aus Hoch- oder Uebermut, sondern in wohlverdientem Eigeninteresse eine besondere Versicherung verlangen.

Damit schließt die Besprechung. Es folgt die

Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) über die Unterstützung der Tabakarbeiter.

Die Interpellation lautet:

„Hi dem Reichskanzler bekannt, daß die Ausführung der Vorschriften über die Unterstützungen an arbeitslose Tabakarbeiter Härten und Mißstände für die Unterstützungsberechtigten ergeben hat? Hi der Reichskanzler bereit, zur Befestigung dieser Mißstände Verwaltungsmaßnahmen zu treffen und einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die im Tabaksteuergesetz ausgeworfene Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark erhöht wird?“

Staatssekretär Bermuth erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur

Begründung der Interpellation

erhält das Wort

Abg. Geyer (Soz.):

Die Erörterungen, die hier vor Weihnachten anlässlich des Nachtragsberichts über diese Frage stattgefunden haben, überheben uns nicht der Notwendigkeit, in einer besonderen Interpellation auf diese überaus wichtige Angelegenheit zurückzukommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folgen des Tabaksteuergesetzes,

die wir vorausgesagt haben, sind eingetroffen, ja unsere Voraussetzungen sind übertrumpft worden. Lehntausende von Tabakarbeitern sind brotlos geworden, und eine Unzahl kleiner Unternehmer sind um ihre Existenz gebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Fortgesetzt laufen bei uns Briefe kleiner Tabakshändler ein, die sich bitter über ihren Ruin beklagen. Da schreibt mir ein kleiner Unternehmer aus Charlottenburg, er sei 61 Jahre alt, habe vor zwei Jahren einen Unfall erlitten, wofür er eine Rente von 12,50 M. pro Monat erhalte und damals ein

Kleines feuilleton.

Leihgebühren und Präsenzbibliothek. Die geplanten Leihgebühren der Bibliotheken stellen sich nicht nur als eine echt preussisch kulturwidrige Mehrbelastung der Bildungsbedürftigen dar, sondern scheinen durchaus dazu angetan, die Benutzung der königlichen Bibliothek im besonderen für einen großen Teil des Publikums unmöglich zu machen. Daß die tatsächlich einmal erzielten Gebühren hinter dem Ansatz (40.000 M. im Jahr) zurückbleiben werden, hält der Etat selbst für möglich; das Minus muß dann eben von dem Gesamtposten für Vermehrung und Unterhaltung der Bücher — rund einer Viertel Million — erbarmungslos gestrichen werden. Das scheint unerheblich, ist es aber in der Tat nicht. Von dieser Viertelmillion wird die Hälfte für das Einbinden der Bücher verwendet, und daß die andere Hälfte für die nötigsten Neuanschaffungen nicht ausreicht, weiß jeder Benutzer. Freizeitsplätze sämtlicher Neuerscheinungen haben nur die in Preußen firmierenden Verleger zu liefern. So kommt es, daß wichtige Werke mit dem Erscheinungsort München oder Leipzig nicht anzutreffen sind. Von ausländischen Werken ganz zu schweigen. Nun scheint ja allerdings die Gebühr für die Nichtbenutzer (Studenten) nicht auf alle Fälle verpflichtend, die Gebühren zu zahlen! nicht verbindlich zu sein. Doch auch das ist nur Schein; denn die Möglichkeit, sich durch ausschließliches Arbeiten auf dem Lesesaal von der Gebührengahlung frei zu halten, ist in Wahrheit sehr beschränkt.

Und für sich ist ja der Zustand der Präsenzbibliothek, d. h. einer Bibliothek, die die Bücher nur zur Benutzung an Ort und Stelle ausleiht, kein so ungeheuerlicher. Man kann sich dafür auf die Londoner Bibliothek des Britischen Museums und auf die Pariser Nationalbibliothek berufen. Die Umstände, die das Ausleihen in die Wohnung mit sich bringt, sind nicht zu leugnen. Die ins Haus gegebenen Bücher werden, wie Harand richtig bemerkt, erfahrungsgemäß Wind und Wetter und allen häuslichen Katastrophen ausgesetzt, ja geben trotz sorgfältigster Kontrolle gelegentlich unwiederbringlich verloren. Die Zeiten sind ja wohl vorüber, da die Herren Professoren jahrelang Bibliotheksabnehmer im Hause behielten oder gar Bibliotheksbeamte auf besonders umfangreichen Vänden bis zu ihrer Pensionierung im wahren Sinne des Wortes saßen. Aber die Nachstellung der Universitätsprofessoren trat dennoch wieder unverhüllt zutage, als davon die Rede war, die königliche Bibliothek im neuen Hause in eine Präsenzbibliothek umzuwandeln, und als dieser Plan unter dem fürmischen Protest der Professoren fiel. Statt ihrer, die das intensivste Interesse an der Ausleihbibliothek beklundeten, werden nun die Studenten gezwungen, ein Leihgeld zu entrichten. Und für die anderen Benutzer, die die Leihgebühren nicht zahlen wollen oder können, ist der künftige Zustand alles andere als der einer Präsenzbibliothek. In Paris und London erhält man das auf dem Lesesaal bestellte Buch nach durchschnittlich 10 Minuten, in Berlin frühestens, laut offiziellem Anschlag, nach 4 Stunden, d. h. nur, wenn man vor 9 beginn. 11 Uhr vormittags bestellt hat; nach 3 Uhr überhaupt nicht mehr; doch erlebt man es auch, daß man erst am zweiten Tage nach der Bestellung das Werk vorfindet. Die Beamten trifft kein Vorwurf; ihre Zahl ist, trotz elektrischer Aufzüge und pneumatischer

Nachrichtentrompe in dem neuen Gebäude, für den Dienst nicht ausreichend. Bei der Direktion Klagen anzubringen ist natürlich ebensowenig verlockend wie aussichtslos. Der Lesesaal im Britischen Museum hat 304 Sitzplätze, der der Pariser Nationalbibliothek mit seinen 334 erhält einen notwendigen Erweiterungsbau. Die jetzige Berliner königliche Bibliothek, die nächsten drei Jahre noch mit den Räumen der neuen Universitätsbibliothek vorlieb nehmen muß, hat höchstens die Hälfte der Plätze, die schon jetzt oft bis auf den letzten besetzt sind. Wenn also erst infolge der Leihsteuer der Massenbesuch einsetzt, wird sich allerdings wohl bei dem bereits herrschenden Schnedengeschäftsgang die Generalverwaltung trotz ihrer Finanzreform nach berühmten Mustern für bankrott erklären müssen.

Theaterkritiker-Streit. Am Freitag wurde im Dagmartheater zu Kopenhagen ein neues Stück aufgeführt, aber die Plätze der Presse waren leer, und sämtliche Zeitungen der dänischen Hauptstadt verhielten sich, ihren Lesern einen Bericht über die Vorstellung zu geben. Die Theaterkritiker waren im Einverständnis mit den Redaktionen in den Streit getreten, und nicht nur beim Dagmartheater, sondern auch bei den übrigen drei privaten Theatern: Folketeatret, Kasino und Det nye Theater. Die Ursache ist die, daß die Direktoren der Theater den Redakteur einer bescheidenen Theaterzeitschrift einiger kritischer Bemerkungen wegen verboten hatten, ihre Vorstellungen zu photographieren, wie er es für seine illustrierte Zeitschrift zu tun gewohnt war. Die Theaterdirektoren und auch die Dramatiker, die mit dahinterstehen, sind aber offenbar mehr auf die Tagespresse als auf jene kleine Zeitschrift erboht. Sie meinen, daß der schwahe Versuch, unter dem die Theater jetzt bei den schwierigen Erwerbsverhältnissen zu leiden haben, auf die ablehnende Haltung der Kritik gegenüber ihren neuen Stücken und Vorstellungen zurückzuführen sei. Die Kritiker und Redaktionen der Tagesblätter erklärten sich aber mit dem Redakteur jener Zeitschrift solidarisch und erklärten in dem Vorgehen gegen ihn einen Angriff auf die Freiheit der Kritik. Der Direktor des Dagmartheaters, der auch als Schriftsteller bekannte Walter Christmas, hat nun selbst eine Theaterzeitschrift herausgegeben, die allerdings des Lobes voll ist über sein Theater.

(Die deutsche bürgerliche Presse, insbesondere auch die Berliner, könnte sich ein Beispiel an der dänischen nehmen. Was vor allem die Verwaltung der königlichen Bühnen der Presse zumutet, würde sich nirgendwo anders die Presse gefallen lassen — als in Berlin, wo der Wettlauf bei der Neuigkeitsschoreerei und die Unterdrückungsbedürfnisse der Presse keinen Respekt vor ihr aufkommen lassen.)

Humor und Satire.

Cool und sein Nordpol.

Nachdem der Senat der Universität Kopenhagen den genialen Nordpolentdecker Cool zum Ehrenmitglied ernannt hatte, beschloß er, die Prüfung der Beweise und des Reiseberichts vorzunehmen. Wir sind ermächtigt worden, den Originalbericht des großen Forschers hier zum ersten Male wortgetreu zu veröffentlichen: „Eines Tages sagte ich zu meiner Frau: „Warte nicht mit dem Esen auf mich, denn ich gehe ein bißchen an den Nordpol.“ — „So? Dann mußt Du nicht vergessen, Deinen Winterüberzieher mitzunehmen,“ antwortete sie. Ich zog also meinen Überzieher an, setzte meinen

Hut auf und ging fort. Nördlich von Spitzbergen zweigt der Weg ab. Ich ging die Straße rechts, da wo der Wegweiser steht. Bald hatte ich den Pol erreicht. Ich habe ihn photographiert und lege die Aufnahme dem hohen Senat vor. Leider steht man nichts darauf, denn der Pol dreht sich so rasend schnell, daß kein Momentapparat nachkommen kann. Deshalb versuchte ich den Pol festzubinden. Das andere Ende der Leine befestigte ich an dem Fuße eines Eisbären. Er konnte die heftige Rotation nicht aushalten. Schon fürchtete ich, es werde mir nie gelingen, der Welt zu beweisen, daß ich wirklich den Pol erreicht habe. Da kam mir ein rettender Gedanke. Zufällig hatte ich eine kleine Säge bei mir. Ich sägte den Nordpol ab. Es ging ganz leicht, denn er bestand aus reiner Schokolade. Ich wickelte ihn in Papier und nahm ihn mit nach Hause. Dort legte ich ihn auf die Kommode. Unglücklicherweise ist mein Sohn ein großer Freund von Süßigkeiten. Er hat den Nordpol aufgefressen. Infolgedessen senkt dieser Knabe die Magnetnadel so stark ab, daß man ihn auf keinem Schiff als Passagier aufnehmen kann. Sonst würde ich dieses Kind als wichtiges Beweisstück dem hohen Senat der Universität Kopenhagen unterbreiten haben. (Simplicissimus.)

Notizen.

— Im Theater des Westens wurde L. Halls Operette „Die geschiedene Frau“ am Sonntag zum 100. Male aufgeführt. Die populär gewordenen Schläger mit obligaten Tänzen wurden immer wiederholt und der Schluß war ein Blumenladen, der das ganze Theater mit seinem Duft erfüllte.

— Leoncaballos neue Oper „Raja“, die am Sonntag in Rom zum ersten Male gespielt wurde, erregte allgemeine Enttäuschung.

— Chadleton verabschiedete sich am Sonntag von Berlin durch einen Vortrag im Mozartsaal, der einen lebensgefährlichen Anbruch herbeiführte. Sein Vortrag war trocken und wenig einbringend; er las ein deutsches Manuskript mit mancherlei Unfällen, die das Publikum lustig fand, ab und ließ im übrigen die Bilder für seine und seiner Begleiter erfolgreiche, durch Mut und Ausdauer bewundernswerte Taten reden. Ungemein interessant waren die kinematographischen Vorstellungen aus den Südpolargegenden. Besonders die einherstehenden und konvergierenden Pinguine, die wegen ihres menichähnlichen Ganges und Aussehens A. France zu einem satirischen Roman aus der Geschichte der Franzosen anregten, gefielen allgemein, sie glichen Kommen und Wägen in der Stute auf ein Paar.

— Karl Kraus, der Herausgeber der Wiener „Fidel“, veranstaltet im Verein für Kunst am Donnerstag, den 20., abends 8 Uhr, im Salon Caffier, Viktoriarstr. 35, eine Vorlesung. Das Programm enthält: „Sprüche und Widersprüche“ und „Die ägyptische Mutter“. Karten nur auf schriftliche oder telefonische Bestellung (Wilm. 3524) in der Geschäftsstelle des Vereins für Kunst: Salzenlee, Katharinenstr. 5.

— Eine physiologische Professur. Hierpon Morgan hat der amerikanischen Universität Yale 400.000 Dollar geschenkt zur Errichtung einer physiologischen Professur und einer Sammelstelle für babylonische Literatur.

Keines, zuvor von ihm betriebenes Zigarrengeschäft an seine etwa gleichaltrige Frau übertragen. Infolge des Tabaksteuergesetzes sei das Geschäft ruiniert und er und seine Frau seien jetzt erziehungslos. (Lebhaftes Hört! hört! links.) In seiner Verzweiflung fragt der alte Mann die mit an, wozu er sich wenden soll, damit er und seine Frau nicht der Armenverwaltung zur Last fallen. (Bewegung.) Ich habe ihm leider nur antworten können: Der Staat tut nichts für Sie, denn unser Antrag, auch die kleinen Händler zu entschädigen, ist abgelehnt worden! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So treibt man „Mittelstandspolitik“, und so liest man die Tabakindustrie dem Großkapital aus! (Lebhaftes Zustimmung links.)

Was nun die Tabakarbeiter betrifft, die infolge des Gesetzes frolos geworden sind, so fehlt es über sie an einer amtlichen Statistik. (Hört! hört!) Die Erhebungen der Gewerkschaften aber ergeben 40 000 brotlose Tabakarbeiter. Von Ueberlieferung kann gar keine Rede dabei sein. 20 Proz. der Tabakarbeiter sind infolge des Tabaksteuergesetzes brotlos geworden, und alle von uns vorausgesagten Folgen sind pünktlich eingetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für alte und schwächliche Arbeiter wird die Arbeitslosigkeit dauernd sein, für den größeren Teil der übrigen allerdings nur vorübergehend; aber es fragt sich, wie lange diese vorübergehende Arbeitslosigkeit anhält. Es wird nun auf das entscheidende Ueberwiegen der Wünsche um kurzfristige Unterstützung hingewiesen. Das aber beweist gar nichts. Viele vorübergehend arbeitslos Gewordene werden eingestellt und bald darauf wieder entlassen. Es steht fest, daß immer neue Arbeiterentlassungen bei neuen Unternehmen eintreten. Ich habe hier eine lange Liste von Orten, in denen Arbeiterentlassungen notwendig geworden sind. Daraus geht hervor, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die vor vier Wochen eingebrachten Unterstützungsgesetze wirklich nur kurzfristige Unterstützungen zu verlangen bräuchten, oder ob es sich nicht um a n d a u e r n d e Arbeitslosigkeit handelt. Zweifellos ist es, daß die Krise fortdauert und damit auch die Arbeitslosigkeit. Immer mehr Fabrikanlagen stellen ihre Betriebe ein und immer mehr Arbeiter werden arbeitslos, wenn auch ein Teil von einzelnen Unternehmen wieder eingestellt wird. Verhängnisvoll ist es gewesen, daß das neue Tabaksteuergesetz zur Zeit einer allgemeinen Wirtschaftskrise eingeführt wurde. Unter einer solchen Krise hat die Tabakindustrie ganz besonders zu leiden. Der Schlag, der sie getroffen, war also doppelt schwer.

Nun hatte das Gesetz den Zweck, die arbeitslos werdenden Arbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. In dem Artikel 2a, der diese Bestimmung enthält, ersieht die Regierung vor Inkrafttreten des Gesetzes Ausführungsbestimmungen. Diese entsprechen aber nicht dem tatsächlichen Verhältnisse; sie waren ohne Zuziehung von Sachverständigen

zustande gekommen. Das schäufte dabei ist, daß sie am 15. August vorigen Jahres in die Hände der Zollbehörden gelangten. Die Zollbeamten hatten also eine Nacht Zeit, die Anordnungen zu studieren, denn bereits am 16. August meldeten sich arbeitslos gewordene Tabakarbeiter mit der Bitte um Unterstützung! Die Ausführungsbestimmungen sind ein trauriger Beweis für die Unfähigkeit der Beamten im Reichsschatzamt. Es wirt sich unwillkürlich die Frage auf, warum bei Abfassung dieser Bestimmungen nicht Arbeiter und Unternehmer hinzugezogen wurden. Aber abgesehen davon, daß diese Bestimmungen ganz ungeeignet waren, wurden sie noch von den Zollbehörden in unerhört roher Weise gehandhabt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einzelne Zollbehörden sind geradezu rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgegangen. Besonders erwähnt muß es werden, daß einzelne Zollbehörden anfangs relativ anständig mit den Arbeitern verfahren, daß aber dann ein Umsturz zum Schlechteren erfolgte. Es wurden alle möglichen und unmöglichen Gründe hervorgehoben, um den sich Weibenden die Unterstützung zu verweigern zu können. Ich habe hier einen Bericht einer Tabakarbeiterversammlung, in der Referent u. a. erklärt, daß dieses scharfe Vorgehen auf Anordnung von oben erfolgt sei! (Lebhaftes Entzückungsgeräusch bei den Sozialdemokraten.) Die Tabakarbeiter sind dann zusammengetreten und haben sich an den Reichsschatzsekretär gewendet. Es hat eine Konferenz stattgefunden, in der der Schatzsekretär Abhilfe versprach. Etwas besser ist es ja geworden, aber noch ehe die neuen Ausführungsbestimmungen erschienen, haben die Zollbehörden von oben Anweisungen erhalten, gegen die unterstützungslustigen Arbeiter vorzugehen. Ich habe ein reichliches Material, das ich dem Reichsschatzamt gegen zur Verfügung stellen würde, aus dem hervorgeht, wie diese Ausführungsbestimmungen ausgelegt und gehandhabt werden. Ausgeschlossen wurden Zigarrenarbeiter, die ihrer Militärpflicht genügt und nach ihrer Entlassung vom Militär keine Anstellung finden konnten! Das ist ein schöner Lohn für diejenigen, die ihrer sogenannten „Pflicht gegen das Vaterland“ Genüge getan haben. Es ist eine Rücksichtslosigkeit, daß man diesen Leuten keine Unterstützung gibt, sondern sagt: Freiß, Vogel, oder stirb! Ferner wurden ausgeschlossen Ausländer, wenn sie auch jahrelang in Deutschland gearbeitet und eine Familie gegründet hatten! Das geschah nicht nur in Grenzgebieten, sondern auch in Hamburg. Ausgeschlossen hat man weiter Lehrlinge, die im Laufe des Jahres ausgeliefert hatten. Man stützte sich dabei auf die Bestimmung, daß diejenigen Arbeiter keine Unterstützung erhalten sollen, die nicht bereits ein Jahr lang in der Industrie tätig sind. Nun haben diese Lehrlinge aber jahrelang gearbeitet und stehen jetzt, da sie fertig sind, brotlos da. Ferner hat man ausgeschlossen Ristenbelleber und -belleberinnen, denen man entgegenhielt, sie seien nicht im Tabakgewerbe beschäftigt. Das ist ganz falsch. Die gehören zum Tabakgewerbe, und es ist eine willkürliche Auslegung des Gesetzes, sie auszuschließen. Sogar Sortierer und Sortiererinnen, die die Farbauswahl in den Zigarren zu treffen haben, hat man von der Unterstützung ausgeschlossen! Besonders rücksichtslos ist man aber in Hamburg und Altona zu Werke gegangen. Schließlich wurden auch Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen von der Unterstützung ausgeschlossen. Ich behalte mir vor, auf diesen Punkt noch näher einzugehen. Zigarrenarbeiter, Wickelmacher, die infolge Arbeitswechsels nicht volle 62 Wochen beschäftigt waren, wurden von der Unterstützung ausgeschlossen, ebenso Arbeiter, bei denen eine Unterbrechung der Arbeit durch Krankheit eingetreten war, ebenso wurden Wächnerinnen aus demselben Grunde ausgeschlossen, ferner Arbeiter, die vor Inkrafttreten des Gesetzes leberstunden gearbeitet hatten, und solche, die wegen Arbeitsmangels schichtweise beschäftigt gewesen waren.

Zu dieser Willkür gesellte sich die weitere, daß Arbeiter von der Unterstützung ausgeschlossen wurden, wenn sie sich weigerten, landwirtschaftliche oder Erdarbeiten anzunehmen, die sie gar nicht ausführen konnten! Sie wissen ja alle, daß gerade in der Tabakindustrie besonders schwächliche Arbeiter beschäftigt sind. Einige besonders krasse Fälle will ich zur Verlesung bringen, wenn der Herr Präsident es gestattet.

Vizepräsident Erdbrinz zu Hohenhausen: Nur ganze Reden abzulesen, ist nicht gestattet. Einzelne Abschnitte zu verlesen, verbietet die Geschäftsordnung nicht.

Abg. Geyer (fortfahrend): Besonders wurde über

Scherezeilen

Bei dem Zollamt in

Dsnabrück

gellagt. Einem 78jährigen Arbeiter gab man einen Zettel, auf dem mehrere Güterbesitzer verzeichnet waren; keiner von diesen nahm ihn an, und man beschäftigte ihn das, trotzdem erhielt er keine Unterstützung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In

Pirna

wurde ein 78jähriger Arbeiter, der zuletzt wöchentlich 4 M. verdient hatte, mit 3 M. unterstützt, plötzlich aber wurden ihm auswärtige Firmen angeboten, welche Tabakarbeiter suchten, die nicht dem Tabakarbeiterverband angehören. Der 78jährige Mann wurde in die Fremde gestochen, und gleichzeitig wurde ihm zugemutet, Streik-

brecher zu werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen alle, daß ein 78jähriger Tabakarbeiter auswärts keine Beschäftigung mehr finden kann. Ihn fortzutreiben aus seiner Heimat ist eine Grausamkeit, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vorenthalten ist auch die Unterstützung den Hausarbeitern, die auf eigene Rechnung arbeiten, obwohl sie im Dienst des Unternehmers stehen und nur eine besondere Arbeitsart haben. Auch das ist eine willkürliche Auslegung des Gesetzes. In

Breslau

verlangte man von den zu Unterstützenden eine armenärztliche Untersuchung gegen Sinn und Wortlaut des Gesetzes. Arbeiterinnen, die bei ihren Eltern oder Geschwistern wohnten, schloß man aus, weil sie nicht in einer Kottage seien, vielleicht sagte man ihnen gar, sie seien ja besonders glücklich daran, weil sie von anderen ernährt würden! Einer Arbeiterin, die sich verheiratete, entzog man die Unterstützung. Die Zollbehörde scheint also die Ehe als Unterstützungsinstitut angesehen zu haben. Ein Recht zu dieser Entziehung hatte die Zollbehörde nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In

Ausbach in Bayern

wollte die Zollbehörde die Unterstützung nicht auszahlen, weil die betreffenden in der Zeit, in der sie auf die Auszahlung warten mußten, ein Darlehen vom Deutschen Tabakarbeiterverband erhalten hätten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schon vor vier Wochen habe ich diese Verzögerung der Auszahlung als Lohndiebstahl bezeichnet; sie war aber nicht nur das, sondern a b s i d e n t l i c h wurden die betreffenden hingehalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie werden die Unterstützungen ferner berechnet? Nach dem Gesetz soll die Unterstützung drei Viertel des entgangenen Arbeitslohnes betragen. Die Zollbehörde nimmt nun den Lohn, der im letzten Jahre verdient wurde, gleichgültig ob der betreffende das ganze Jahr hindurch Arbeit hatte, dividiert ihn durch 52 und stellt die so erhaltene Zahl als Wochenlohn hin. Es bedurfte erst unserer ernstesten Vorstellungen in der Presse und einer Audienz beim Reichsschatzsekretär, um hierin eine Aenderung herbeizuführen. Für die Verzögerungen nur ein Beispiel: Am 21. August 1909 hatte ein Arbeiter sein Unterstützungsgesuch beim Hauptzollamt in Berlin eingereicht. Nach mehreren Wochen wandte er sich an den Magistrat zu Nizdorf, wo er wohnte. Nach weiteren Scherezeilen wurde er am 4. November nach dem Zollamt in der Museumsstraße in Berlin geschickt, wo man ihm sagte, er müsse nach der Kleinen Präsidentenstraße gehen, und dort erfahre er am 8. November, daß die Sache wieder nach Nizdorf verwiesen sei! Bis zum 11. November hatte er noch keinen Bescheid. So werden die Arbeiter von Pontius zu Pilatus geschickt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staat, der die Verpflichtung hat, die Arbeiter zu unterstützen, zwingt sie, ihre Zeit zu vergeuden. Das ist eine Rücksichtslosigkeit, geradezu eine arge Gesetzwidrigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Schwere Schädigungen sind durch diese Willkür den Arbeitern zugefügt. Nun wünschen wir, daß in Zukunft — denn noch ist die Krise und das Elend nicht vorbei — die Regierung die Lehre hieraus zieht und den Arbeitern zulommen läßt, was ihnen gebührt. Ein solcher Mißbrauch ist nur bei unserer Bureaucratie möglich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Von der Presse derjenigen Parteien, die die Arbeitslosigkeit verursacht haben, werden die Arbeiter dann noch beschimpft. So hat die „Post“ geschrieben, der Lohnfonds sei geradezu ein Palladium für Arbeitsscheue. Für eine solche Presse kann man nur ein kräftiges P s u i haben! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat die Presse den Unternehmern vorgeworfen, sie hätten die Waren mehr verteuert, als durch die Steuer notwendig war. (Abg. Erzberger (3): Sehr richtig!) Nicht sehr richtig! Ratslos haben die Unternehmer die Summen nach oben abgerundet. Nachdem Sie (nach rechts und zum Zentrum) aus Ihren eigenen Taschen die Steuern nicht zahlen wollten, können Sie doch den Unternehmern und Händlern nicht zumuten, sie zu zahlen. Das von der Verteuerung der Ware auch der Unternehmer Nachteile hat, ist ja klar. Denn das Publikum weiß übermäßige Verteuerung sehr wohl zu würdigen und mit Recht haben die Unternehmer gegen diese Anwürfe reagiert und betont: Ihr (nach rechts und zum Zentrum) seid die Schuldigen, denn Ihr habt das Unglück der Tabaksteuer über die Industrie gebracht! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter sagte man, die Unternehmer hätten absichtlich Arbeiter entlassen, um die schädliche Wirkung des Gesetzes zu zeigen. Den Unternehmer möchte ich sehen, der einen Arbeiter entläßt, wenn er ihn noch verwerten kann. Das tut kein Unternehmer, denn der Arbeiter bringt ihm ja Gewinn ein!

Durch die Presse geht eine Kotiz, wonach in Hessen die Steuerdirektion erklärt hat, daß die Unterstützungen zwar von der Einkommensteuer frei sind, daß aber derjenige, der die Unterstützung erhält, sein Wahlrecht verliert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Geschicklichkeit, die nicht geduldet werden kann, und wir wünschen, daß der Reichsschatzsekretär auf den § 13 der neuen Ausführungsbestimmungen hinweist, worauf die Rechte der Arbeiter auf Grund dieser Unterstützung nicht geschmälert werden dürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß noch ein Wort über die Ausschließung der Zigarrenindustrie von der Wohltat des Artikels 2a des Gesetzes. Das Gesetz ist ein einheitliches und ich glaube nicht, daß diejenigen, welche ihm ihre Zustimmung gaben, der Meinung waren, die Zigarrenindustrie sei von den Wohltaten des Artikels 2a auszunehmen. Kollege Giesberts nicht mir zu, er ist also auch dieser Meinung. Wenn aber der Bundesrat solche Aenderung vornimmt, so muß hier betont werden, daß die Regierung kein Recht hat, ein einheitliches Gesetz zu verstümmeln und zu zerreißen. Das ist eine Gesetzeswidrigkeit, die hier festgenagelt werden muß, und wenn die Regierung bei ihrer Auffassung verharren, so muß der Reichstag eine für den Bundesrat bindende Deklaration geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun wird der Reichsschatzsekretär erklären: Was ich vorgebracht, sei gechehen auf Grund der früheren Ausführungsbestimmungen, jetzt gelten die neuen, welche die Uebelstände beseitigt hätten. Aber der Uebelstand in der Verzögerung der Auszahlung der Unterstützungen besteht auch heute noch. Ferner mache ich darauf aufmerksam, wie § 5 der neuen Ausführungsbestimmungen bisher von den Zollbehörden angelegt wird. Es heißt da: Die Frage, ob die Arbeitslosigkeit infolge des Tabaksteuergesetzes eingetreten ist, muß namentlich dann sorgfältig geprüft werden, wenn der betreffende Arbeiter aus einem Gebiet kommt, wo zur Zeit der Entlassung mehr Arbeiter beschäftigt waren als durchschnittlich. Worin hat man denn diese Bestimmung der alten Ausführungsbestimmungen in den neuen stehen gelassen, obwohl wir gezeigt haben, daß gerade durch sie zu Unrecht Unterstützungen entzogen sind. Will man die Bestimmung nicht ganz streichen, so muß sie mindestens eine Erklärung erfahren, daß sie nicht schikanös von den Zollbehörden angewendet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im ganzen ist das Tabaksteuergesetz ein so großes Unglück für die Industrie, daß noch niemals Arbeiter durch ein Gesetz so geschädigt worden sind. Wenn der Staat sich erlaubt, Zehntausende von Arbeitern, 40 000 durch seine Gesetzgebung arbeitslos zu machen, so muß er auch dafür sorgen, daß diese Arbeiter nicht in Not und Elend verkommen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schatzsekretär Wermuth:

Ich habe schon vor Weihnachten erklärt, daß die Ausführung des Unterstützungsgesetzes bei der Reue der Materie naturgemäß auf Uebelheiten stoßen werde. Der Reichsschatzsekretär und die Verbänden der Regierung seien aber bestrebt, die Unterstützungen in möglichst warm- und weitherziger Weise zu handhaben. Die Ausführungsbestimmungen, zu denen der Bundesrat nach einigen, naturgemäß taufenden Versuchen gelangt ist, zeigen von diesem Bestreben. Wir sind aber bemüht, noch über die Bestimmungen hinaus allen irgendwie berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Herr Geyer hätte

die Freundlichkeit haben sollen, mit die von ihm vorgebrachten Fälle privatim mitzuteilen. Da er das leider nicht getan hat, so bin ich einfach außerstande, sie sofort nachzuprüfen.

Ein paar Bemerkungen über die bisherige Handhabung der Unterstützungen. Bis Ende Dezember sind ausgegeben worden 1 605 000 M.; die Zahl der Unterstützungsgesuche bis Ende 1909 betrug circa 54 000. Nur 115 der Petenten waren demnach arbeitslos geworden. (Hört! hört! rechts.) Von den Gesuchen sind 48 000 anerkannt, 4392 abgelehnt; unerledigt geblieben sind bisher 2774. Da kann man doch nicht von einer lobberigen Geschäftsführung sprechen, wie es der Abg. Geyer leider getan hat.

Die in die Presse gelangten und von ihr fruchtbarisierten Nachrichten von Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen im großen Maßstab haben sich vielfach als übertrieben herausgestellt, so z. B. die Nachricht vom völligen Niedergang der blühenden Zigarrenindustrie in der Gegend von Wilsch-Giersdorf, wo es in Wirklichkeit nur vier sehr kleine Zigarrenindustrielle gibt. (Hört! hört! rechts.) Für die bedauerlich übertriebene Agitation (Sehr richtig! rechts und im Zentrum) ist der solide Zigarrenhandel nicht verantwortlich zu machen.

Die beschlossene Unterstützung war ein Roburum. Bei früheren Veranlassungen wurde eine solche Unterstützung abgelehnt. Wenn diesmal der Unterstützungsantrag angenommen wurde, so geschah das wohl hauptsächlich deshalb, weil man sich über die Wirkung des Wertfalls völlig im Unklaren befand und weil es sich hier um Arbeiter handelt, deren Körperschwäche usw. es ihnen schwer macht, anderswo Unterstützung zu finden. Zweifelsdohne sind auch die Arbeiter anderer Branchen (Bündholz-, Brauereiarbeiter usw.) durch die neuen Steuererlasse geschädigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber das Gesetz beschränkt die Unterstützung ausdrücklich auf die Tabakarbeiter, und zwar ohne die Zigarrenarbeiter. Der Wortlaut des Gesetzes läßt meiner Meinung nach keinen Zweifel darüber, daß die Zigarrenarbeiter keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Nun würde ich die rein rechtlichen Erwägungen hier nicht ausschließlich entscheiden lassen, wenn nicht auch m a t e r i e l l die Schädigung der Zigarrenarbeiter entschieden zu bestreiten wäre. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungsbestimmungen werden in so weitherzigem Geiste gehandhabt, daß sie leider völlig unberechtigte Ansprüche hervorufen. Als einen solchen muß ich es zum Beispiel bezeichnen, wenn ein gesunder, kräftiger Mann, der vom Abdiene seiner zwei Jahre Militärzeit zurückkehrt, Anspruch auf Unterstützung erhebt, weil er vor seiner Dienstzeit Tabakarbeiter war. Da nach Weihnachten, wie der Interpellant selbst hervorhob, das Tabakgeschäft abzusinken pflegt, so kann und wird wahrscheinlich das Verlangen nach Unterstützungen einen krankhaften Umfang annehmen, zumal da die Beweislast, ob eine anderweitige Beschäftigung zu finden ist oder nicht, den Behörden obliegt. Diese Erhaltung Arbeitsloser aus öffentlichen Mitteln ist aber um so weniger zu wünschen, als weite Kreise unseres Erwerbslebens unter chronischem Arbeitermangel leiden. (Lebhaftes Beifall rechts.)

Auf Antrag Singer wird fast einstimmig die

Besprechung der Interpellation

Beschlossen.

Abg. Giesberts (3): Es kann leider nicht gelehrt werden, daß manche Behörden die Unterstützungsfrage in engherzig-bureaucratischer Weise behandelt, ungefähr als ob es sich um Steuerdeklarationen handle. Die Ausschließung der Zigarrenarbeiter von der Wohltat der Unterstützung widerspricht durchaus unserer, der Antragsteller Absichten. (Hört! hört!) Hätten wir den Ausschluß der Zigarrenarbeiter ahnen können, so hätten wir eine andere Fassung gewählt. Mögen die Verbündeten der Regierung die Unterstützung in weite und hochherziger Weise handhaben. Wenn das Reich 500 Millionen erhalten hat, braucht man doch nicht kleinlich zu sein. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Abg. Stiermann (1): Die Klagen des Abg. Geyer sind übertrieben. Anfangs sind Verzögerungen der Auszahlungen der Unterstützung vorgekommen, aber diese Mängel sind beseitigt worden. Höfentlich werden sämtliche entlassenen Arbeiter nach und nach wieder eingestellt werden können. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Conze (natl.): Die Krise ist keineswegs schon überwunden, wie Herr Giesberts glaubt. Man muß also damit prägen, daß der Fonds von vier Millionen für die Unterstützungen nicht ausreichen wird. Meine politischen Freunde werden auch bereit sein, wenn es notwendig wird, den Fonds zu erhöhen. Der Redner geht auf der Tribüne scharf verständlich, auf die Handhabung der Bestimmungen bei der Auszahlung der Unterstützungen und die dabei erhobenen Beschwerden ein, die keineswegs immer zufriedenstellend geregelt seien; so sei es nicht zu billigen, daß die Arbeiter der Zigaretten-Industrie von den Unterstützungen ausgeschlossen würden.

Abg. Hornmann (frei. Sp.): Die Bilanzwünsche des Herrn Giesberts kommt zu spät und nützt den Arbeitern nichts; lieber wäre es ihnen gewesen, sie wären nicht erst durch die Gesetzgebung arbeitslos und unterstützungsbedürftig gemacht worden. Sie sind freilich noch besonders stolz auf Ihre Gesetzgebung. So hat die „Köln. Volkszeitung“ an verschiedene Geschäftsleute Zirkulare gesandt, in denen sie sagt: Die neuen Steuern geben ja nicht nach dem Ausland, sondern bleiben im Inland und beleben hier Handel und Industrie. Das wird sich auch in Ihrem Geschäftszweig bemerkbar machen, wenn Sie nur tüchtig Propaganda machen. . . . Und dann folgte eine Aufforderung zum Interieren! (Große Heiterkeit links.) Sollte es notwendig werden, den Fonds zu erhöhen, so sind wir natürlich bereit.

Abg. v. Derges (Sp.): Wir sind bereit, weitere Mittel zu bewilligen, wenn die vier Millionen nicht ausreichen.

Abg. Breslauer (Sp.) verlangt Berücksichtigung der Zigarettenarbeiter: Wir hätten für das Gesetz gar nicht gestimmt, wenn wir gewußt hätten, daß die Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen nicht miteinbegriffen sind.

Abg. Wurschardt (wirtsch. Sp.): Wir wünschen, daß die Unterstützung rasch und reichlich gegeben wird.

Abg. Wollenbaur (Soz.):

Der Herr Staatssekretär hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Zigarettenarbeiter auf Grund des Artikels 2 keinen Anspruch auf Entschädigung im Falle der Arbeitslosigkeit haben. Wäre das beachtet worden, so hätte man es sicherlich auch ins Gesetz hineingeschrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hätte sagen müssen, daß die infolge des Artikels 2 arbeitslos werdenden Arbeiter Anspruch auf Entschädigung haben. Das hat man aber nicht gesagt, sondern man hat erklärt, daß die durch das Gesetz arbeitslos werdenden entschädigt werden sollen, und in dem Gesetz ist ja auch die Erhöhung der Zigarettensteuer enthalten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Zigarettenarbeiter werden in hohem Maße durch das Gesetz getroffen. Die Zigarettensteuer ist derart erhöht worden, daß man in der Zigarettenindustrie vielfach von der Hand zur Maschinenarbeit übergehen muß, was natürlich Arbeiterentlassungen zur Folge hat. Will man die Zigaretten, die bisher 3 M. pro Hundert gekostet haben und die sich nunmehr auf 4,50 M. stellen müßten, zum alten Sage herstellen, da muß man eben die Möglichkeit haben, durch Maschinenbetrieb schneller produzieren zu können; denn während eine einzelne Arbeiterin bisher täglich etwa 1000 Zigaretten zu liefern imstande war, vermag eine Maschine 200 000 zu produzieren!

Ebenso wenig kann ich es im Geleise begründet finden, daß gelernte Zigarettenarbeiter, die nach Abdiene ihrer Militärzeit keine Beschäftigung finden und arbeitslos werden, keinen Anspruch auf Entschädigung auf Grund des Gesetzes haben sollen. Es steht ja ausdrücklich im Gesetze drin, daß die Entschädigung auch eintritt, wenn Berufswechsel infolge der Arbeitslosigkeit eintreten muß. Ein derartiger Berufswechsel liegt auch vor, wenn der vom Militär Entlassene in der Zigarettenindustrie keine Arbeit findet und sich einen neuen Beruf suchen muß. Jeder Berufswechsel ist mit Kosten verknüpft, und es ist nur gerecht, wenn eine Unterstützung gezahlt wird. Der mit 4 Millionen dotierte Fonds wird natürlich nicht ausreichen, und

es wird sich wohl die Erhöhung des Fonds als notwendig erweisen.

Der Herr Staatssekretär ist der Meinung, daß durch die Ausführungsbestimmungen eine erhebliche Besserung der Verhältnisse herbeigeführt worden sei. Ich will auf diese Frage nicht näher eingehen. Wenn ich es täte, wozu ich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit unterlasse, dann würde ich den Nachweis des Gegenteils erbringen können. Ebenso wie die nachteiligen Wirkungen des Gesetzes vom Jahre 1879 noch nicht im Jahre 1881 erledigt waren, sondern ein ganzes Jahrzehnt hindurch fortgedauert haben, so wird es auch jetzt lange Zeit brauchen, ehe die schweren Schäden wettgemacht sind, die das neue Steuergesetz verursachen muß. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Interpellation der Sozialdemokraten über den Mansfelder Streik, Interpellation Abbl. (fr. Sp.) über die Ausführung des Vereinsgesetzes. Zweite Lesung des Etats beim Justizetat.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung, Montag, den 17. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben, Beiselet, v. Troitz zu Solz, v. Breitenbach, Sydow.

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Herr Herold hat seine Rede mit der Mahnung zu konfessionellem Frieden geschlossen. Aber dieser Herold des konfessionellen Friedens hat selbst Konfessionskrieg zum konfessionellen Streit entfacht. (Sehr gut! links, Gelächter im Zentrum.) Er behauptete wieder, das Zentrum sei keine konfessionelle Partei, aber er verlangt die Konfessionalisierung der Schule, die Verstärkung des Einflusses der Kirche auf allen Gebieten. Es ging eine Kampfesstimme durch seine Rede, wie wir sie hier seit Jahren nicht mehr vom Zentrum gehört haben. (Sehr richtig! links.) Herr Herold hat offenbar die Rechnung für die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform jetzt präsentiert. (Lachen im Zentrum.) Warum verlangt Herr Herold nicht gleich, daß das Unterrichtsministerium überhaupt mit Geistlichen besetzt werden soll? (Sehr gut! links.) Eigentlich hätte ich es für selbstverständlich gehalten, daß der neue Herr Kultusminister zunächst sich gegen die Ausführungen des Herrn Herold wendet! (Sehr richtig! links.) In seinem Etat geht es nicht vorwärts, sondern rückwärts. Die Einrichtung hauptamtlicher Kreisinspektoren geht viel langsamer vor sich als im vorigen Jahre.

Den Streit um die Reichsfinanzreform will ich hier nicht erneuern, aber ich muß betonen, daß durch die Finanzreform der Weis getrieben sei, der am besten die Steuern tragen könne. Wir müßten unsere Mitarbeit an der Finanzreform versagen, nachdem unsere Vorbereitungen nicht erfüllt waren. Wir haben dann die Wölflöcher niedergelegt und haben zur Oppositionstrotzempete gegriffen. (Heiterkeit) und wir werden in dieser Stellung so lange verharren, als verlebte Gesetze von einer reaktionären Mehrheit gemacht werden. (Sehr gut! links.) Im Anschluß an die Erhöhung der Beamtenbesoldungen, auf die der Finanzminister hinwies, wird jetzt auch eine Neuregelung der Bezüge der im Staatsdienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten erfolgen müssen. Wir werden einen dahingehenden Antrag einbringen. Auch eine Neuregelung des Beamtenrechts ist notwendig. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister sprach von der Notwendigkeit neuer Einnahmequellen. Es ist der Gedanke laut geworden, daß für Preußen die im Reich geschätzte Erbschaftsteuer in Anspruch genommen werden soll. Wir wollen deshalb von vornherein betonen, daß nach unserer Ansicht die Erbschaftsteuer dem Reich gehört. (Sehr richtig! links.) und wir sind überzeugt, daß dort bald ein Ausbau dieser Steuer durchgeführt werden wird.

Die Hauptaufgabe dieser Session ist vielleicht die Wahlrechtsreform. Die bestimmt ablehnende Haltung der Konservativen in dieser Frage ist mir immer noch lieber als das Bestreben, einer wirklichen Reform vorzubeugen durch allerlei Künsteleien. So ist Herr v. Rheinbaben für die Verbeibehaltung der öffentlichen Wahl auf dem Lande und die Einführung der geheimen Wahl in den großen Städten eingetreten. Das ist allerdings das Ei des Kolumbus (Heiterkeit), aber in der Praxis ganz unbrauchbar. Wir sehen keine großen Hoffnungen auf die angeführte Vorlage, um so weniger als in der Thronrede die Erwartung ausgesprochen ist, daß strenge Sachlichkeit und pflichtbewusste Staatsgesinnung wie bisher

die Entschiedenheiten der preussischen Landesvertretung leiten werde! Dieses „wie bisher“ ist unverkennbar eine Verbeugung vor der Politik der jetzigen Mehrheit. Dem neuen Ministerpräsidenten werden wir gewiß keine Mitwirkung an dem Zustandekommen eines einheitlichen und freibürgerlichen Reichsvereinsgesetzes nicht verzeihen. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Freiheitlich?) Das das Vereinsgesetz ungewissheit einen Fortschritt bedeutet, haben auch sozialdemokratische Stimmen anerkannt. Worüber zu flagen ist, ist nur die mangelhafte Durchführung des Gesetzes. (Sehr richtig! links.) Also wir haben seinerzeit Herrn v. Bethmann Hollweg unterstützt, wenn er aber jetzt eine Politik proklamiert, die mit der jetzigen Mehrheit „wie bisher“ gemacht werden soll, so kann er dabei auf unsere Unterstützung nicht rechnen. Im Gegenteil, die Liberalen schließen sich gerade jetzt zu einer einheitlichen Partei zusammen, um mit aller Kraft dahin zu wirken, daß es in Preußen nicht so bleibt wie bisher, sondern daß auch in Preußen dem Fortschritt und der Freiheit eine breite Gasse geöffnet wird. (Bravo! links.)

Abg. Herr v. Jellich (fr. Sp.): Die Rede des Herrn Herold habe ich so aufgefaßt, daß das Zentrum seine Rechnung für die Mitwirkung an der Reichsfinanzreform jetzt präsentiert. Ich meine allerdings, der Sturz des Fürsten Bismarck dürfte für das Zentrum mehr als Lohn gewesen sein. (Sehr richtig! links.) Viel eher könnten wir dem Zentrum jetzt die Rechnung präsentieren für die Unterstützung, die man ihm geliehen hat zur Erreichung seiner politischen Hauptziele im Reich. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, daß die Quittung beim Wahrecht ausgekehrt werden und daß das Zentrum dafür sorgen wird, daß kein Wahrecht zustande kommt, dem die Konservativen nicht zustimmen können. (Sehr gut! rechts.) Wenn Herr Herold das Schreckgespenst des Kulturkampfes hervorgerufen hat, so wohl mehr, um die unzufriedenen Zentrumswähler wieder zu gewinnen. Eine Herrschaft der katholischen Kirche auf die Schule wird in Preußen niemals verwirklicht werden. (Bravo! links.) Sonst wäre ja die Konsequenz, daß der Kultusminister ein Bischof ist! (Große Heiterkeit.)

Was das Wahlrecht anlangt, so werde ich auf meinen Vorschlag zu dieser Frage, den Herr Wiemer kritisiert hat, hier nicht weiter eingehen. Herr Wiemer hat meinen Artikel offenbar gar nicht gelesen. Zur Sache selbst ist festzustellen, was eigentlich nach der Ankündigung der Wahlrechtsreform in der Thronrede von 1908 jetzt zu erwarten ist. Wenn man die erläuternde Rede des damaligen Ministerpräsidenten berücksichtigt, so würde ein Festhalten am Dreiklassenwahlrecht auf Grund der Ergebnisse der Wahlstatistik völlig im Einklang mit jener Ankündigung stehen, und ebenso wenig stünde ein Festhalten an der öffentlichen Abstimmung im Widerspruch mit der damaligen Erklärung des Fürsten Bismarck. Wir werden uns nicht beirren lassen durch große Worte, Straßendemonstrationen und ähnliche Dinge, an wenigsten von einer Partei, die durch die Resolutionen, die gestern gefaßt worden sind, gezeigt hat, daß sie entscheidendes Gewicht legt auf die Urteilsunfähigen und Unreife. Solche Leute lassen sich allerdings am besten für die Sozialdemokratie einfangen. (Sehr wahr! rechts.) Wir werden mit voller Sachlichkeit und starkem Staatsbewußtsein an die Prüfung der bevorstehenden Vorlage herangehen, eingedenk des Wortes: lieber der Partei steht das Vaterland! (Lebhafte Bravo! rechts.)

Finanzminister v. Rheinbaben: So verlockend es wäre, auf die bedeutenden allgemeinen Ausführungen des Freiherrn v. Jellich einzugehen, so muß ich es mir doch nach meiner ressortmäßigen Stellung verweigern. (Der Minister polemisiert des weitern gegen einzelne Ausführungen der Vorrede.) Was die Steueranleihe anbelangt, so sind wir den Fällen, die in der Presse über angebliche Steuerhinterziehungen veröffentlicht worden sind, nachgegangen und es hat sich herausgestellt, daß die Angaben nicht zutrafen. In den seltensten Fällen haben dann die betreffenden Blätter die Berichtigung aufgenommen. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Herr (Soz.):

Der scharfmacherische Ton der Rede des Abgeordneten v. Jellich war für uns nicht überraschend; wir würden uns mehr wundern, wenn er einmal eine Rede hielte, in der nicht zum Kampf gegen Sozialdemokratie und gegen Polen aufgerufen würde. Wir sind jederzeit gerüstet, wir haben niemals an das Märchen von der Unparteilichkeit der Regierung geglaubt, nicht daran glauben können, weil wir Tag für Tag sehen, wie partiell die Regierung vorgeht, wie sie

ausgesprochene Parteiregierung

ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind also jederzeit bereit, den Kampf aufzunehmen, wir haben uns bisher dabei sehr wohl gefühlt, und ich glaube, auch die Herren Polen haben nicht zu klagen.

Der neue Herr Ministerpräsident,

der heute wiederum durch Abwesenheit glänzt, ist von den bisherigen Staatsrathen sehr verschiedentlich behandelt worden. Der Redner der konservativen Partei hat ihm sein Vertrauen ausgesprochen, der Redner der Polen ihm ein ausdrückliches *Mittrauen* erteilt, und die Nationalliberalen haben ihre Stellung im Unklaren gelassen. Wir müssen uns dem Mißtrauensvotum der Herren Polen vollkommen anschließen. (Lachen rechts.) Herr v. Bethmann Hollweg ist ja für uns kein neuer Mann. Wir haben ihn schon kennen gelernt bei der Entschlagsvorlage, beim Vereinsgesetz, und wir erinnern uns daran, wie er 1906 bei der kleinen Wahlrechtsvorlage als Minister des Inneren sich ausdrücklich gegen eine Reform erklärt hat, die von den Prinzipien des Dreiklassenwahlrechts abwich; wir denken auch daran, daß er vom Fürsten Bismarck zur Durchführung der Bismarckschen Wollpolitik ins Reichamt des Innern berufen wurde und dann, nach dem Scheitern der Wollpolitik, nicht die Konsequenzen daraus zog, sondern mit dem neuen Woll die Finanzreform verabschiedete. Zu einem Minister mit solcher Vergangenheit können wir kein Vertrauen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun weiß ich ja nicht, ob dem Herrn Ministerpräsidenten überhaupt daran liegt, sich das Vertrauen des größten Teils des preussischen Volkes zu erwerben. Nach den bisherigen preussischen Traditionen kann man ja daran zweifeln. Sollte ihm aber wirklich an diesem Vertrauen liegen, so braucht er nur eine Wahlreform einzubringen, die dem Volke das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bringt. Ich zweifle freilich daran, daß er von solchem Ehrgeiz besetzt ist, und wäre er es auch, dürfte er doch eine solche Vorlage nicht einbringen infolge der Abhängigkeit der Regierung von den Konservativen.

Die Rede des Herrn v. Pappenheim war ein deutlicher Beweis, wie sich

die Konservativen als Herren der Situation

fühlen, wie sehr sie darauf bauen, daß die Minister nach ihrer Pfeife tanzen. Herr v. Pappenheim hat die Regierung ja öffentlich gerüffelt, weil sie nicht genug zur Aufklärung des Volkes über die Reichsfinanzreform getan habe. Es war ein erbärmliches Schauspiel, zu sehen, wie der Finanzminister, der sonst bei der Abwehr gegenüber kleineren Parteien den Mund nicht voll genug nehmen kann, gegenüber Herrn v. Pappenheim nur einige Worte fand, die einer Entschuldigung sehr ähnlich sahen. Der Vorwurf des Herrn v. Pappenheim richtete sich offenbar dagegen, daß die Regierung nicht allen Kreisblättern die Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg beigelegt hat. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Hebrigens sollten Sie die Aufgabe, das Volk über die Reichsfinanzreform aufzuklären, gefälligst uns überlassen. (Lachen rechts.) Wir haben sie bisher erfüllt, und Sie können sicher sein, wir werden sie weiter so erfüllen, daß schließlich auch in die entferntesten Gegenden die Aufklärung bringt über die Tätigkeit der Konservativen und des Zentrums. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist das Wort gefallen von der Verheugung des Volkes. Der Vorwurf richtete sich nicht nur gegen uns — wir sind ja gewerksmäßige Heher nach Ihrer Meinung (Heiterkeit) —, sondern diesmal gegen die Nationalliberalen, die uns sogar noch übertrumpft haben sollen.

Sie sehen, wohin es führt, wenn die Nationalliberalen es einmal wagen, in einer Frage nicht mit den Konservativen und dem Zentrum zusammenzugehen! Sie sind aber nicht etwa mit uns zusammen gegangen, sondern sie waren bereit, eine ganz ähnliche Finanzreform ebenfalls zustande zu bringen. So ungeschuldig sind also die Nationalliberalen nicht, das Lob als „Heher“ haben sie wirklich nicht verdient. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen wirkt

die Finanzreform

schon durch sich selbst verheugend. Die einfachsten Arbeiter, Handwerker und Angehörigen des Mittelstandes sehen ja tagtäglich bei jedem Stück Ware, das sie kaufen, wie gewaltig die Preise infolge dieser Reform gestiegen sind. Nicht nur aus der Aufforderung des Herrn v. Pappenheim an die Regierung, das Volk aufzuklären, sondern auch aus Ihren ganzen Vorkühnungen spricht deutlich die Furcht, daß Ihre eigenen Wähler Ihnen selbst in den Rücken kehren könnten, und wir sehen ja auch, daß sich jetzt in den Reihen der Konservativen sehr eine Flunzensucht vollzieht. Bei den Erschaffenen hat das Volk deutlich sein Urteil gesprochen, und die endgültige Abrechnung werden die Reichstagswahlen bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es nicht Ihnen nichts, wenn jetzt wieder die Politik der Sammlung gepredigt wird, die darauf hinausgeht, daß alle bürgerlichen Parteien sich sammeln, um schließlich wieder neue Steuern aus dem Volke herauszupressen. Diese Sammlungspolitik ist dank unserer Aufklärungsarbeit hoffentlich ein für allemal vorbei.

Gewundert habe ich mich, daß Herr Friedberg sich plötzlich so energisch gegen den Gedanken eines Großblocs wandte. Das würde doch voraussetzen, daß von einer autoritativen Seite aus der Gedanke aufgetaucht wäre. Aber mir ist nicht erinnerlich, daß unter meinen Freunden irgend jemand das Bündnis der preussischen Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten angeregt hätte. Wir denken gar nicht daran, einen Großblock zu gründen mit den Nationalliberalen, nie und nimmer! Die Herren würden ja doch sehr bald mit ihrem früheren Verhältnis wieder anfangen (Heiterkeit), und wo man solchen Ehrbruch voraussetzt, löst man die Ehe lieber. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir in gewissen Fragen mit den Nationalliberalen zusammengehen. Wir haben ja auch mit den Konservativen schon zusammen gestimmt. Ich erinnere an die Gesellschaftsteuer usw. Aber von einem Bündnis mit den Nationalliberalen kann keine Rede sein, denn wir wissen genau, die Herren würden ihren Weg „geradeaus“ so gehen, daß sie schließlich geradeaus ins Lager der Konservativen kommen. Wir fühlen uns allein stärker als mit solchen unglücklichen Bundesgenossen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zum Etat. Auch wir sind der Ansicht, daß

die Finanzlage höchst unerfreulich

ist. Wenn für das Jahr 1910 noch ein Defizit von 92 Millionen Mark zu erwarten ist, so sind das Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch das voraussichtliche Ergebnis für 1910 beweist, daß diese Art zu regieren am Rande des Bankrotts angelangt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Staatsschulden

sind allmählich auf 9422 Millionen Mark angewachsen, deren Verzinsung allein 305 Millionen Mark pro Jahr erfordert. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß der Etat für die Beamtenbesoldung erheblich gewachsen ist, aber vergessen Sie nicht, daß die Gehalts-

erhöhungen hauptsächlich notwendig waren infolge der verkehrten Wirtschaftspolitik des Reichs, an der Preußen die größte Schuld trägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte die Regierung fragen, ob sie nicht endlich etwas tun will, um auch den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ihre finanziellen Verhältnisse, darüber hinaus ihre allgemeinen Verhältnisse, zu bessern. Dazu gehört in erster Linie die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und die Verfestigung des Hausbesitzerprivilegiums. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Allerdings denkt die Regierung nicht daran, diese vernünftige Reform durchzuführen, einmal weil sie grundsätzlich gegen jede vernünftige Reform ist (Lachen rechts), und dann aus Furcht vor der Sozialdemokratie.

Beamtengehälter?

Was in der Öffentlichkeit davon laut geworden ist, berechtigt zu den schlimmsten Befürchtungen. Man scheint kein Beamtenrecht schaffen, wohl aber ein Gesetz zur Knebelung der Bewegungsfreiheit der Beamten machen zu wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) In dieser Befürchtung werde ich bestärkt durch einen Erlaß des Eisenbahnministers vom 7. Mai 1908, in dem es als unvereinbar mit den Pflichten des Staatsamtes erklärt wird, Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch Bildung von Vereinigungen durchzusetzen und Einspruch auf Regierung und Landtag gewinnen zu wollen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit diesem Erlaß tritt der Minister die Rechte der Beamten geradezu mit Füßen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Herr v. Rheinbaben hat zu derselben Zeit einen Erlaß gegen die preussischen Hofaufseher veröffentlicht, in dem ein energisches Einschreiten gegen alle Beamten in Aussicht gestellt wird, die es bei der Verfolgung ihrer Standesinteressen an der nötigen Mäßigung fehlen lassen. Die Erlasse beweisen, daß die Regierung

die Beamten als Staatsbürger minderen Rechts

betrachtet, und ich hoffe, daß die Beamten sich eine solche Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Die wirkliche Ursache der Finanznot Preußens ist die

fortgesetzte Verwahrung der Großgrundbesitzer.

(Lärm rechts.) Ungezählte Millionen sind für sie ausgegeben worden, und wenn es im letzten Jahre weniger geworden ist, so liegt das daran, daß ihnen im Laufe der Jahre der Mund gestopft worden ist. Zu gegebener Zeit werden die Herren schon wieder zu schreien anfangen, und sie werden dann auch wieder neue Liebesgaben bekommen. Ganz ohne Liebesgaben ist es auch in diesem Jahre nicht abgegangen. So werden 50 000 M. gefordert für Versuche zur Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes. Die Darlehen werden völlig sinnlos gegeben, die Zinsen müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden! Weiter haben wir

viel zu viel Beamte in den hohen Stellen.

Eine ganze Anzahl von Beamten könnte einfach gestrichen werden, ohne daß der preussische Staat auch nur den geringsten Schaden erleiden würde! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich denke da z. B. in erster Linie an

die preussischen „Gesandten“

in Dresden, Hamburg, Karlsruhe usw., die weiter nichts zu tun haben, als zu repräsentieren. Es ist auch die Frage, ob wie neben den 12 Oberpräsidenten noch 30 Regierungspräsidenten gebraucht werden.

Aber nicht nur bei den Beamten wird ein ungeheurer Heberflus getrieben, sondern es ist bei den Staatsgebäuden ein Luxus eingerissen, der angesichts der schlechten Finanzlage einfach unerantwortlich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Oberpräsidialgebäude in Koblenz kostete fast 2 Millionen Mark, ein Regierungsgebäude in Düsseldorf 8,5 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kann doch wirklich gestarrt werden.

Aus den direkten Steuern erwartet der Finanzminister nur ein Mehr von 6 Millionen Mark. Das läßt darauf schließen, daß Maßnahmen zur richtigeren Heranziehung der Einkommen nicht beabsichtigt sind. Es ist eine Tatsache, daß heute in Preußen das wirklich verdiente Einkommen ebensoviele richtig versteuert wird wie das wirklich vorhandene Vermögen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich lasse die Frage offen, ob die Schuld daran die Veranlagungskommissionen trifft. Es wäre wünschenswert, wenn die von Herrn v. Jellich gewünschte Kommission die bekannten Mitteilungen des Professors Delbrück eingehend nachprüfen würde. Wenn es sich wirklich herausstellen sollte, daß

63 Milliarden zu wenig versteuert

werden, so würde das ein Steuermehr von 37 Millionen Mark bedeuten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Arbeiter werden auf Grund des § 23 bis auf den letzten Pfennig besteuert, und da ist es eine Ehrenpflicht der übrigen Schichten der Bevölkerung, ihr Einkommen gleichfalls bis auf den letzten Pfennig zu versteuern. Wenn hier der Hebel eingesetzt wird, dann brauchen wir keine Schiffahrtsabgaben, mit denen wir die übrigen Bundesstaaten nur vor den Kopf stoßen. Dann brauchen wir auch nicht

die Einführung von Leihgebühren für die Benutzung der kaiserlichen Bibliothek.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dieser Bildungsgott eingeführt ist, dann kann die Berliner königliche Bibliothek den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die erste und einzige Landesbibliothek zu sein, die sich für die Benutzung von Büchern etwas bezahlen läßt.

Der Finanzminister hat mit einem Ausdruck des Bedauerns darauf hingewiesen, daß während 1899 die Betriebsverwaltungen noch 57 Proz. der Ausgaben deckten, 1900 nur noch 34 Proz. der Staatsbedürfnisse durch die Einnahmen aus den Betriebsverwaltungen gedeckt wurden. Nach unserer Meinung ist das ein sehr erfreulicher Zustand, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Bedürfnisse des Staates in erster Linie durch direkte Steuern gedeckt werden sollen. Wir wollen keine Heberfluswirtschaft, die doch nur auf Kosten der Arbeiter erfolgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie recht ich damit habe, geht daraus hervor, daß in den Staatsbetrieben die Löhne geringer sind als in ähnlichen Privatbetrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß man sich alle Mühe gibt, die Arbeiter politisch zu entziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Koalitionsrecht

der Eisenbahnarbeiter wird mit Füßen getreten. Erst kürzlich hat ein Erlaß des Herrn v. Breitenbach vor dem Eintritt in den Deutschen Transportarbeiterverband gewarnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie will der Minister den Beweis dafür erbringen, daß die Mitgliedschaft in einer rein gewerkschaftlichen Organisation unvereinbar ist mit der Beschäftigung in der Staatsbahnverwaltung? Es ist einfach

ein Skandal,

daß man es wagt, freien Arbeitern derartiges zu bieten. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Man geht sogar noch weiter und schreibt den Arbeitern vor, was sie lesen sollen! Eine solche Bevormundung findet man in keinem Lande der Welt. In einem wirklichen Kulturstaat würde ein Minister, der das mag, auch nicht einen Augenblick mehr auf seinem Posten bleiben können. Aber unter der Herrschaft des Dreiklassenparlamentes dürfen sich die Minister eben alles herausnehmen, sie dürfen noch so geschickliche Handlungen gegen die Arbeiter begehen, weil sie niemand dafür zur Verantwortung zieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission für die Verhältnisse in den Bergwerken

sind wir einverstanden. Nur sollte man zu dieser Kommission auch Bergarbeiter heranziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Geparat werden könnten weiter die zwei Millionen, die als

Uns Wahlrecht!

Tausende und Abertausende haben am gestrigen Wahlrechts-sonntag ihre Meinung über die Wahlrechtsreform in folgender Resolution bekundet:

Die am 16. Januar 1910 versammelten Männer und Frauen erklären:

Die von der preussischen Regierung in den letzten Tagen des Vorjahres endlich veröffentlichte amtliche Statistik über das Ergebnis der Landtagswahlen des Jahres 1908 beweist von neuem, daß das Dreiklassenwahlrecht ein raffiniertes Mittel brutaler Klassenherrschaft ist. Die Aufrechterhaltung der Dreiklassenwahlrecht ist eine schwere Beleidigung der preussischen Staatsbürger, zumal die Bevölkerung der deutschen Bundesstaaten südlich des Rheins für die Wahl zu den Landtagen im Besitz des Reichstagswahlrechts ist.

Die Junker und die Bourgeoisie, die unter dem geltenden Wahlgesetz in Preußen die erste und zweite Klasse beherrschen, entscheiden über die Wahl der Abgeordneten. Die 82 Proz. der Wähler, die in der dritten Wählerklasse zusammengepackt sind, werden um ihr Wahlrecht schmachlich betrogen.

Das wahnwitzige indirekte Wahlsystem und der unter der öffentlichen Abstimmung besonders auf dem platten Lande geübte Terrorismus der herrschenden Klassen berechnen Millionen die Teilnahme an der Wahl und wirken wie ein Wahlrechtsraub.

Die schleunigste Beseitigung dieses schamlosen Wahlunrechts ist die dringendste Forderung der Gegenwart. Die Thronrede kündigt an, daß in einigen Wochen dem Landtage eine Wahlrechtsreformvorlage zugehen wird. Die Regierung hat es nicht gewagt, über die Grundzüge der kommenden Vorlage etwas zu sagen. Das heißt: die Regierung beachtlich keine gründliche Aenderung des geltenden Wahlsystems. Die Regierung will das preussische Volk in einigen Wochen mit einer Fiktion überumpeln.

Die Versammelten werden jede auf die Interessen der herrschenden Klassen und der ihr verflochtenen regierenden Bürokratie zugeschnittene Scheinreform mit allen Mitteln bekämpfen. Die Versammelten fordern erneut die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, insbesondere die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen auf Grund der Verhältniswahl und geloben, alles daranzusetzen, um dieser Forderung zum Siege zu verhelfen.

Die Versammelten erwarten, daß die Parteileitung der Sozialdemokratie den reaktionären Plänen der Regierung mit allen Mitteln begegnet und für die Forderung des freien Wahlrechts einen Wahlrechtssturm entfesselt, der die verjüngerte Reaktion niederringt.

Die Schätzung über die Zahl der Berliner Versammlungsteilnehmer geht weit auseinander und bewegt sich zwischen 25 000 und 50 000. Jedenfalls war es auch bei Annahme der geringsten Zahl eine imponierende Menge.

Gegen ihrer alten Gewohnheit hatte die Polizei

auch am Sonntag namentlich die Umgebung des Zeugpalastes und des Schlosses in ein Heerlager verwandelt. Auf der Straße war zwar nicht allzu viel von dem starken Polizeiaufgebot zu sehen. Aber in allen öffentlichen Gebäuden der Umgegend waren Polizeiwachen aufgeschlagen und mit Schulheuten zu Fuß und zu Pferde in großer Zahl besetzt. Posten an den Strahlenden schauten aufmerksam aus, ob von irgendwoher eine Gefahr nahe, die den preussischen Staat in seinen Grundfesten erschüttern könnte. Mit besonderer Sorgfalt werden regelmäßig die Brückenübergänge über die Spree von der Polizei besetzt, damit das Zentrum der Stadt gegen die im Norden gelegene Hochburg der „Roten“ gedeckt sei. Wieder war auch das Grundstück der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft am Schiffbauerdamm nahe der Warschauerbrücke in ein Heerlager verwandelt worden, in dem es von kampfbereiten Polizisten wimmelte. Und wieder hatte man auch in das der Weidendammer Brücke benachbarte Grundstück Friedrichstraße 105a ein starkes Schutzmannschaftsgebot hineingelegt, das des Winkes gewärtig war. Von 9/10 Uhr begannen die fliegenden Wachen sich langsam zu füllen mit Schulheuten, die einzeln oder in kleinen Gruppen möglichst unauffällig herbeikamen. Schade um den Kampfesmut, der da in mancher Brust rege geworden sein mag: er fand keine Gelegenheit, sich zu betätigen. Bis in den späten Nachmittag hinein sahen die Schulheute bei einander unter Aufsicht ihrer Kommandierenden und vertrieben sich die Langeweile mit Unterhaltung, Spiel und Alkohol. Brückenposten, die zur Abklärung geschickt wurden oder abgelöst worden waren, gingen hin und her, Geheimnisse mit allerneuesten Nachrichten von vermutlich sehr zweifelhaftem Wert trafen ein — und nur der „Feind“ wollte nicht kommen, so sehr auch der vor der Tür umherstehende Posten nach ihm ausschaute. Im stillen wird mancher der Genannten gar gotteslästerlich geflücht haben über die Dummheit der Spitzel, die wieder mal den Plan einer „Straßendemonstration“ ausgeheckt hatten und respektvoll sich gewundert haben über die Leichtgläubigkeit des Chefs, der daraufhin ein Heer von Schulheuten zusammengetrommelt hatte.

Erster Wahlkreis.

Der Riesensaal des Zeugpalastes füllte sich. Begeisterung und entschlossene Kampfesstimmung löste die Rede des Genossen Hubert in den Herzen der rechtlosen Wählermassen aus. — Gegen Schluß der Versammlung wurde auch draußen die Polizei bewegt. Ihre Offiziere liefen eifrig hin und her, inspizierten die Posten und erteilten Befehle. Lächelnd über den unnötigen Eifer der Ordnungshüter gingen die aus dem Lokale kommenden Versammlungsbesucher ihres Weges. Für Polizeiarbeit bot sich keine Gelegenheit. Doch die Schutzmannschaft schien immer noch etwas zu erwarten. Erst nach langer Zeit wurden die Wachen und Posten nach und nach eingezogen.

Zweiter Wahlkreis.

In Süßes Festsälen in der Dammwegstraße hatten sich 800—900 Personen eingefunden. Die Versammlung war nicht

polizeilich überwacht, wenigstens waren keine uniformierten Schulheute da. Dagegen schienen einige der bekannnten heillosen Kreaturen vom Alexanderplatz in die Versammlung delegiert zu sein.

In der Diskussion vertrat der frühere „konservative Arbeiter“ und jetzige Reichstagsabgeordneter Reinhardt unter dem Widerspruch der Versammlung eine Politik der Bescheidenheit. Bei der Abstimmung über die Resolution wurde auch eine Gegenprobe vorgenommen, die ergab, daß niemand gegen die Resolution sei. Genosse Söderich als Vorsitzender konstatierte deswegen ausdrücklich, daß auch Herr Reinhardt nicht gegen die Annahme unserer Resolution gestimmt habe und sprach unter allgemeiner Heiterkeit die Hoffnung aus, daß derselbe daraus die Konsequenz ziehen und bei der Wahlrechtsbewegung in unserem Sinne wirken werde.

Die Versammlung in der Vordrauerlei war stark besucht. Viele Bezirke waren geschlossen zum Lokal marschiert. Das Lokal war nicht polizeilich abgesperrt. Genosse Koblenzer wußte die Versammelten in passenden Worten die Ungerechtigkeiten des geltenden Wahlrechts vor Augen zu führen und sie zum Kampf für das gleiche Wahlrecht zu begeistern. Nachtsoll brauste am Schluß der Versammlung die Wahlrechtsstrophe des Arbeiterkampfliedes durch den Saal. In dichten Trupps gingen die Versammlungsbesucher ruhig der inneren Stadt zu, von der Polizei unbelästigt.

Der große Saal von Kriem in der Hasenheide war ebenfalls das Ziel großer Massen von Demonstranten. Vor der impopulanten Versammlung regnete Genosse Hah mit der preussischen Reaktion ab.

Der dritte Kreis

hatte Versammlungen im Gewerkschaftshaus und in den Arminhallen veranstaltet. Nach dem Gewerkschaftshaus strömten schon frühzeitig zahlreiche Arbeiter und auch Arbeiterfrauen und Mädchen, die sich von dem Regentwetter nicht zurückziehen ließen, sondern gemeinsam mit den Männern die Stimme für ein freies Wahlrecht erheben wollten. Lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal gefüllt. Der Redner war der Arbeitersekretär Hermann Müller. Auch in den Arminhallen, wo Kraeßig sprach, war die Versammlung überfüllt. Auf den Straßen, vor den Eingängen zu den Versammlungslokalen war es still. Sogar Schulheute sah man nicht viel; nur wenige setzten sich dem vollen Regen aus, aber aus schließenden Hauseingängen blühte hier und da ein Schutzmannshelm. Die Polizei hatte ihre Vorbereitungen getroffen und die Posten verteilt. Polizeioffiziere fehlten nirgends, wo ein Versammlungslokal in der Nähe war.

Vierter Wahlkreis.

Im Osten Berlins konnte man schon lange vor der festgesetzten Versammlungsstunde gewahrt werden, daß die Bevölkerung wieder einmal einer großen Sache wegen zusammenströmte. Sie kamen in großen Massen, die Männer und Frauen, um ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht zu fordern, und die Säle waren bald gefüllt oder auch überfüllt, so weit dies die zarte Rücksichtnahme der überall am Saaleingang vertretenen Polizei auf die Gesundheit und Sicherheit der Versammelten nicht verhinderte.

Auch am Königsplatz waren starke Posten aufgestellt und in der Nähe fliegende Wachen aufgeschlagen. Diese Juristungen gollten der Versammlung, die den Saal der Brauerei Friedrichshain füllte und mit Begeisterung den Vortrag des Genossen Baumann entgegen nahm. Die Polizeimannschaften zogen bald nach Schluß der Versammlung ab. Auch hier gab es für sie nichts zu tun.

Bei Freyer in der Koppenstraße wurden schon um 12 Uhr Bedenken wegen Ueberfüllung des Lokals geäußert. Die Polizei wollte schon absperrern, aber unsere Genossen hatten auf den Massenandrang gerechnet und sich auch die übrigen Räumlichkeiten gesichert. So wurden denn die herbeiströmenden Massen, soweit es möglich war, im oberen Saale untergebracht. Die Tische waren dort, wie im großen Saal, schon lange hinausgebracht, um Raum zu schaffen. Im oberen Saale sprach der Genosse Wetthe, unten der Genosse und Reichstagsabgeordnete Eichhorn, und die Redner entflammten die Massen zu unermüdlichem Ausscharen im Wahlrechtskampf, bis das Ziel erreicht ist. — Die Vielen, die bei Freyer keinen Platz mehr gefunden hatten, wanderten teils nach den „Andreas-Festsälen“, teils zu Voelker in der Webersstraße, oder sie suchten auch, wenn das vergeblich war, die entfernter liegenden Lokale auf. Der große Saal in der Andreasstraße, wo Genosse Däwewill in zündenden Worten der dringendsten politischen Forderung des preussischen Volkes Ausdruck gab, war ebenfalls bis auf den letzten Stuhl gefüllt, und bei Voelker standen die Massen bis in den Restaurationsraum hinein. Hier sprach die Genossin Lungwitz und sie versäumte selbstverständlich auch nicht, neben dem schmachvollen Dreiklassenwahlrecht der Männer die gänzliche politische Rechtlosigkeit der Frauen zu beleuchten, die Frauen wie die Männer zum Kampf gegen dieses für ein Kulturvolk unerträgliche System aufzurufen.

Bei Litfin in der Remeler Straße waren vielmehr Menschen gekommen, als Einlaß finden konnten. Um 12/10 Uhr wurde der Saal wegen Ueberfüllung abgesperrt. Hier war es der Genosse Bruno Vorkardt, der als Referent mit überzeugender Logik und Kraft nachwies, daß das Dreiklassenwahlrecht, wenn auch die Reaktion sich noch so übermütig gebärdet, doch endlich der unerträglichsten Forderung des Volkes nach politischer Gleichberechtigung weichen muß.

Im „Elysium“, im äußersten Osten, an der Landsberger Allee, waren Saal und Nebenzimmer gedrängt voll, und durch Entfernung der Tische hatte man auch hier nicht Raum genug schaffen können für alle, die gekommen waren, um für ihr Wahlrecht zu demonstrieren. Unsere Genossen hatten dafür gesorgt, daß nebenbei auch der Garten den Versammlungsbesuchern offen stand, aber bei dem fortwährenden Regen war es natürlich nicht gut möglich, lange im Freien zu stehen. Im „Elysium“ hielt der Genosse Udo das Referat, und daß seine treffenden Worte ihre Wirkung nicht verfehlten, dafür zeugte der stürmische Beifall der Versammlung. In der Diskussion sprach auch ein demokratischer Redner. Mit einstimmiger Annahme der Resolution und kräftigen Hochrufen auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht schloß die Versammlung.

Die „Drachenburg“, wo Robert Schmidt sprach, mußte abgesperrt werden, aber Anknüpfungen auf der Straße fanden hier ebensowenig statt wie vor den anderen Lokalen. Die Abgewiesenen kehrten um, sie setzten sich nicht lange der Kälte und Nässe aus.

„Sanssouci“ war ebenfalls überfüllt. Dort sprach Eduard Bernstein. Die Redner fanden überall begeisterte Zustimmung, wenn sie das Recht des Volkes auf ein freies Wahlrecht betonten, wenn sie es als Pflicht und Schuldigkeit der Regierung bezeichneten, das Versprechen des Königs einzulösen.

Nach Schluß der Versammlungen zerstreuten sich die Massen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht, unter dem Befehl von Arbeiterliedern, aber zu Demonstrationen auf den Straßen kam es nicht, und wenn sich hier und da vorübergehend kleine Gruppen bildeten, so erblühte die Polizei darin diesmal im allgemeinen keine Gefahr für die berühmte öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Fünfter Wahlkreis.

Auch in diesem Kreise, der neben dem ersten dem Schloße am nächsten liegt, hatte die Polizei ihre völlig überflüssigen Vorsichtsmahregeln getroffen. So in der Kaiser-Wilhelm-Straße, wo in den Musikfestsälen und in der Linienstraße, wo im Alten Schützenhause gut besuchte Versammlungen stattfanden, in denen die Genossen Herzfeld und Pfauknuch sprachen. Doch war an diesen Stellen das Polizeiaufgebot nicht entfernt so stark, wie am Zeugpalast.

Am Alexanderplatz sah man ebenfalls mehr Polizei als sonst.

Sechster Wahlkreis.

Im Norden Berlins wurde das Straßenbild des nassen Sonntagvormittags nur durch die zahlreichen, den Wahlrechtsversammlungen zustromenden Arbeiter belebt.

Nach 10 Uhr begann sich der Ballschmiedersche Saal in der Wadstraße zu füllen. Frauen nahmen diesmal etwas weniger an den Versammlungen teil, dagegen zeugt der trotz des äußerst ungünstigen Wetters starke Andrang seitens der Genossen, wie bitter ernst es diesen um die Eringung ihrer politischen Gleichberechtigung zu tun ist. Bereits eine Stunde vor Eröffnung der Versammlung wurden bei Ballschmieder die Tische und zum größten Teile auch die Stühle entfernt, aber trotzdem war der geräumige Saal sowie die anschließenden Nebenzimmer bald gedrängt voll, so daß die polizeiliche Absperrung erfolgte. Hunderten von Genossen entgingen so die trefflichen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine, doch ließen sie es sich nicht nehmen, vor dem Lokal den Versammlungsschluß abzuwarten.

Auch die Doruffiasäle waren frühzeitig und stark besetzt. Die Versammlung dort gestaltete sich gleichzeitig zu einer Gedenkfeier für den verstorbenen Genossen Masche, dem Genosse Baumann einen würdigen Nachruf widmete. Weiterseits der Bühne, von der aus Genosse Münner sprach, waren die für Masches Begräbnis bestimmten rotbesetzten Kränze einstweilen niedergelegt worden. Eine stillernte Mahnung, im Leben seine Pflicht zu erfüllen, damit und nach dem Tode die Anerkennung unserer Mitkämpfer zu teil werde.

Der ohne jede Störung verlaufene Versammlung war insofern eine Ueberraschung zugebacht worden, als es ihren Besuchern mindestens überflüssigweise verwehrt wurde, sich den Heimweg beliebig selbst zu wählen; der Zugang nach dem Stadtimner war an der Wasserstraße durch eine Schutzmannskette gesperrt. So mußte mancher Versammlungsbesucher auf Umwegen sein Heim aufsuchen, woran wahrscheinlich nur jener Parteigenosse Freude hatte, dem der niederprasselnde Regen so reichlich Gelegenheit gab, seinen knallroten Regenschirm, der überall, wo er auftauchte, Heiterkeit hervorrief, zu tragen.

Im Berliner Prater, Kastanien-Allee, war ebenfalls der Saalzugang polizeilich abgesperrt worden. Genosse Adolf Hoffmann, der durch freisinnige Tüde Abgeordnete, hielt dort sein oft von Heiterkeit und Beifall unterbrochenes Referat. Auch hier wanderte vor dem Versammlungslokal eine große Anzahl aufgeregter Regenschirme bis zum Schluß der Versammlung auf den Bürgersteigen hin und blieben der Straße auf und ab.

Am Schönhauser Tor war alles vorbereitet, im Bedarfsfalle den Zugang nach der Stadt abzusperren. An allen Ecken, überall standen die Schulheute in Doppelposten und fortwährend wurde ausgespäht, ob denn nicht bald ein Zug Demonstranten nahe, den man mittels rasch hergeholtter Verstärkungsmannschaften aufhalten und zerstreuen könne. Allein er kam nicht, sondern auch besorgten die über 2000 in der Brauerei Königsplatz versammelten Wahlrechtskämpfer strifte die Mahnung ihres Versammlungsleiters und begaben sich ruhig nach Anhören des vom Genossen Pille vorgetragenen Referates nach Hause. Nach Pille sprach von der Demokratischen Vereinigung Herr Krueg im Sinne des Referenten. Auch in anderen Versammlungen traten Angehörige dieser Parteiorganisation auf, um eine Forderung für das allgemeine, direkte und geheime Landtagswahlrecht zu brechen. Alles in allem, der Wahlrechtskampf hat würdig eingeleitet. Man las es den nach den Versammlungen geeilten Arbeitern am Gesicht ab: sie wollen kämpfen siegen.

In der Berliner Vordrauerlei, Abt. 2, Chausseestraße 64, hatten sich circa 1200 Männer und Frauen eingefunden, die mit großer Spannung den zündenden, lampdurchglühenden Worten der Genossin Luise Biege folgten und die am Schluß der Versammlung zur Abstimmung gelangte Resolution einstimmig annahmen. Unter dem Trugspruch: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ — leerte sich der Saal. In dem gegenüberliegenden Kriegervereinshaus, früher Eiseller, waren circa 50 Schulheute untergebracht, die sich aber nicht sehen ließen und die öffentliche Sicherheit in keiner Weise bedrohten.

Ebenso unbeteiligt von der Polizei blieb die stark besetzte Versammlung in „Crang-Festsälen“, Köbliner Str. 8, wo Genosse J. Hildebrandt, unter lebhaften Beifallsäußerungen der Anwesenden das Thema des Tages behandelte.

Eine Riesensmenge von Menschen wälzte sich schon frühzeitig nach den „Pharus-Sälen“ in der Müllerstraße. Weit über 3000 Personen füllten zwei Säle, um der Rede des Genossen Lieberich zu lauschen. Der Redner sprach zuerst in dem großen, zum Erschiden angefüllten Saal, indem er in seiner vorwärtigen Kraft und Leidenschaft getragenen Rede ein klar untrübenes Bild von den preussischen Zuständen gab. Inzwischen hatte die zweite Versammlung im unteren Saal und wich und wankte nicht, bis der Referent erschien und seinen Vortrag zum zweitenmal hielt. In den Partieräumen des Lokals langweilten sich unterdessen eine Anzahl Polizeibeamten, desgleichen gegenüber in dem Bereich der Sentlerischen Maschinenfabrik, wo ein größeres Aufgebot von Schulheuten einquartiert war. Doch beiseitigten sie sich einer ersaumlichen Zurückhaltung, so daß infolgedessen alles ruhig verlief.

Fast 1500 Personen waren in der **Praxerz Sahenhofer** in der Turmstraße versammelt. Genosse Dr. Alfred Bernstein hatte das Referat. Neben mit großem Beifall aufgenommenen trefflichen Ausführungen hatte niemand mehr etwas hinzuzufügen. Debattelos wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gingen die Versammelten auseinander.

Der riesige Saal in den „Nordwest-Praxerz Sälen“ in der Willestraße erwies sich als viel zu klein um die Erschienenen alle zu fassen. Unaufhörlich strömten die Entrechteten in kleinen Trupps der Versammlung zu. Doch bereitwilligst wurde auch den Nachzügler Einlass gewährt, indem sich die Genossen, die jederzeit gern ihre Pflicht erfüllen, mit dem bei der rauhen Witterung nicht gerade angenehmen Aufenthalt außerhalb des Versammlungssaales begnügten. Mit stichtlicher Befriedigung überließen sie ihre Plätze den nachkommenden, noch einzureichenden Wahlrechtskämpfern. In der Diskussion, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage des Genossen Herrn Müller folgte, wurde die Initiative, die die preussische Landeskommission mit diesen Demonstrationen in den Wahlrechtskämpfen ergriffen hat, als ein zu schwacher Angriff auf das bestehende Wahlrecht bezeichnet. Unter dem Beifall der Versammelten wurde auf die Straßendemonstrationen als wirksamere Protestmittel hingewiesen. In seinem Schlusswort bemerkte der Referent dazu, daß es weder dem preussischen Parteitag noch den führenden Genossen eingefallen sei, auf die Straßendemonstration als Mittel zur Verampfung des jetzigen Wahlrechts in Preußen zu verzichten. Die Straßendemonstrationen dürfen aber nicht zur allwöchentlichen Erscheinung werden. Sie wirken erst am Besten, wenn die Wahlrechtsbewegung von der Begeisterung des Volkes durchglüht ihrem Höhepunkte nahe sei. Der proletarische Wahlrechtskampf in Preußen ist aber zurzeit im ersten Stadium. Aufgabe der Versammelten ist es, alle diejenigen, die sich heute noch außerhalb der Versammlungen befinden, als Wahlrechtskämpfer zu gewinnen. Darauf nahm die Versammlung die Resolution einstimmig an. Unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht schloß die wohl mehr als 3000 Personen zählende imposante Versammlung.

Die Polizei hielt sich in Moabit trotz des starken Zustroms zu den Versammlungen im Hintergrunde und überließ die Abperrungen den Genossen selbst. Nur hin und wieder kam ein Schußmann oder auch mal ein Polizeioffizier, die aber, nachdem sie sich davon überzeugt haben, daß für sie nichts ist, wieder ihre Wege gingen. So verliefen denn auch diese imposanten Kundgebungen durchaus würdig und — ohne störende Zwischenfälle.

In den Berliner Vororten

gestalteten sich die Demonstrationen teilweise zu Kundgebungen von selten eindrucksvoller Wucht. Der Wille zur Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts brachte hier wie in Berlin gewaltige Menschenmassen auf die Beine. Viele Versammlungen erwiesen sich als erfolgreiche Gelegenheiten zur Werbung neuer Parteimitglieder und „Vorwärts“-Anwonenten.

Um ein Bild von dem Gesamteindruck zu geben, lassen wir einzelne Berichte folgen:

Rixdorf.

Für unsere Nachbarstadt Rixdorf, dem proletarischen Südosten Groß-Berlins, waren nicht weniger als vier Versammlungen anberaumt worden. Alle waren sie überfüllt. Zur festgesetzten Zeit wurde das Straßenschild vollständig beherrscht durch die Scharen von Wahlrechtsdemonstranten, die den geräumigen Sälen zustrebten. Bei Fellsch in der Kuckelbergstraße konnte buchstäblich kein Apfel zur Erde fallen, so dicht gedrängt war die Masse, selbst nachdem Tische hinausgeschafft worden waren. Hier referierte Genosse Werner Del Gräpler in der Vergstraße, wo Rechtsanwalt Oskar Cohn das Referat hatte, standen die Versammelten bis weit in den Vorraum hinaus. Auch bei Hoppe, dem größten Rixdorfer Saal, war jeder Winkel besetzt. Die Polizei hatte abgesperrt. Landtagsabgeordneter Heumann sprach über das Thema des Tages. Abgesperrt war auch der Parkgarten, wo Rechtsanwalt Seid referierte. In allen Versammlungen trat die gleiche kampfsprohe Stimmung zutage. Begeisterung stimmte man dem zu, daß gegenüber allen Beschränkungen und geleygeberischen Schindelmässen auf das nachdrücklichste die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts vertreten werden müsse. Die Zahl der Personen, die Einlass zu den Lokalen fand, stellt sich auf circa 6000.

Charlottenburg.

Der der Großstadt im Westen vorgelagerte Vorort, woselbst der Geldsack die Herrschaft hat, hat sich an der Demonstration durch eine Massenversammlung in dem in der Rosinenstraße belegenen Volkshaus beteiligt. Der große Saal erwies sich als zu klein, und so wurde gleichzeitig im unteren Saale eine Versammlung abgehalten. Doch auch dieser war unzureichend. Hunderte von Besuchern mußten wieder umkehren oder draußen harrten, weil ihnen die Polizei den Zutritt zu den bereits überfüllten Versammlungssälen verweigerte. Die Genossen Klotz und Gerlach hielten die Referate, die wiederholt den Beifall der Versammelten auslösten. Auch hier verlief die Demonstration durchaus würdevoll.

Wilmerdorf.

In der von 700 Personen besuchten Versammlung referierte Genosse Wirbig. In der Diskussion verlor der Vorsitzende des örtlichen Vorwärtsvereins der Demokratischen Vereinigung, Herr Fabian, eine Erklärung des Inhalts, daß die Demokratische Vereinigung an der Seite der Sozialdemokratie für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen kämpfen werde. Die gleichen Ausführungen machte Frau Deutsch.

Stark besuchte Versammlungen werden noch gemeldet aus Lichtenberg, Spandau (600 Personen), Schöneberg (900 Personen), Ober-Schöneberg (900 Personen), Rummelsburg, Adlershof, Steglitz-Friedenau (700 Personen), Friedrichshagen (450 Personen), Baumhuldenweg (400 Personen), Hohen-Schönhausen, Treptow (500 Personen), Bantow (600 Personen), Bernau, Oranienburg, Franz-Buchholz, Mariendorf, Johannisthal, Gr.-Lichterfelde, Buxtehude (300 Personen), Waidmannslust, Alt-Glienke (500 Personen), Tempelhof, Zehlendorf, Reinickendorf-Ost (800 Personen), Zehlendorf, Wrig (400 Personen), Nowawes (1000 Personen), Reinickendorf-West (600 Personen), Köpenick (1000 Personen), Adlershof (400 Personen), Stralau (600 Personen), Potsdam, Bornstedt und Sanktwig.

Polizeiaufgebot.

Teilweise machte sich eine besonders — großzügige Organisation der bewaffneten Macht zur Verhinderung des Revolutionsausbruchs bemerkbar. Auszeichnung nach dieser Richtung verdienen: Lichtenberg — wo die Aufregung infolge der ergebnislosen Waffenhandlung zwecks Abwägung bestehender und aufgelöster Jugendorganisationen wohl noch etwas zur Verwundung der Polizei beitrug — Adlershof, Spandau und Potsdam.

Straßendemonstrationen.

In einzelnen Orten formierten sich nach Versammlungsschluß die Teilnehmer zu einem Spaziergang, der sich zu einer besonde-

eindrucksvollen Kundgebung in Köpenick gestaltete. Vor dem Rathaus ließen die Teilnehmer das Wahlrecht hoch leben. Die Polizei unterließ es, Zusammenstöße zu — machen, und so endete die Demonstration ohne Zwischenfall.

Die Provinzen.

Nicht minder imposant und eindrucksvoll sind die schier unzähligen Versammlungen in den Provinzen gewesen. Aus allen Teilen Preußens gehen uns gleichlautende Meldungen zu, die von starkbesuchten, vielfach überfüllten Sälen, von froher Kampfstimmung der Versammelten berichten. Aus der großen Fülle der Nachrichten können wir nur die wichtigsten geben.

Brandenburg.

Brandenburg hatte zwei überfüllte Versammlungen, die rund 2000 Besucher umfaßten.

In Fürstentum waren 1600 Personen versammelt. Frankfurt a. O. mußerte 100, Köstritz 1000, Rathenow 900, Landsberg 800, Luckenwalde 800, Guben 600, Velten 500, Sorau 500, Spremberg 400 Versammlungsbesucher. In Forst versammelten sich 1000 Personen, die zum Schluß vor das Rathaus zogen; zu Polizeiangriffen kam es nicht.

Starkbesuchte Versammlungen werden außerdem gemeldet aus: Küstrin, Sommerfeld i. L., Angermünde, Veelitz, Schwedt a. D., Neudamm.

In Ostpreußen demonstrierte die Hauptstadt Königsberg mit drei Versammlungen, davon eine unter freiem Himmel, die 6000 Demonstranten vereinigte. Die Polizei war durch ein starkes Aufgebot vertreten. In Memel, Elstut und Gumbinnen tagten gut gefüllte Versammlungen.

Westpreußen, Vorort Danzig, hatte eine von 1000 Personen besuchte Versammlung; ferner werden aus Graudenz (wo die Stadtbeförde die Hergabe eines öffentlichen Platzes verweigerte), Thorn, Flatow und Jastrow gutbesuchte Versammlungen gemeldet.

In Posen waren 500 Demonstranten versammelt; die Versammlung war die stärkste, die die Sozialdemokratie bisher dort zu verzeichnen hatte. In Bromberg zählte die Versammlung 300 Teilnehmer.

In Niederschlesien haben 14 Versammlungen getagt, die trotz strömenden Regens sehr stark besucht waren. Örtlich sah große Massen von Protestlern versammelt.

Auch in Mittelschlesien haben stark besuchte Versammlungen stattgefunden. In Breslau steuerte die Polizei der Wahlrechtsgefahr durch die schon telegraphisch gemeldete Verfügung, die den österröschischen Genossen Dr. Renner-Wien und Jockl-Jägerndorf das Reden verbot „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Trotz dieses Verbots war Genosse Jockl in Breslau angekommen und sprach unerkannt als „Mann aus dem Volke“ in drei Versammlungen je eine halbe Stunde. Besonders die Parteien über die österröschischen Straßendemonstrationen und über die Bereitschaft der Oesterreicher zum Massenstreik fanden stürmischen Beifall. Zummer, wenn die Polizei sich auf die Strümpfe machte, um den unbekannt Redner festzusetzen, entwand Genosse Jockl den Augen der Gesehshüter, um wenige Minuten später in einer anderen Versammlung seine Rede zu wiederholen. Das Bekanntwerden dieses Streiches erregte in der ganzen Stadt stürmisches Gelächter auf Kosten der Polizei. In Reichenbach i. Schl. waren 500 Personen versammelt.

Die Provinz Pommern hatte 21 Versammlungen. Groß-Stettin deren sechs. Trotz strömenden Regens war der Besuch und Verlauf überall glänzend. In Stettin war eine große Zahl Soldaten konsigniert und mit scharfen Patronen ausgerüstet. Die Ausgehigkeit des Militärs war beschränkt.

Schleswig-Holstein hat besonders imponierende Kundgebungen zu verzeichnen. 6000 Protestler waren in Kiel in drei großen Versammlungen zusammengeströmt. Nicht minder glänzend waren die Versammlungen in den übrigen Städten. In Altona waren 4000 Personen, in Wandsbeck 1000 Personen versammelt. Ottenen hatte eine Rieserversammlung. Elmshorn eine von 1000 Demonstranten besuchte. Im Bezirk des Zentralvereins für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Altona-Wandsbeck-Stormarn und Herzogtum Lauenburg) fanden 14 Versammlungen statt, die sich sämtlich eines außerordentlich starken Besuches erfreuten. Sie tagten in Schiffbeck, Sande, Didesloe, Ahrensbürg, Mölln, Lauenburg usw. In Nordschleswig fanden in Flensburg, Harrisleefeld, Apenrade, Sonderburg und Hadersleben stark besuchte Versammlungen statt. In Flensburg hatte sich die Polizei auf eine Demonstration vorbereitet und die Schutzleute in den Hauptstraßen verstärkt.

Sieben überfüllte Versammlungen wurden in Hannover abgehalten. An 12000 Teilnehmer hatten sich eingefunden. Die Polizei hatte stark gerüstet. Alle Stehposten waren eingesetzt. Der Polizeipräsident erließ in den bürgerlichen Blättern eine Warnung vor Straßendemonstrationen, da der preussische Parteitag beschlossen habe, diese Demonstrationen nicht auszuschließen. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen. In Harburg war die Versammlung von circa 1000 Personen besucht.

In der Provinz Sachsen weist Halle starkbesuchte Versammlungen auf, die abgesperrt wurden. 5000 Teilnehmer waren zusammengekommen. Die Polizei ist auf der Straße in unerhörter Weise gegen die Protestler vorgegangen und hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Im Agitationsbezirk Halle fanden 68 Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht waren.

Die Versammlungen in Erfurt, Schleusingen und Ziegenrück waren alle sehr stark besucht, desgleichen die in Heidersbach, Ilversgehofen und Suhl. In Erfurt waren 1600 Personen versammelt.

Magdeburg hat nicht minder glänzende Kundgebungen zu verzeichnen.

In dem Regierungsbezirk Magdeburg fanden 26 Versammlungen statt. Alle waren sehr stark besucht, auch von Frauen. Zahlreiche Neuaufnahmen für die Parteiorganisationen waren in fast allen Orten zu verzeichnen. In einigen Orten kam es zu Straßendemonstrationen, die ohne besondere Zwischenfälle verliefen. Die Polizei wurde überall in Bereitschaft gehalten. Wie bekannt geworden, haben die Postämter der Orte, in denen Versammlungen stattfanden, Weisung erhalten, sich während der Nacht in Dienstbereitschaft zu halten.

In Fernersleben zogen 600 Versammelte nach dem nahen Industrieort Westerhöfen und vereinigten sich unterwegs mit den von dort kommenden Versammlungsbefuchern, sodas eine eindrucksvolle Straßendemonstration zusammenkam. Die Versammlung in Schönebeck a. Elbe war von 1300 Personen besucht; ca. 600 von ihnen hatten sich zu einem gemeinsamen Spaziergang vereinigt, der ohne Störung verlief. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer in großen Trupps durch die Straßen der Stadt. In Halberstadt kam es zu einer Straßendemonstration, an der etwa 2000 Personen teilnahmen. Die Polizei, die sich von den Halberstädter Kürassieren Pferde geborgt hatte, ritt in die Menge der Demonstranten hinein; es wurde jedoch niemand verletzt.

Im Wahlkreis Nordhausen fanden fünf Versammlungen statt, die in Nordhausen selbst war von 500, die im nahegelegenen Arbeiterort Salza von 800 Teilnehmern besucht.

In Mühlhausen i. Thür. waren 1000 Personen versammelt. Sie formierten sich spontan zu einem Demonstrationzug, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Die Polizei verhielt sich ruhig.

Der Vorort des östlichen Westfalens, Viefel, sah ebenfalls eine Straßendemonstration, die durch die Hauptstraßen der Stadt zog. 2500 Teilnehmer zählten Versammlung und Zug. Mehrere Hunderte hatten zur Versammlung keinen Einlass gefunden.

In den Vororten Brakweide und Schildesche fanden ebenfalls stark besuchte Versammlungen statt. Ferner werden Versammlungen gemeldet aus Herford, Minden und Rehme.

Das westliche Westfalen hatte gewaltige Kundgebungen. Im Wahlkreis Dortmund fanden sieben überfüllte Versammlungen statt; in Langendreer waren über 500 Teilnehmer erschienen. Imposant waren die Versammlungen im Bezirk Bochum. In der Stadt Bochum waren 1000 Protestler versammelt, in Gelsenkirchen zählte man ebenfalls 1000 Teilnehmer versammelt, in Herne 1300, in Witten über 400, in Berne 300, 200 mußten wegen der Enge des Saales umkehren.

Im niederrheinischen Bezirk hat am 10. Januar eine Kreisleiterkonferenz beschlossen, die Demonstrationen am 23. Januar stattfinden zu lassen. Der Beschluß wurde gefaßt mit Rücksicht darauf, daß für den 16. Januar mehrere Wahlkreise unausschiebbare Arbeiten vorbereitet hatten und nicht zu erwarten war, daß bis zum 23. Januar über die Wahlrechtsfrage mehr als die magere Aufwindung in der Thronrede bekannt sein werde.

Am Oberrhein fanden imposante Kundgebungen statt.

In Köln tagte die große Hauptversammlung im Volkshaus und war sehr stark besucht. Die Polizei hielt in zwei benachbarten Volkshäusern große Trupps in Bereitschaft, blieb aber arbeitslos. Die Versammlungen in Ehrenfeld, Kalk, Vingst, Rippes, Deutz, Brühl, Mülheim usw. waren massenhaft besucht. Stark besuchte Versammlungen sind ferner in Bonn, Neuwied, Guskirchen, Eschweiler, Düren, Bad Kreuznach und Trier zu verzeichnen.

In Hessen-Nassau geht Frankfurt a. M. mit acht gewaltig besuchten Versammlungen voran. Ursprünglich sollte eine einzige Rieserversammlung im Zivolgarten stattfinden, der an 10000 Personen faßt. Dem Polizeipräsidenten, der anfangs nichts Gefährliches in diesem Plane sah, sind nachträglich doch Bedenken gekommen oder er ist von anderer Seite scharf gemacht worden. Sonnabend mittag wurde dem Einberufer folgende Verfügung eingehändigt:

„Zu der am 16. d. M. vormittags 12 Uhr, im Zivolgarten unter freiem Himmel beabsichtigten sozialdemokratischen öffentlichen Versammlung wird hiermit die Genehmigung verweigert, da nach dem Inhalt der öffentlichen Aufforderung zu dieser Versammlung aus der Abhaltung der letzten Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist.“

Als Genosse Wittig daraufhin persönlich auf dem Polizeipräsidenten vorsprach, wurde ihm ausdrücklich bemerkt, daß event. mit Gewalt die Abhaltung einer Versammlung im Zivolgarten verhindert werden würde.

Als Grund für das Verbot wurde folgende Stelle des Plakats angegeben:

„Wenn die Wahlrechtsfrage nicht nach dem Volkswillen gelöst wird, bleiben wir fernerhin in der Anrechtigkeit der Junter und Pfaffen. Diese Anrechtigkeit hauptsächlichen, erfordert die Anwendung aller Kräfte. Wahlrechtsfreunde! Heraus aus den Wohnungen und demonstrieret gegen die Verschleppung der Wahlrechtsreform!“

Diese Stelle im Plakat wurde als aufreizend bezeichnet, als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, und dem verantwortlichen Genossen Wittig wurde angedroht, daß er ein gerichtliches Verfahren wegen dieses Plakats zu erwarten habe. — Die Antwort der Arbeiterschaft war die Einberufung der acht Versammlungen. Ein ungeheures Schutzmannsaufgebot mit den Schuppenfedern unterm Arm fand keine Arbeit. — Im Kreise Höchst saß stark besuchte Versammlungen statt.

Die Versammlung in Kassel zählte 2000 Teilnehmer. Die Polizei hielt das Gewerkschaftshaus und die größeren Plätze besetzt.

Zu dem am 9. d. M. vom Genossen Heine unter dem Titel „Weniger Strafen“ gebrachten Artikel veröffentlichten wir nachstehend drei Einwendungen und eine Entgegnung des Genossen Heine auf unsere Ausführungen.

Zum Thema: „Weniger Strafen“.

Von Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg.

Die Stellung die Genosse Heine zu der in den Endbüschen zur Strafprozeßordnung und zum Strafgesetzbuch enthaltenen ungeheuerlichen Erweiterung der Staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Willkür einnimmt, muß meines Erachtens in der Sozialdemokratie ebenso einmütigen Protest finden, wie sein Wahnsinn „Weniger Strafen!“ allseitige Zustimmung finden wird. Gewiß ist es ein unerträglich Zustand, daß heutzutage allein die offizielle deutsche Kriminalstatistik ziemlich 4 Millionen Urteileungen wegen Verbrechen und Vergehen nachweist, wozu noch die zahllosen Fälle der Nebenurteilungen kommen. In mehr als einer Million Fällen wird der Deutsche mit in jähelich vom Strafgericht heimgeführt. Sicherlich sind die Mehrzahl der Strafen vom Standpunkte eines jeden vernünftigen Menschen, gleichviel welcher politischen Gesinnung, überflüssig. Der Grund liegt zunächst darin, daß wir so entsetzlich viel überflüssige Strafbestimmungen haben. Strafbestimmungen, deren Beseitigung auch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht ein Wort schaden würde. Neun Behtel aller Strafbestimmungen könnten gestrichen werden,

ohne daß ein wirklicher Verbrecher deshalb straflos gelassen werden dürfte.

Aber auch wegen Uebertretung heutzutage an sich notwendiger Strafbestimmungen werden tagtäglich Personen bestraft, die dem Naturmenschen nicht strafwürdig erscheinen. Dies liegt zum großen Teil an der Nichtanwendung klarer und deutlicher Bestimmungen unseres geltenden Rechts. Bewußt empört sich unser Rechtsgefühl, wenn wir lesen, daß eine Mutter schwer verurteilt wird, die, um ihr Kind vor dem Erfrischen zu schützen, Brennholz gestohlen hat, oder ein Armer, der aus Hunger zum Diebe geworden ist. Über gerade derartige Fälle, die von den Gegnern des Legalitätsprinzips (Anklagezwanges), zu denen sich jetzt leider auch Genosse Heine gesellt, gern herangezogen werden, beweisen, wie unnützlich und wertlos eine solche Durchlöcherung des Legalitätsprinzips — abgesehen von allen politischen Gründen — ist. Ausdrücklich bestimmt § 52 des Strafgesetzbuches, daß eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn der Täter durch unüberwindliche Gewalt zu der Handlung gezwungen worden ist. Nach § 904 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist die Einwirkung auf das Eigentum eines anderen, also auch die Anweisung fremder Sachen, nicht rechtswidrig, wenn sie zur Abwendung einer gegenwärtigen Gefahr notwendig ist und der drohende Schaden gegenüber dem aus der Einwirkung dem Eigentümer entstehenden Schaden unverhältnismäßig groß ist. Ist nun der Hunger oder die Mutterliebe keine unüberwindliche Gewalt? Ist ferner die Gefahr des Verhungerns oder Erfrischen keine unverhältnismäßig große? Sind nicht schließlich auch die Voraussetzungen des Notstandsparagraphen und des § 51, der Handlungen straflos läßt, wenn sie in Verunsicherung oder unter Ausschluß der freien Willensbestimmung geübt werden, gegeben? Es stehen dem Täter in solchen Fällen mithin eine ganze Reihe Strafmilderungsgründe zur Seite. Dennoch ist nicht bekannt geworden, daß unsere bürgerlichen Richter bei derartigen Sachlage auf Freisprechung erkannt hätten, trotzdem sie schon jetzt nach dem Gesetze hierzu nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gewesen wären. Welche Besserung kann sich Genosse Heine da von der Einführung des Opportunitätsprinzips selbst bei derartigen unpolitischen Straftaten versprechen?

Was besagt das Opportunitätsprinzip? Daß Vertreter der herrschenden Klassen darüber befinden sollen, ob die Strafverfolgung ihnen opportun, d. h. für die herrschenden Klassen zweckmäßig, erscheint. Sicherlich würde das Opportunitätsprinzip das Verlangen: „Weniger Strafen!“ befriedigen. Dies läte aber auch eine Gesetzesvorschrift etwa des Inhalts, daß nur Sozialdemokraten der Bestrafung unterliegen sollten wir deshalb für einen solchen Vorschlag sein? Hat nicht die Partei auch einstimmig gegen die Majestätsbeleidigungsnovelle von 1908 votiert, trotzdem sie zweifellos die Strafen wesentlich gemindert, bloß deshalb, weil sie in der in jener Novelle vorgesehenen Einführung des Opportunitätsprinzips — denn auf nichts anderes kommt sie hinaus — ein Ausnahmengesetz gegen die dem Gegenwärtigen unangenehmen Personen erblickte?

Und ebenso wäre die grundsätzliche Einführung des Opportunitätsprinzips in unser Strafrecht nichts als ein einziges riesiges Ausnahmengesetz gegen die unterdrückten Volksklassen und ihre Vorkämpfer. Soweit es sich um das strafprozessuale Opportunitätsprinzip, d. h. um das willkürliche Ermessen des politischen Beamten mit dem Titel Staatsanwalt, handelt, sollte hierüber ein Zweifel nicht möglich sein. Aber auch das materiell-rechtliche Opportunitätsprinzip, das im § 89 des Strafgesetzbuches enthalten ist, und das dem Genossen Heine noch nicht weit genug geht, würde in gleicher Weise wirken. Müß doch Genosse Heine selbst in seinem Aufsatz die „fast unentrinnbare Macht des politischen und sozialen Bewußtseins“ anerkennen, die in der Klassenjustiz zum Ausdruck komme. Darüber noch Worte zu verlieren, hieße, um mit unserem alten Genossen Thomas Morus zu sprechen, den Mond mit der Laterne beleuchten. Diese Macht äußert sich natürlich auch bei der Aburteilung scheinbar unpolitischer Straftaten. Der bürgerliche Richter wird z. B. nie ein Notrecht auf Stillung des Hungers anerkennen können, ohne sich mit den vitalen Interessen der von ihm vertretenen Klassen in Widerspruch zu setzen. Er wird ferner die Arbeitslosigkeit nicht als ein gesellschaftliches Phänomen, sondern fast stets als ein Verschulden des Angeklagten bewerten, und deshalb regelmäßig nicht als Milderungsgrund gelten lassen, wie schon jetzt die rein schematische Bestrafung arbeitsloser Bettler und Landstreicher beweist. Wie oft kann man nicht vom Nichtertische aus die Unficht ärgern hören: „Wer Arbeit sucht, der findet sie auch selbst!“ Daran würde auch durch Einführung des Opportunitätsprinzips nichts geändert werden.

Daß bei der Verfolgung von Straftaten mit politischem oder gesellschaftlichem Einschlag schon jetzt zweierlei Recht besteht, ist richtig. Ist deshalb die Sozialdemokratie genötigt, diesen geschwundenen Zustand zu sanktionieren?

Zugegeben werden muß auch dem Genossen Heine, daß nach Einführung des Opportunitätsprinzips das öffentliche Bewußtsein nur um so klarer empfunden würde, was wir als Klassenjustiz zu bezeichnen pflegen.“ Von diesem Standpunkte aus müßten wir jedoch auch für die unerhörten politischen Strafbestimmungen des Vorentwurfs zum Strafgesetzbuch stimmen, da deren Einführung zweifellos dieselbe Wirkung haben würde.

Zudem scheint mir die Einführung des Opportunitätsprinzips freie Bahn zu schaffen für die Einführung neuer politischer Unterdrückungsbestimmungen und den Kampf gegen alle, verurteilten Strafparagraphen zu erschweren. Die bürgerlichen Parteien werden viel eher geneigt sein, in neue Strafparagraphen für den Klassenkampf zu willigen, wenn sie nach Einführung des Opportunitätsprinzips nicht mehr die Befürchtung zu haben brauchen, daß sich diese Paragraphen, um die Fiktion der Gleichheit aller vor dem Gesetze aufrechtzuerhalten, auch mal gegen sie richten können. Und während es jetzt m. E. ein Leichtes wäre, durch eine systematische Denunziationskampagne gegen alle seine Uebertreter z. B. das alte, muffige preussische Plakatgesetz zu Falle zu bringen, würde ein solches Mittel, überlebte Gesetze zu beseitigen, nach Beseitigung des Anklagezwanges nicht mehr verlangen, da ja dann weder der Staatsanwalt gesetzlich gezwungen wäre, den Denunziationen Folge zu leisten, noch der Richter, auf Grund derselben zu verurteilen.

Aus allen diesen Gründen bin ich der Ansicht, daß Genosse Heine die Gefahren des Opportunitätsprinzips unterschätzt und seine angeblichen günstigen Wirkungen überschätzt. Ich meine, daß die Sozialdemokratie keine Veranlassung hat, die oberste demokratische Tugend des Nichttrauens weniger zu üben als z. B. die bürgerlichen Strafrechtswissenschaftler Liszt und Lilienthal, die aus politischen Gründen die Einführung des Opportunitätsprinzips bekämpfen.

Tit die Beteiligung des Anklagezwanges der Staatsanwaltschaft in den unpolitischen Bagatellfällen unbedenklich?

In der Streitfrage für oder gegen den Anklagezwang der Staatsanwaltschaft in Bagatellfällen herrscht Uebereinstimmung in den folgenden zwei Punkten: 1. Es würde ein Fortschritt sein, wenn die vielen Bagatellfälle nicht mehr vor die Gerichte gebracht werden. 2. Wenn die Entscheidung darüber, ob wegen einer Bagatellfälle im öffentlichen Interesse öffentliche Klage erhoben werden soll oder nicht, dem Ermessen der Staatsanwaltschaft überlassen bleibt, so wird das dazu führen, daß nur zu oft sich ein Staatsanwalt zu einer öffentlichen Klage gegen Angehörige und Angehörige der herrschenden Klasse nicht entschließt, aber gegen Arbeiter damit um so eifriger vorgeht. Wäre es möglich, weniger Strafen in Bagatellfällen zu erzielen ohne diese ungleiche Behandlung der beiden Klassen, dann wären wir alle damit einverstanden. Nach

dem Vorschlage der Regierungen aber sollen die Strafen in Bagatellfällen dadurch vermindert werden, daß die Willkür des Staatsanwalts erweitert wird. Wir erreichen danach das eine nicht ohne das andere. Deshalb sind wir vor die Frage gestellt, ob wir für die Beseitigung des Anklagezwanges in Bagatellfällen mit Rücksicht auf die dadurch erhoffte Verminderung der Strafen eintreten und dafür die ungleiche Behandlung der beiden Klassen als unangenehme aber unvermeidliche Zugabe in den Kauf nehmen sollen, oder ob wir mit der Ablehnung der erweiterten Willkür des Staatsanwalts auch auf die Verminderung der Strafen — wenigstens für den Augenblick — verzichten sollen.

Von den Gründen des Genossen Heine für die Annahme des Regierungsvorschlags ist der wichtigste der, daß in den bei weitem überwiegenden Fällen die eigentlichen Kämpfe um die gesellschaftliche Macht und um die Autorität der Herrschenden nicht mit hineinspielen; in diesen Fällen sei zu erwarten, daß die Einschränkung des Anklagezwanges äußerst segensreich wirken werde.

Aber auch diese Fälle können anders verlaufen, als Genosse Heine annimmt. Die Staatsanwaltschaft wird über den Tatbestand die Ortspolizeibehörde hören. Wie dann, wenn die Ortspolizeibehörde mitteilt, daß in dem einen Teil der Fälle der Angeklagte ein „angesehener Bürger“ oder eifriger „Patriot“, in dem anderen Teil der Fälle dagegen ein Sozialdemokrat oder Gewerkschaftler ist — wird dann nicht auch in diese Fälle der Kampf um die gesellschaftliche Macht und um die Autorität der Herrschenden hineingetragen? Unter allen Umständen wird die große Masse des arbeitenden Volkes sehr schnell zu der Ueberzeugung kommen, daß in den unangenehmen Bagatellfällen die Behörden mit öffentlichen Klagen nur gegen die „Schlechtigefannten“, nicht aber gegen die „Gutgefanten“ vorgehen.

Das hat eine große praktische Bedeutung. Man vergegenwärtige sich nur, was es für die Praxis ausmacht, wenn die Willkür der Staatsanwaltschaft nach dem Vorschlage der Regierungen nicht mehr auf Beleidigungen, einfache Körperverletzungen und Vergehen des unehrteren Wettbewerbes beschränkt bleibt, sondern ausgedehnt wird auf die fast zahllosen Fälle des Hausfriedensbruches, der gefährlichen Körperverletzung unter Verletzung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbepflicht, der Verletzung des Briefgeheimnisses, der Verletzung der Sachbeschädigung, der Verletzungen des literarischen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechts sowie der Uebertretungen und geringfügigen Vergehen.

Schon jetzt gibt es Leute genug, die sich aus Furcht vor Benachteiligung durch die Behörden möglichst von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften fernhalten. Je mehr wir aber die Fälle häufen, in denen die Behörden die „Gutgefanten“ begünstigen, die „Schlechtigefannten“ schikanieren können, um so stärker machen wir den Druck der Behörden auf die Arbeiter und den Mittelstand. Daß dies sowohl der Partei als auch den Gewerkschaften ihre Agitations- und Organisationsarbeit erschwert, liegt auf der Hand. Die Saalabtreiberereien sind und ja nur zu bekannt. Von den vielen weiteren Folgen will ich nur die Beeinflussungen der kleinen Geschäftsleute durch die Behörden bei den öffentlichen Wahlen hervorheben. Je mehr wir den Druck der Behörden auf die kleinen Geschäftsleute vergrößern, um so mehr werden diese Geschäftsleute werden dem nachgeben und bei der öffentlichen Wahl aus diesem Grunde gegen uns stimmen. Endlich haben die Behörden durch die erweiterte Willkür der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, Streikbrecher und Uebertreter zu den Gelben noch mehr als bisher zu begünstigen und ihre Korruptionsarbeit unter den Arbeitern mit noch mehr Nachdruck als bisher zu betreiben. Aus diesen Gründen glaube ich, daß wir dem Vorschlage der Regierungen nicht zustimmen können.

Mit der Ablehnung des Regierungsvorschlags ist aber die Sache nicht erledigt. Die gegenwärtige Belastung der Gerichte mit Bagatellfällen ist geradezu unhaltbar; das wird allgemein anerkannt. Deshalb müssen die Regierungen und bürgerlichen Parteien nach der Ablehnung des Regierungsvorschlags die Entlastung der Gerichte von den Bagatellfällen auf einem anderen Wege zu erreichen suchen. — Das kann geschehen ohne Schädigung der Arbeiter durch zweckmäßige Änderungen der Strafbestimmungen. Nach dieser Richtung hin haben wir die Regierungen und die bürgerlichen Parteien zu drängen. Gustav Hoch.

Willkür der Staatsanwaltschaft?

Ich kann der opportunistischen Politik des Genossen Heine nicht zustimmen. Eine Verminderung der Anklagen in für den Klassenkampf gleichgültigen Fällen durch Ausdehnung der Machtfälle des Staatsanwalts herbeizuführen, halte ich für verfehlt. Es ist nicht Sache der Sozialdemokratie, die Macht der herrschenden Klassen, und der Staatsanwalt ist ihr ausführendes Organ, gegen Verletzung mit Anklagen in einer Reihe von gleichgültigen Lappalien zu verstärken. Der Anklagezwang der Staatsanwaltschaft ist eine Schutzwehr, welche der Liberalismus gegen die Klassenjustiz der Herrschenden errungen hat, und wenn die Staatsanwaltschaft auch, wie Genosse Heine zutreffend anführt, es verstanden hat, diese Schutzwehre zu lockern und zu durchlöchern, so ist es doch nicht unsere Aufgabe, sie dabei zu unterstützen. Die Sozialdemokratie hat allen Anlaß, an dem Klageerhebungszwang ohne Ansehen der Person festzuhalten. Die Klassengegensätze und die Klassenkämpfe, welche diesen Grundgesetz gezeitigt haben, sind seitdem wahrhaftig nicht milder geworden, nur die Klassen, welche im Gegensatz zu einander stehen und den Kampf gegeneinander führen, sind andere. Freilich ist die Verminderung der Anklagen ein erstrebenswertes Ziel. Aber nie und nimmer ist dies Ziel durch Durchlöcherung des Grundgesetzes, daß die Strafschutz ohne Ansehen der Person zu greifen muß, zu erreichen. Im „Vorwärts“ vom 9. Januar dieses Jahres ist der Weg gezeichnet, den die Sozialdemokratie zu diesem Zwecke zu beschreiten hat.

Berlin, den 17. Januar 1910.

Joseph Herzfeld.

Weniger Strafen.

Reine unter diesem Titel an den „Vorwärts“ gerichtete Zuschrift ist von der Redaktion in einen eigenen Artikel mit der Ueberschrift „Erweiterung der Willkür des Staatsanwalts“ eingeschickelt worden. Die Redaktion hat es nicht einmal für nötig gehalten, mir vorher zu sagen, daß sie in dieser Weise verfahren wollte, und mir Gelegenheit zur Entscheidung zu geben, ob ich unter diesen Umständen den Abdruck noch wünschte.

Ich habe selbstverständlich erwartet, und habe dies auch bei Ankündigung meines Artikels dem betreffenden Redakteur gesagt, daß auch die Redaktion ihre abweichende Meinung im Anschluß an meinen Artikel äußern würde. Eine sachliche Erörterung dieser noch wenig geklärten Frage vor einem möglichst weiten Kreise von Parteigenossen war ja der Zweck meiner Einfindung. Einer sachlichen Aufklärung dient es aber nicht, wenn durch eine tendenziöse Ueberschrift von vornherein meine Ausführungen in befehlender Weise als töricht oder parteischädlich stigmatisiert werden, und dem Leser eine unbefangene Würdigung der Gründe und Gegenstände erschwert wird.

Ich empfinde nach dieser Behandlung kein besonderes Vergnügen dabei, wenn ich noch einmal im „Vorwärts“ das Wort zu dieser Frage erlaube. Ich tue es nur, einerseits der Klärung wegen und zweitens, weil ich grundsätzlich den Anspruch darauf erhebe, im Zentralorgan und Organ der Berliner Genossen mit meinen Ansichten zum Worte gelassen zu werden, und weil ich der Redaktion nicht zugehe, mich durch ungebührliche Behandlung in meinem Recht bereinträchtigen zu dürfen. Weder ist das Blatt Eigentum der Redaktion, noch darf sie abweichende sachliche Erörterungen von Parteigenossen ausschließen oder mit ihren Verfassern in dieser Art umspringen. Ich wenigstens will mich dies nicht gefallen lassen.

Die Bemerkungen der Redaktion zeigen mir, daß ihr das durch den Vorentwurf zum Strafgesetzbuch dem Richter zugeordnete

Recht zum Verzicht auf Strafe in gewissen Fällen nicht bedenklich zu sein scheint. Ich freue mich über dies Einverständnis.

Was die Einschränkungen des Legalitätsprinzips betrifft, so scheint die Redaktion keinen Anstoß an der Aufhebung des Anklagezwanges gegen Jugendliche zu nehmen. In der Tat handelt es sich hierbei geradezu um ein Verlangen aller sozialpolitisch fortgeschrittenen Kriminalisten. Ramentlich soll die Unterlassung der Anklage keineswegs die Uebertretung zur Zwangsvergehung als unbedingte Folge haben, sondern darüber soll dann der Vormundschaftsrichter auf Grund eigener Prüfung entscheiden.

Im übrigen widerlegt die Redaktion meine Ausführungen nicht im geringsten. Alles, was sie über die herrschenden Uebelstände in der Justiz anführt, unterläßt vielmehr meine Behauptung, daß trotz Anklagezwang schon jetzt überall, wo politische und soziale Kämpfe in Frage kommen, das Legalitätsprinzip und der Grundsatz einer absoluten Gerechtigkeit nur auf dem Papier stehen. Ein Verschlimmerung der politischen und sozialen Mißbräuche wäre nur in verschwindendem Maße zu befürchten, wenn künftig die Staatsanwaltschaft auch Anklagen wegen Hausfriedensbruches, Sachbeschädigung, sogenannter gefährlicher Körperverletzung und Verletzung sowie wegen Verletzung der Urheberrechte zur Privatklage verweisen könnte.

Um was für Fälle handelt es sich dabei? — Vorwiegend um lächerliche Streitigkeiten auf der Treppe, im Hofe, im Gasthaus. Ist dabei ein Wort gefallen, das als „Bedrohung“ (§ 241 des Strafgesetzbuches) aufzufassen ist, oder ist ein Schlag mit einem „Gegenstand“ geführt, wenn er noch so harmlos ist, so muß heut der Staatsanwalt gegen den Täter von Amts wegen einschreiten, und der andere Streitteil, oft genug derjenige, der am meisten Schuld trägt, wird zum Kronzeugen. Daselbst gilt beim Hausfriedensbruch. Würde der Vorschlag der Novelle angenommen, so würden unzählige solcher unnützen Strafprozesse überhaupt unterbleiben, und wenn eine Partei zur Privatklage griffe, so hätte der Angeklagte das Recht zur Widerklage. Ramentlich würde auch in vielen Fällen der „sachlichste Körperverletzung unter Verletzung einer Berufspflicht“ (§ 230 des Strafgesetzbuches) die Anklage unterbleiben; dazu gehören alle kleinen Fahrlässigkeiten von Kutschern, Bauarbeitern usw. Den Vorteil von diesen Neuerungen würde also vor allem die arbeitende Klasse haben.

Es liegt ja für uns sehr nahe, die Staatsanwaltschaft vorwiegend unter dem Gesichtspunkt einer Maschine zu politischen Verfolgungen anzusehen; sie selbst ist schuld daran, wenn sie so beurteilt wird. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß bei Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Verletzung und Sachbeschädigung die politische oder sozial beeinflussten Anklagen sicher noch ein Prozent der Fälle ausmachen. Bei den Verletzungen des geistigen Eigentums ist der Prozentsatz noch viel geringer. Nach dieser Veranlassung haben wir unsere Entscheidung zu treffen. Die Fälle politischen und sozialpolitischen Mißbrauchs werden zwar nicht fehlen, aber sich auch gegen heute nicht vernehmen, und geschähe es wirklich, so würde das hundertfach aufgewogen werden durch die Vorteile, die gerade die ärmeren Volkskreise von einer Verminderung der Anklagen haben würden.

Eher könnte das politische Gebiet dadurch berührt werden, wenn man der Staatsanwaltschaft das Recht gäbe, bei Uebertretungen wegen Geringfügigkeit der Verletzung von der Anklage abzusehen. Aber auch hierin können die politischen Mißbräuche nicht größer werden, als sie schon jetzt sind, wogegen gerade bei Uebertretungen die Aufrechterhaltung einer Pflicht zur Anklage unmöglich und unehrlich ist, denn sie kann nie praktisch durchgeführt werden. Die Gesellschaft hat auch kein Interesse daran.

Die Gewerbevergehen aber dürfen nicht dem Belieben der Staatsanwaltschaft überantwortet werden. Hier ist das Legalitätsprinzip aufrecht zu erhalten, wenn nicht Garantien durchgesetzt werden, wie ich sie vorgeschlagen habe.

Ich muß aufrecht erhalten, daß es sich hier darum handelt, mit dem Prinzip: „weniger Strafen“ einen Anfang zu machen, und daß die Aufrechterhaltung des Legalitätsprinzips nicht „mehr Gerechtigkeit“ bedeutet.

Freilich entspricht das starre Legalitätsprinzip einer gewissen Stufe des Gerechtigkeitsgefühls, nämlich dem naiven Vergeltungsgedanken, der davon ausgeht, daß jedes Verbrechen eine „Sühne“ erfordere, und daß eine Strafe, die nicht jeden Täter ausnahmslos trafe, kein Recht mehr, sondern Willkür wäre. Diese Vergeltungstheorie läßt sich aber nur metaphysisch oder religiös begründen. Sie beruht auf einer primitiven Einsicht in die Vielgestaltigkeit des Lebens. Sie setzt Handlungen voraus, die einander gleich wären, und beachtet nicht, daß zwischen mehreren individuellen Handlungen Gleichheit immer nur scheinbar vorhanden ist, und daß die Gleichsetzung auf einer mehr oder weniger unvollkommenen Abstraktion, einem Absehen von erheblichen Teilen des wirklichen Tatbestandes beruht.

Je tiefer unsere Einsicht in die gesellschaftlichen, physischen und seelischen Wurzeln der einzelnen Straftat eindringt, um so geringer müssen wir den Wert einer scheinbar gleichen und unbedingten Gerechtigkeit einschätzen. Die keine Ausnahmen kennt. Stellt man sich gar — wie unsere Parteipresse wohl durchweg tut — auf den Standpunkt, daß die Strafschutz lediglich durch den Zweck des Schutzes der Gesellschaft geregelt werden solle (soziologische Strafrechtslehre), so darf die Anklage nur erhoben werden, wo ein öffentliches Interesse vorliegt.

Schon die Anstellung einer überflüssigen, durch das Wohl der Gesellschaft nicht gebotenen Anklage ist ein Unrecht gegen den Betroffenen und ein Raub an der Befähigung. Die endgültige Freisprechung kann diesen bereits entstandenen Schaden nicht mehr beseitigen, sie ist aber oft — wenigstens nach dem geltenden Strafrecht — gar nicht möglich, wenn der Beschuldigte erst auf die Anklagebank gezerrt worden ist. Die Gesetze können niemals so gefaßt werden, daß sie ausschließlich die Fälle trafen, zu deren Bestrafung ein gesellschaftliches Bedürfnis besteht. Deshalb muß schon bei der Erhebung der Anklage eine gewisse Freiheit der Beurteilung und eine Pflicht zur Unterlassung unnötiger Anklagen festgesetzt werden.

Kritisch würden wir uns lieber dazu entschließen, wenn wir zur Staatsanwaltschaft ein Vertrauen haben könnten, daß wir ihr als Institution ihrer Abhängigkeit und der politischen Verhältnisse im Deutschen Reiche wegen nicht zu widmen vermögen. Selbstverständlich würden wir von unserem Standpunkte aus den ganzen Strafprozeß anders organisieren als die Regierung es will. Aber worauf es hier ankommt, ist, daß die Vorschläge der Novelle, die das Legalitätsprinzip einschränken wollen, auf dem politisch-sozialen Schlachtfeld der Arbeiterklasse nicht schaden, auf allen anderen Gebieten aber ihr Nutzen würden durch eine Verminderung der Anklagen und Strafen.

Wolfgang Heine.

Die in den einleitenden Absätzen des vorstehenden Artikels vom Genossen Heine uns insinuierte Absicht, wir hätten seine Ausführungen „durch eine tendenziöse Ueberschrift von vornherein in befehlender Weise als töricht oder parteischädlich stigmatisieren wollen“, hat selbstredend nie bestanden. Daß jemand so befangen sei, diese Absicht uns zu unterstellen, hätten wir für unmöglich gehalten. Genosse Heine erwarb um Aufnahme seines Artikels, um ihn als Grundlage zu den Besprechungen in der Fraktion benutzen zu können. Er hatte vorher mündlich mitgeteilt, daß er seine von der des „Vorwärts“ abweichende, von ihm früher in den „Sozialistischen Monatsheften“ dargelegte Ansicht, ob die Erweiterung der Willkür des Staatsanwalts nicht Vorteile auch für die Arbeiterklasse habe, in einem Artikel auszusprechen wolle und eine Entgegnung erwarde. Die Erfüllung seines Wunsches wurde ihm bereitwillig zugestimmt. Notwendig war es, unsere Leser darüber aufzuklären, um welche Frage es sich dreht. Von uns ist dieses Thema unmittelbar nach dem Erscheinen des Entwurfs zur Strafprozessordnung am 1. Oktober 1908 erörtert. Im März 1909 wurde die Strafprozessordnung dem vorigen Reichstage, im November dem jetzigen Reichstage vorgelegt. An die vor 1 1/2 Jahren gepflogenen Erörterungen erinnern wir unsere Leser, um das Erscheinen des Heineschen Artikels der

ständig zu machen. Das war unsere Pflicht. Die für das Thema gewählte Ueberschrift, „Erweiterung der Willkür der Staatsanwaltschaft“ entspricht durchaus der Sachlage. Daß diese Erweiterung vorliegt, befreit ja auch Genosse Heine nicht. Wie kann er da zu der Annahme gelangen, wir hätten eine tendenziöse Ueberschrift in der von ihm uns angebotenen Absicht gewählt? Sachlich zutreffender wäre vielleicht eine längere Ueberschrift, etwa die gewesen: „Weniger Strafe durch Erweiterung der Willkür der Staatsanwaltschaft?“ Soviel zu dem persönlichen Angriff des Genossen Heine.

In der Sache nehmen wir von der jetzigen Betonung in den Ausführungen Heines gern Anlaß, daß die in dem Entwurf vorgelegene Auslieferung der Verfolgung von Uebertretungen der Arbeiterchutzgesetze der Willkür der Staatsanwaltschaft nicht nur, wie er im ersten Artikel vermeint, bedenklich, sondern unannehmbar ist. Seine Behauptung, das Legalitätsprinzip entspreche einem naiven Vergeltungsgedanken, ist irrig. Der Vergeltungsgedanke steht freilich nur in losem Zusammenhang mit der Entwicklung des materiellen Rechts, nach seiner Richtung hin mit der des formellen Rechts. Das Willkürprinzip ist nebenbei bemerkt weit älter als das Legalitätsprinzip.

Aber nicht um die gewöhnlich in anderem Zusammenhang recht interessante Frage der Entwicklung des Strafrechts und des Strafprozesses und ihres Zusammenhanges handelt es sich bei der frivolen Frage: ob es geraten sei, der Willkür der Staatsanwaltschaft die Verfolgung einiger Delikte zu überweisen, weil davon auch Arbeiter Vorteile hätten. Diese Frage ist unseres Erachtens mit einem unbedingten Nein zu beantworten. Ihre Bejahung paßt auf den Grundsatz „Gleiches Recht für jedermann“ wie die Faust auf das Auge. Eine Befreiung überflüssiger Strafgesetze und eine verhängige Anwendung der allgemeinen Strafansichtsgründe durch unabhängige Organe der Strafrechtspflege — zu denen unsere Staatsanwaltschaft wahrlich nicht gehört — würden den Wunsch nach weniger Strafen leicht erfüllen können. Die Befreiung dieses Weges hemmt aber eine Ausdehnung der Willkür der Staatsanwaltschaft. Wenn das Gesetz „im öffentlichen Interesse“ eine Handlung mit Strafe bedroht, die Staatsanwaltschaft aber ermächtigt wird, zu entscheiden, ob „im öffentlichen Interesse“ zur Anklageerhebung vorliegt, so setzt man den Staatsanwalt, also eine Polizeistanz, an Stelle des Gesetzgebers. Einer ungerechten Behandlung gleichartiger Fälle kann durch öffentliche Kritik entgegengewirkt werden und wird es auch. Dieser Kritik entzieht man den Boden, wenn man die Frage der Verfolgung oder Nichtverfolgung der bößlich unterantworlichen geheimen Entscheidung der Staatsanwaltschaft anvertraut.

Die Annahme des Genossen Heine in seinem ersten Artikel, das Legalitätsprinzip sei „konservativ“, ist irrig. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht Zufall ist es, daß im Reichstag allein der Redner der konservativen Reaktion begeistert der vorgeschlagenen Einführung der Willkür an Stelle des Rechts zustimmte.

Aus Industrie und Handel.

Zantien und Reingewinn in der Eisen- und Maschinenbauindustrie.

Die Zusammenstellung von 49 Aktiengesellschaften dieser Industrien ergibt ebenfalls, daß fast durchweg 10—20 Proz. des Reingewinns als Zantien, Gratifikationen usw. verschwinden. Dabei kommen nicht bei allen Gesellschaften die erwähnten Extragewinne in die Erscheinung, weil sie teilweise unter Geschäftskosten verbucht worden sind. Die Gründer und Hauptaktionäre, die sich die mit dem Bezuge der Extragewinne verbundenen Kosten zu sichern wissen, ramschen einen guten Teil der Gewinne vorweg. Es zeigt sich an den gelieferten Beispielen, wie verkehrt es ist, lediglich nach den gezahlten Dividenden die Ausbeutung der Arbeiter und die Rentabilität der Unternehmen berechnen zu wollen. In die in der Tabelle aufgeführten Kapitalien sind außer dem eigentlichen Aktienkapital auch die Hypothekendarlehen usw. mit eingerechnet.

Gesellschaften:	Kapitalien in Millionen	Zantien	Reingewinn in Mark
All-Gesellsch. f. Feinmechanik	3,6	65 047	392 644
Fabr. f. Nähmaschinen Stahlapp. vom Wehlich	1,1	22 458	137 086
Wanderer-Fahrradwerke	2,6	82 377	459 777
Emalierwerke:			
Kunze	1,7	34 654	207 851
Nabebeuler Guß usw.	1,0	4 828	112 060
Schäfersche Stanz usw.	1,4	37 000	242 262
Schwarzberger Stanz usw.	1,0	23 848	125 808
Metalwarenfabriken:			
vorn. Dammhorn	1,2	12 628	159 618
Württembergische	6,2	169 998	1 178 054
Vereinigte, vorn. Haller	2,2	58 260	354 891
Vereinigte Thüringer, Mehlis	1,0	37 999	198 874
Bronzwarenfabr. Spinn u. Söhne	1,4	3 207	87 225
Thüringische Kessel- und Stahlwarenfabrik	1,5	38 908	246 552
Schraubenpumpenfabrik Kromer	1,3	21 304	176 961
Schrauben- und Mutterfabrik Niehm u. Söhne	1,2	23 728	162 963
Georg Bierling u. Co. A.G.	0,8	4 326	99 887
Ver. Eisenbahnsche Werke A.G.	6,5	69 009	707 678
Thome A.G.	1,2	5 639	125 606
Viktoria Werke A.G.	1,7	2 457	112 968
C. Plumme u. Sohn A.G.	1,1	4 588	70 120
Siedendermer Kupferfabrik und Siedendermer Kesselwerke	10,0	96 625	737 101
Schorfheimschiffbauwerk John A. Seiffert u. Co. A.G.	1,3	43 888	213 847
Schulz, Strauß, Blechwalzwerk A.G.	1,8	31 420	235 089
Stahlwerk Dörling A.G.	5,0	12 000	79 485
Dillmannsche Eisenbau A.G.	8,4	13 833	806 516
Westfälische Drahtindustrie	1,7	7 000	76 074
Westfälische Drahtwerke	10,9	53 469	847 883
Wreslauer A.G. Eisenbahnbau	3,2	25 249	899 172
Düsseldorfer Waggonbau A.G.	10,6	120 277	1 022 309
Dresdener Gasmotoren, vorn. Gille	1,5	13 858	143 720
Gasmotorenfabrik Deuy	2,4	54 862	350 914
Hensburger Schiffbau A.G.	24,4	185 928	1 669 466
Wittener Stahlrohrenwerke	6,3	67 820	432 748
„Archimedes“, Stahl- und Eisenindustrie	2,5	63 719	733 226
Maschinenfabriken:			
A. Vanniarz	3,2	67 208	323 905
Paum	1,1	4 088	55 967
Schwarzkopf	4,0	27 155	528 849
Dixtopp	12,0	171 133	1 673 881
Preuer	3,0	30 877	552 417
Karlshütte, Eisenwerk	2,9	7 200	Verl. 71 600
Chemnitzer Werkzeugfabrik Zimmermann	2,0	38 489	208 454
Zinnemann	5,4	13 300	366 581
Kottbuscher Maschinenbauanstalt	1,5	17 273	105 774
Braunschweiger Dampfesselfabrik	1,8	25 281	255 281
Düsseldorfer Maschinenbau A.G.	1,5	47 304	143 720
Hertel A.G.	1,5	13 368	143 720
Eichweiler Eisenwalzwerk	5,1	16 014	390 832
Höcher, Maschinenbau A.G.	7,2	54 570	971 733
Wagner, Eisenwerke	3,0	23 721	493 764
Gaggenau, Eisenwerke	4,0	38 461	325 140
	182,4	2 070 306	19 230 482

Also in 49 Gesellschaften mit 182,4 Millionen Mark Kapital wurden von dem 19 230 482 M. betragenden Reingewinn 2 070 306 M.,

oder über 10 Prozent des Reingewinns, für alle möglichen Arten von Zantien ausgegeben. Um wieviel sich die Ziffer bei absolut sicherer Zusammenstellung noch steigern würde, läßt sich auch nicht annähernd ermessen.

Die schweizerische Uhrenindustrie hatte im verflossenen Jahre einen erheblich größeren Absatz als im Jahre 1908. So wurden von den eidgenössischen Kontrollämtern für Gold- und Silberwaren im Jahre 1909 628 728 (1908: 565 679) goldene und 2 301 409 (2 123 875) silberne, total 2 930 137 (2 689 554) Uhrgehäuse abgestempelt. Ferner wurden 122 062 (88 470) goldene und silberne Schmuckstücke gestempelt und 19 134 (16 611) Proben von Gold- und Silberbarren ausgeführt.

Aus der Frauenbewegung.

Der Feind, der heimlich sich hereingeschlichen.

Unter dem Titel „Freisinnssitten“ berichteten wir am Sonnabend über einen Vorgang im Verein „Walde“, der noch etwas näher beleuchtet zu werden verdient. Am Freitag zierte die Zirkusfäulen ein rotes Plakat, das eine Versammlung des fortschrittlichen Vereins „Walde“ zu Berlin ankündigte, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Wlah über die „Einigung der Linksliberalen“ reden sollte.

Zu dem bekannten im Entwurf vorliegenden Einigungsprogramm hatten kürzlich der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht, sowie der Bayerische Verein für Frauenstimmrecht, sowie die Ortsgruppe München für Frauenstimmrecht in einer Resolution Stellung genommen. Darin hieß es:

„Ein Liberalismus, der programmatisch nur Wohlwollen für die Frauen in Aussicht stellt, ohne sich in klarer entschiedener Weise für die gerechten Forderungen der Frauen auszusprechen, wird sich noch viel weniger um Taten für die uneingeschränkte staatsbürgerliche und politische Gleichberechtigung der deutschen Frauen einsetzen und hat seinen Namen nicht verdient.“

Die Versammlung hegt die bestimmte Erwartung, daß die Parteitage der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei den Entwurf des Einigungsprogramms so ändern, daß in bestimmter unzweideutiger Weise die vollkommene Gleichberechtigung der Frauen in Staat und Kommune gefordert wird.“

Zu dieser Resolution der Frauen hatte sich Herr Dr. Wlah in dem „Voten aus dem Riesengebirge“ folgendermaßen geäußert: „Da haben wir's also! Die mit Sehnsucht angebetete große Partei des entschiedenen Liberalismus mit ihrem starken Zuge nach links erhält alsbald, noch ehe sie konstituiert ist, von den Frauen, die der bürgerlichen Linken so manches zu verdanken haben, attestiert, daß sie den Namen des Liberalismus gar nicht verdienen.“ (Sehr richtig! D. Red.) Das ist nicht gerade höflich, aber verständlich, wenn man erwägt, daß die Zeiten längst vorüber sind, in denen man mit Frauen über die Fragen der guten Sitte nicht stritt, sondern sich darin von ihnen nur belehren ließ. Seitdem ein Teil der politischen Frauen mit den Bestrebungen der englischen Mannweiber, der Suffragettes, sympathisiert, muß ständig in Entrüstung gearbeitet werden. In der Sache selbst bin ich der Ansicht, daß es auch meiner Uebersetzung besser entsprochen hätte, wenn das Einigungsprogramm entschiedenere Forderungen für die staatsbürgerliche und politische Gleichberechtigung der Frauen hätte aufstellen können. Ob es möglich sein wird, nach dieser Richtung hin mehr, als § 8 des Entwurfs verspricht, zu erringen, bleibt abzuwarten, soll aber jedenfalls angestrebt werden. Nur das eine übersteigt die Resolution, daß das Programm ein sogenanntes Mindestprogramm ist. Eine kleine Gruppe von Politikern kann sich den Luxus eines möglichst radikalen Programms eher gestatten, als eine große Partei (höchst! hört! Die Red.), die nach Zusammenfassung aller Kräfte auf liberaler Basis hinarbeitet. Gerade hierin liegt der große schöpferische Gedanke der neuen Parteibildung. Auf den Boden des Einigungsprogramms kann sich auch derjenige stellen, der weitergehend demokratische Forderungen durch zähe Arbeit allmählich die Wege ebnen will. Auch die deutsche Frauenbewegung würde vielleicht gut daran tun, im Rahmen der neuen Parteibildung für ihre Ansicht zu werben, statt sich ihr sofort feindselig gegenüberzustellen.“

So wand sich Dr. Wlah im „Voten für das Riesengebirge“, so schuldloserte er die deutsche Frauenstimmrechtsbewegung. Nun hatte der Zufall am Tage der „Walde“-Versammlung Fräulein Martha Diez aus Hamburg, Vorstandsmitglied des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht und zugleich Vorstandsmitglied der Freisinnigen Vereinigung nach Berlin geführt. Sie las an den Säulen den Vortrag des Dr. Wlah und begab sich mit einer Bekannten in die „Walde“-Versammlung, um den Herrn Dr. Wlah in ihrer doppelten Vorstandseigenschaft die Antwort auf seine Aeußerungen zum § 8 des Entwurfs zu geben. Schon vor Eröffnung der Versammlung sandte sie dem Vorsitzenden ihre Karte und meldete sich damit zur Diskussion. Aber, Proßt! Wohlgeit! Der Vorsitzende der drei Damen und 30—40 Herren besuchter Versammlung erhob sich und verkündete: Werte Anwesende! Wie Sie wissen, befinden Sie sich in einer Mitglie der Versammlung. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß sich nicht nur Nichtmitglieder, sondern sogar Gegner hier befinden. Daß sich hier ein Feind heimlich hereingeschlichen, und ich erlaube diese, sofort den Saal zu verlassen! Fräulein Diez, Vorstandsmitglied der Freisinnigen Vereinigung, mitamt ihrer Begleiterin während der Einigungsperiode vom Verein „Walde“ vor die Tür gesetzt! Braucht es noch mehr der Worte? Die dritte anwesende Frau, eine Raumannianerin, sprang empört auf und rief: „Ich bin allerdings keine Gegnerin Ihrer Bestrebungen, sondern stehe Ihnen freundschaftlich gegenüber; aber nach diesem Benehmen danke ich doch auch und gehe!“

„Ja, man braucht die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht um ihre Erfahrungen zu beneiden. Wie lange sie sich wohl noch vom Freisinn heranziehen lassen? Haben sie noch immer nicht Fußfritte genug bekommen? Sozialdemokratische Frauen stehen sich so etwas nicht gefallen, das wissen wir!“

Frauen in Gefängnissen.

Die Hausmutter des Frauengefängnisses in Geneva (Illinois), Mrs. Amigh, veröffentlicht in „Champions Magazine“ einige interessante Einzelheiten über ihre Pflegebefohlenen. Frauen bilden nur 5½ Proz. von der Gesamtzahl der in amerikanischen Gefängnissen internierten Sträflinge, aber jene sind schwieriger zu behandeln, als die männlichen Gefangenen.

Nach jahrelangen Studien und Beobachtungen ist Mrs. Amigh dazu gelangt, die straffälligen Frauen in drei Klassen zu teilen: in Verwahrloste, erblich Belastete und eigentliche Verbrecherinnen. Verwahrloste sind nach ihr die, die ohne Elternhaus aufwuchsen, deren Erziehung dem Zufall oder einer Wohlthätigkeitsanstalt überlassen war.

Die erblich Belasteten kommen körperlich und geistig anormal zur Welt. Die Zahl derselben unter den Frauen ist viel größer, als man glauben sollte. Mrs. Amighs Beobachtungen haben sie überzeugt, daß das Kind eines trunksüchtigen Vaters oder einer trunksüchtigen Mutter fast immer geistig oder moralisch oder körperlich entartet ist oder alles zugleich.

Die dritte Klasse, die Verbrecherinnen, umfaßt diejenigen, welche durch Verführung, Not, besondere Verhältnisse oder durch Unwissenheit den Weg verlieren. Von den 800 Frauen in Geneva kamen so 90 Proz. aus zerrütteten häuslichen Verhältnissen oder sie hatten niemals ein Zuhause gekannt.

Mehr als 100 Gefängnisse und Besserungsanstalten in den Vereinigten Staaten sind ausschließlich für Frauen bestimmt. Wenn 10 000 Frauen jährlich dem Strafgesetz verfielen, und — wie in Geneva — 90 Proz. derselben aus zerrütteten häuslichen Verhältnissen kamen, so ist der mathematische und unumwandelliche Beweis für den Wert der häuslichen Erziehung erbracht.

Unter den in Geneva inhaftierten Frauen waren mehrere Einbrecherinnen und zwei Flederbuchhändlerinnen. Eine der Einbrecherinnen war ein früheres Hausmädchen. Sie hatte ihre Stellung verloren, ohne daß man ihr ihren Lohn voll ausbezahlt. Sie brach eines Nachts in das Haus ihrer Herrschaft ein und nahm soviel Wertgegenstände, als zur Dedung ihrer Forderung nötig waren.

Zwei andere boten mehr typische Fälle. Sie hatten sich von zwei verkommenen jungen Männern betören lassen, die sie zum Stehlen anhielten und dann im Stiche ließen, als Gefahr im Verzuge war.

Bei den meisten ihrer Pflegebefohlenen fand Mrs. Amigh eine sittliche Erneuerung (Regeneration) vollkommen möglich. Sie hat ein eigenes System, das Interesse für Musik, für alles, was schön und gut ist, in ihnen zu erwecken und führt hiermit im Grunde den Kampf gegen ihre bösen Neigungen. Von ihren besten Zöglingen sind viele später in der Welt draußen zu Erfolg und Ehre gelangt.

Eine ist jetzt die bezahlte Stenographin von Chicago. Sie war wegen Diebstahls verurteilt worden. Bevor sie nach Geneva kam, hatte sie niemals irgend welchen guten Einfluß kennen gelernt.

In Geneva erhalten die Mädchen eine allgemeine Erziehung, sowie Unterricht in Schneiderei und Hausarbeit; sie werden aber auch für Musik oder irgend eine andere Kunst, für die sie Befähigung zeigen, ausgebildet. Vor allem aber genießen sie in Geneva die Wohltat, daß sie auf ihr Ehrenwort entlassen werden können. Auch das ist ein Lichtstrahl, der eine neue, hellere Zeit in den Gefängnissen ankündigt.

Wo gibt es wohl bei uns in Deutschland ein Gefängnis, das den Strafvollzug auch nur annähernd so human handhabt, wie dieses amerikanische? Wo werden bei uns solche Erfolge erzielt? Nirgends.

In unseren Gefängnissen herrscht derselbe mittelalterlich-finstere Geist der Rache wie in den satfam bekannten Fürsorgeanstalten. Von den im Vorlampf stehenden Genossinnen haben mehrere Selbsterlöschung erlebt, die Zustände in deutschen Frauengefängnissen kennen zu lernen. Daß sie eine Schmach unseres Jahrhunderts sind, wird jede bestätigen.

Unsere verdorbene Genossin Bahnik hatte wiederholt so schreckliche Eindrücke im Gefängnis erfahren, wenn sie im Kampfe für ihre politische Uebersetzung mit den Paragrafen des Strafgesetzbuches solidierte, daß sie schließlich einer erneuten Inhaftierung den Freitod vorzog. —

Leserabende.

Charlottenburg: Mittwoch, den 19. Januar, 8½ Uhr, Vortrag, Gen. Dr. Sühmann: „Das menschliche Auge“.

Gerichts-Zeitung.

Ein mitleidiger Geschworener.

Einen überraschenden Abschluß fand am vergangenen Sonnabend die Schwurgerichtsverhandlung vor dem Landgericht I. Vor den Geschworenen hatte sich eine Frau L. wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zu verantworten. Die Straftat bestand darin, daß die Angeklagte ein Sparfassenbuch auf einen höheren Einlagebetrag gefälscht hatte, um das Buch dann zu verpfänden. Es handelte sich insgesamt um ein Objekt von 50 M. Die Verhandlung endete mit einer Verurteilung der Angeklagten nur wegen Betruges zu 3 Wochen Gefängnis. Vor Verkündung des Urteils erhob sich ein nicht ausgeloster Geschworener, der Buchdruckereibesitzer H., zog seine Brieftasche und deponierte 50 M. auf dem Tisch des Hauses, um damit den von der Angeklagten angetrübten Schaden zu decken. Als die Geschworenen dann nach der Sitzung das Kriminalgerichtsgelände verließen, wurden ihnen von den Zeugen jener Szene, die sich auf der Straße aufgestellt hatten, lebhaftest Ovationen dargebracht.

Schuh vor Schuhtenten.

Winnen wenigen Wochen wurde am Sonnabend zum vierten Male gegen Polizeibeamte aus Wittenberge vor der Neu-Ruppiner Strafkammer wegen Mißhandlung und Körperverletzung, im Amte verhandelt. Vor zirka zwei Monaten wurde der Schuhmann Diehen wegen Körperverletzung im Amte — er hatte mit dem Säbel geschlagen — zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 10. v. M. mußte der Chef der Wittenberger Sicherheitsbeamten, der Polizeikommissar Wisse, auf der Anklagebank Platz nehmen, um sich wegen Körperverletzung und Mißhandlung in vier Fällen zu verantworten. Der Staatsanwalt wollte die Vergehen mit 4 Monaten gahndet wissen. Das Gericht erkannte aber nur auf 300 M. Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis. Am letzten Mittwoch hatte sich der frühere Wittenberger Polizeiwachmeister Seiffert (jetzt in Steglitz bei Berlin) vor derselben Strafkammer zu verantworten. Ihm wurde Mißhandlung in drei Fällen und Erpressung eines Gefährnbisses vorgeworfen. Der Angeklagte wurde zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis verurteilt, während der Staatsanwalt 1 Jahr Zuchthaus und 90 M. Geldstrafe bei sofortiger Verhaftung beantragt hatte. Am Sonnabend stand der Wittenberger Schuhmann Adolf Roth vor den Schranken des Gerichts. Auch er hat sich schwer vergangen, indem er in der Nacht vom 12. bis 13. Dezember v. J. einen Reisenden und einen Bahnmeister körperlich schwer mißhandelte. Der Staatsanwalt hatte wegen fünf Fälle der Körperverletzung nur eine Geldstrafe von 6 Monaten beantragt. Das Gericht ging jedoch hierüber hinaus und erkannte auf 9 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden auf die Dauer von 2 Jahren. — Hiermit ist der Reigen aber noch nicht beendet, denn es schweben noch Verfahren gegen den bereits einmal abgeurteilten Kommissar Wisse und den jetzigen Wachmeister Jänike. Die Verhandlung gegen diese dürfte schon demnächst stattfinden.

Bekanntmachung.

Eine Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Posen vom 17. April 1891 verbietet das Ausstellen von Zeichen in anderen als den Landesfarben. Dagegen sollte Herr v. Chranowski verstossen haben, indem er am Fronleichnamstag auf seinem Balkon in Posen eine Draperie in weißer und roter Farbe (die polnischen Farben) anbrachte. Das Landgericht erachtete diese Draperie für ein Zeichen im Sinne der Verordnung und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hieß das Urteil gut und führte aus: Diese für den Regierungsbezirk Posen, also für einen Bezirk mit großen nationalen Gegensätzen, erlassene Polizeiverordnung sei gültig. Denn es könne in solchen Bezirken zu Störungen der öffentlichen Ordnung kommen, wenn die nationalen Gegensätze besonders betont würden. Auch sei die Draperie mit Recht als ein Zeichen im Sinne der Verordnung gewürdigt worden.

Das Urteil reißt sich dem jüngst angezogenen würdig an, das einen Müller bestrafe, weil seine Röhle weifröte Farben aufwies. Nächstens wird noch ein Mägdelein zur Bestrafung gezogen werden, weil sie milchweiße Haut und rote Waden und Lippen unverhüllt gezeigt hat. Die Germanisierungspolitik treibt recht nette Wästen.

Goldene Jugend. Vor der Strafkammer in Köln stand der Kaufmann Josef Biergans, ein Sohn einer der angesehensten und reichsten katholischen Familien der Stadt. Er hatte einen Chauffeur um 3500 M., einen anderen Kaufmann um 14 000 M. betrogen und einen auf 14 500 M. lautenden Wechsel auf den Namen seines Vaters gefälscht. Mit einem erschwundenen Automobil flüchtete er nach Italien. Als ihn jemand fragte, ob jenes Wechselakzept auch richtig sei, erwiderte er: „Als Referent weiß ich doch, was eine falsche Wechselunterchrift bedeutet.“ Tatsächlich war er nur Gefreiter bei den Mlanen gewesen, wo er einjährig diente. Er hatte auch Witsenarten auf den Namen eines Freiherrn v. Rattenfeld. Er verbrauchte jährlich 40 000 M. Die Schulden bezahlte, bis es zum Bruch kam, der Vater v., ein Kölner Großkaufmann. Sachverständige erklärten, daß der junge Verschwendler zwar minderwertig, aber strafrechtlich verantwortlich sei. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Die erste Abteilung hält heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr in den Unionssälen, Greifswalder Straße 222 ihre Abteilungsversammlung ab.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Volksklub“ Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal der Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6 die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Tempelhof. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Apelt, Berliner Straße 9. Mitgliedsbuch legitimiert.

Brix-Budow. Heute abend 1/2 9 Uhr bei Jitz, Werder, Ecke Rungiusstraße: Generalversammlung des Wahlvereins.

Ober-Schöneweide. Wir weisen auf die heute in Wörners Blumengarten stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins hin.

Grünau. Morgen Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Jägerhaus, Vahnhoffstr. 1: Volksversammlung.

Stralau. Die Parteigenossen werden ersucht, zu der heute, Dienstagabend 8 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung zu erscheinen.

Pankow. Heute, Dienstag, den 18. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr findet im Saale von Koyzki, Kreuzstr. 3/4 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Zegel. Am Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Jul. Rippstein, Spandauer Straße 4.

Potsdam. Am Mittwoch findet in allen Bezirken der Pankowabend statt. Genossen, welche ihre Wohnung verändert haben, wollen dies den Kassierern mitteilen.

Berliner Nachrichten.

Unter den Linden.

Soffen und Garren...

Die Feder sträubt sich, es niederzuschreiben. So etwas haben die Berliner seit langer Zeit nicht erlebt: ein höfisches Fest und die Gottesgnadenstrafe ohne Absperrung! Und wer war schuld daran? Nicht etwa der endlich mal erleuchtete Polizeigeist.

Wenn die Polizei glaubte, daß ihr die Berliner Arbeiterschaft durch die offengelassenen Böcher um so leichter ins Garn laufen werde, so war ihr Soffen und Garren, das manchmal zum Narren macht, vergebens.

es, die der gemeinsame Heimweg am Königschloß vorüberführt. Aus dem Boden gewachsen tauchen Schutzmannsketten auf und sperren für kurze Zeit die Brücke.

Dichter und schwerer fielen plötzlich die Regentropfen, als ob der alle, ehrliche Petrus von oben Tränen lache auf die genasführte deutsche Reichs Erde.

Von der Armenpflege der Stadt Berlin

erzählt die Armenverwaltung in ihrem Jahresbericht pro Etatsjahr 1908/09, den der Magistrat jetzt veröffentlicht hat.

Die „Volkszeitung“ beginnt ihre Mitteilung so: „Im Jahre 1908 hat die Stadt Berlin für die Armenpflege eine stattliche Summe aufgewendet. Die Gesamtkosten für die offene und geschlossene Armenpflege, die Waisenpflege und Fürsorgeerziehung belaufen sich auf 24 1/2 Millionen Mark gegen 22 1/2 Millionen Mark im Vorjahr.“

„25 Millionen für die Armenpflege.“ Die „Morgenpost“ glaubt gleichfalls, ihren Lesern die sensationell wirkende Ueberschrift: „25 Millionen für die Armenpflege“ bieten zu sollen.

„In der Tat steckt in den rund 25 Millionen, die da als Zuschuß zur Armenpflege“ ausposaunt werden, auch noch manches andere, vor allem der Zuschuß, den die Stadt für ihre Kranken- und Irrenhäuser geleistet hat.

Die Misere des Gesundheitswesens unserer Stadt erklärt sich hauptsächlich aus dem überlieferten Zusammenhang mit dem Armenwesen. Den Anschauungen des Kommunalliberalismus entspricht es, die ehemalige enge Verbindung zwischen Armenpflege und öffentlicher Krankenpflege noch jetzt immer wieder zu betonen.

Der Zuschuß für Kranken- und Irrenhäuser in Höhe von rund 9 1/2 Millionen Mark stellt nicht etwa nur die Aufwendungen für die auf Kosten der Armenverwaltung verpflegten Kranken und Irren dar.

Fürchtet einer, daß „Volkszeitung“ und „Morgenpost“ eines schönen Tages auch den Zuschuß für „höhere Schüler“ zu den Gesamtkosten der Armenpflege rechnen werden.

Wenn man Gemeindeschulen auflöst!

Die Gemeindeschulen von Berlin-Südost werden um eine vermindert — dabei heißt es! Die 85. Knaben-Gemeindeschule (Wrangeistraße 85) soll allmählich aufgelöst werden, so hat der Magistrat es beschlossen.

gegen die vom Magistrat beabsichtigte Auflösung der 85. Schule hat Genosse Worgmann zum Ausdruck gebracht.

Was jetzt dem Stadtteil am Schlesischen Tor widerfährt, das ist anderen Stadtteilen bekanntlich schon früher widerfahren. Die Zahl der Gemeindeschulen, die in den letzten fünf oder sechs Jahren aufgelöst wurden bezw. noch in der Auflösung begriffen sind, bleibt schon nicht mehr weit unter einem Duzend zurück.

So kam's kommen, wenn man Gemeindeschulen auflöst! Das es auch in Berlin-Südost so kommen kann, hat im Rathaus Genosse Worgmann nachgewiesen an der Hand der amtlichen Statistik über die bedeutende Mehrung der unermieteten Wohnungen des Stadtteils.

Polizeistrafen für Barbieri, die nach 2 Uhr noch Kunden bedienen, regnet es jetzt. In der letzten Versammlung der Berliner Barbieri, Friseur und Perückenmacher wurde den Anwesenden mitgeteilt, daß nicht weniger als 500 selbständige Mitglieder zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt worden sind.

Der Selbstmord einer Krankenschwester im Virchow-Krankenhaus macht viel von sich reden. Die 23jährige städtische Krankenschwester Herta Rosenkranz wurde am Sonnabendvormittag tot in ihrem Zimmer aufgefunden.

„Herta R., die aus Dresden stammt, war seit einem Jahre am Virchow-Krankenhaus tätig und galt als eine pflichtgetreue Pflegerin. Am vergangenen Mittwoch hatte sie von der Direktion des Krankenhauses eine Rüge erhalten.

Es wird Sache der städtischen Krankenhausverwaltung sein, der Öffentlichkeit nähere Mitteilungen über das Vorkommnis zu machen. Soweit es sich um die Entlassung der Personen handelt, die für Kranke bestimmte Speisen verzehrt haben, so billigen wir durchaus das Verhalten der Direktion des Krankenhauses.

Die Nordöstliche Baugenossenschaft schickt uns bezüglich der in unserer Nummer vom 7. Januar enthaltenen, auf die Anwendung der Schutzschriften auf dem Neubau in Schönberg, Ebersstraße 13, Mitteilungen eine neuerliche Erklärung, in der

darzulegen gesucht wird, daß die Kassenlage auf dem genannten Neubau ordnungsgemäß abgedeckt bzw. abgesteckt gewesen wäre. Weiter wird nachzuweisen versucht, daß die Angaben unseres Gewährsmannes bezüglich des Lesens der Bescheidbescheide durch den Aufsichtsbekanntem im Besitze des Posters unrichtig seien. Der Beamte habe unsern Gewährsmann nur die Unterschrift des Anzeigenden gezeigt, was aber nicht gebilligt werden könne. Schließlich wird der Gewährsmann, als welcher der Dachdecker Mehlstein bezeichnet wird, beschuldigt, sich selber in Gefahr begeben zu haben, weil er gearbeitet habe ohne Anwendung der erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen, was nicht zulässig sei.

Wir haben Mehlstein die Aufschrift vorgelegt und ihn um Aufklärung ersucht. Er erklärt:

Ich halte die Angaben, welche ich dem Vorsitzenden meiner Organisation, Kollegen Gönnig, bezüglich der ungenügenden Abdeckung respektive Ausstattung auf dem Bau Eberstraße 13 gemacht habe, vollständig aufrecht. — Wenn in dem Schreiben gesagt wird, daß der Arbeitgeber und der Bauherr mich beauftragt haben, am Seitenflügel mit dem Eindecken anzufangen, um darzutun, als ob ich mich durch Nichtbefolgung dieses Auftrages selbst in Gefahr begeben habe, so möchte ich bemerken, daß mir nicht bewußt ist, vom Meister einen derartigen Auftrag erhalten zu haben. Vom Bauherrn ganz abgesehen; der hat sich nach dieser Richtung hin überhaupt nicht um mich gekümmert. Aber zugegeben, ein derartiger Auftrag wäre an mich ergangen, so ändert es an der ganzen Sache nichts. Denn der Seitenflügel samt dem Luergebäude waren eingebettet worden in zwei Tagen, und in dieser Zeit war keine Änderung in der Abdeckung respektive Ausstattung herbeigeführt worden, die als genügend bezeichnet werden konnte. Also mit anderen Worten: Hätte ich die angelegten Anordnungen des Meisters befolgt, so hätte ich „am abgedeckten Seitenflügel angefangen“ und „an dem aufgedeckten Teil des Luergebäudes“ aufgehört. Ich habe es eben umgekehrt getan.

Allerdings stimmt es nicht genau, daß der Aufsichtsbeamte mir das Schreiben zum Lesen gegeben hat. Ich wurde zu ihm gerufen. Er schlug seine Aktenmappe auf, zeigte mir eine beschriebene Postkarte, welche in jener lag und frag mich, ob ich den Betreffenden kenne. Ich antwortete: Ja, es ist unser Organisationsleiter. Das geschah in Gegenwart des Maurerpoliers, der überhaupt fortwährend dabei war und die Bescheidbescheide als „Schloßpöppe“ und dergl. titulierte.

Die Arbeiter-Bildungsschule beging am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung ihr 10. Stiftungsfest. Die Feier sollte eine historische Gedächtnisfeier sein, weshalb die Schulleitung versucht hatte, dem Konzert den historischen Gedanken als Grundlage zu geben. In dem Programm wurde ein kurzer Überblick über die historische Entwicklung der Kammermusik durch Vorführung einzelner charakteristischer, aber leicht verständlicher Werke gegeben.

Weiler wurde der Erfolg des Abends beeinträchtigt durch das Nichterscheinen des Genossen Paul Renisch aus Leipzig, der die kulturhistorische Gedächtnisfeier hätte halten sollen, ein Umstand, der eine gewisse Enttäuschung hervorrief. Indes wurde die momentane Mithimmung wieder rasch durch das lebenswichtige Entgegenkommen der mitwirkenden Künstler besänftigt. Sotowohl Herr Max Siehwein, der mit Recht bewunderte Wagner-Sänger, wie das aus den Herren Jacques van Bier (Cello), M. van Gool (Klavier) und Max Ronis (Geige) bestehende, europäischer Berühmtheit sich erfreuende „Holländische Trio“ waren sofort bereit, die klaffende Lücke durch musikalische Zugaben auszufüllen. Ueber diese Leistungen und des näheren zu äußern, fehlt es hier an Raum. Es genügt wohl, zu sagen, daß jeder der weit über tausend Zuhörer unter dem Eindruck verharrete, einem Konzert anzuhören, welches den denkbar höchsten Kunstgenuss gewährte. Alles war hingerissen von der weichen Schönheit der Darbietungen, und des begeisterten Beifalls wollte zeitweilig schier kein Ende sein. Schließlich wird man nicht umhin können, das Zustandekommen dieser würdigen, ja musterhaltigen Stiftungsfeier auf das Verdienst des geschäftlichen Leitung wie des Lehrerkollegiums der Arbeiter-Bildungsschule zu setzen.

Die Freie Volkshöhle feiert am Sonnabend dieser Woche ihr zwanzigstes Stiftungsfest im großen Konzertsaal der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11. Das Programm ist der Bedeutung des Abends entsprechend gewählt. Außer Konzert- und Gesangsvorträgen steht eine Festansprache des Genossen Rosenblum auf dem Programm. Die Mitglieder der Freien Volkshöhle und besonders die an der Gründung des Vereins beteiligten werden zu diesem Stiftungsfest eingeladen. Festmarken sind in allen Zahlstellen a 60 Pf. nur noch kurze Zeit zu haben.

Einen schweren Verlust erleidet am Freitag oder Sonnabend eine Arbeiterfrau, indem sie ein kleines grünes Portemonnaie mit Druckknopf verlor, das ihre gesamte Barschaft (drei 20 Markstücke) und zwei kleine Schlüssel enthielt. Der ehrliche Finder wird um Abgabe gebeten an Verndt, Veteranenstr. 8, Aufgang E III.

Ein Kindesmord liegt anscheinend einem Leichensund zugrunde, der auf dem Tempelhofer Felde gemacht wurde. In der Nähe der Hofenheide wurde von einem Arbeiter ein Paket gefunden, das den Leichnam eines neugeborenen Knaben enthielt. Die Leiche wurde nach dem Schanhauser gebracht, wo das weitere festgestellt werden wird.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenwahl im dritten Bezirk findet heute, Dienstag, den 18. Januar, vormittags von 9 Uhr bis abends 8 Uhr im Restaurant Herold, Hauptstr. 20, statt. Die bereits mitgeteilt, ist es gelungen, auch in diesem Bezirk einen Hausbesitzer aufzustellen zu können, so daß die Hoffnung der Gegner, den Bezirk mühelos zu übernehmen, selbgeschlagen ist. Die Genossen werden dafür sorgen, daß der Kandidat

Lagerhalter Otto Reich

noch mit einer erheblich größeren Stimmenzahl gewählt wird, wie die früheren Kandidaten. Das Mandat läuft sechs Jahre; es dürften somit die Stadtverordnetenwahlen ihren Abschluß erreicht haben. Da die Liberalen sehen, daß sie in der dritten Abteilung fast gestillt sind, so versuchen sie es auf andere Art, einen der Jährigen hineinzuschmuggeln. Ueberall erklären die Herren, gegen das Hausbesitzerprivileg zu sein, und jetzt haben dieselben durch einen Parteifreund, einen Berliner Magistratssekretär, einen Protest einbringen lassen, der das Hausbesitzerrecht des Genossen Kost angreifen soll. So steht bei diesen Herren die Theorie und Praxis aus. Darum ist es Pflicht der Wähler und Genossen des dritten Bezirks, am heutigen Tage mit allem Nachdruck für die Wahl des

Lagerhalters Otto Reich

einzutreten.

Die Wahlarbeiten werden von dem Restaurant J. Wieloch, Grunewaldstr. 82, aus erledigt. Da wollen alle Genossen, besonders die Arbeitslosen, sich zur Mitarbeit einfinden.

Mit der bevorstehenden Gewerbeprüfung und der Aufstellung der Bewerberkandidaten beschäftigt sich heute, Dienstag, eine öffentliche Versammlung in den Rothausgärten, Schöneberg, Reininger Straße 8. Referent ist Stadtverordneter Adolf Ritter.

Die Generalversammlung der Zahlstelle Schöneberg des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschäftigte sich mit den bis jetzt geführten Verhandlungen, die sich mit dem Zustandekommen des Vertrages im Holzgewerbe befaßt haben. Das Verhalten des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie wurde als nicht gerade friedensliebend

bezeichnet und die Einführung von 50 Pf. Extrabeiträgen für notwendig gehalten. Nach dem Halbjahresbericht waren unter anderem auch Verhandlungen bei Vertragsunternehmern, die den Vertrag durchbrochen hatten, erforderlich. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab als ersten Vorsitzenden: F. Sarach, Gleitschtr. 19; Schriftführer: P. Papsch; Revisoren: Wieniam und Schmidt; Vertretungskontrollkommissionmitglieder: Lozmann und Budach; Vertretungskommission: Reiche und Strauß. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle beträgt 258. Im vierten Quartal betrug die Bilanz der Hauptkasse 2081,99 M.; die der Lokalkasse 7008,89 M. An Arbeitslosenunterstützung wurde ausgezahlt: Hauptkasse 200,79 M., Lokalkasse 172,37 M. An Krankenunterstützung: Hauptkasse 277,25 M., Lokalkasse 127,75 M. Die Streikunterstützung betrug im selben Quartal: Hauptkasse 82 M. und Lokalkasse 57 M.

Rigdorf.

Aufregende Szenen verursachte in der vorgestrigen Nacht der Milchhändler Otto Wendi aus der Reuterstr. 46. Morgens gegen 4 Uhr sprang er auf und gab aus einem Revolver und zwei Gewehren auf seine Frau und seine beiden Töchter mehrere Schüsse ab, die aber in der Dunkelheit ihr Ziel verfehlten. Wendi nahm dann einen Wessensstiel und mißhandelte seine Frau, die mit den Töchtern schliefen mußte. Einem Schlosser, der den Frauen zur Hilfe geeilt war, erging es nicht besser. Das Haus befand sich schließlich in einer Art Belagerungszustand, bis auf Eruchen des Hauswirts polizeilicher Schutz ertücht. Es wurde überwältigt und nach der Wache gebracht. Dort untersuchte ihn ein Arzt, der gemeingefährliche Geisteskrankheit feststellte und die Ueberführung nach einer Anstalt anordnete.

Gewerbeprüfungswahlen. Nach der soeben erfolgten Bekanntmachung des Magistrats finden die Wahlen der Weisiger zum hiesigen Gewerbegericht für die Arbeitnehmer bereits am 20. Februar und für die Arbeitgeber am 21. Februar statt. Da für die Arbeitgeber Wählerlisten aufgestellt sind, die vom 17. Januar ab 8 Tage lang im Gewerbebüro des Magistrats in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 6 bis 7 Uhr nachmittags zur Einsicht ausliegen, so ersuchen wir alle Interessenten, die Listen einzusehen. Für die Arbeitnehmer werden Wählerlisten nicht angelegt, für sie genügt zur Ausübung des Wahlrechts eine vom Arbeitgeber oder dem Polizeirevier ausgefertigte Legitimation. Die Gewerkschaftskommission Rigdorf.

Seine zweite Kindervolksschule eröffnet der Freiwillige Erziehungsbeitrag für die Jugend in Rigdorf am 27. Januar auf dem Grundstück der ehemaligen Krankenanstalt in der Cannerstraße. Diese wird gleichfalls wie die erste im Hause Steinwegstraße 118, wöchentlich von 12—2 Uhr geöffnet sein. Der Preis für die Portion beträgt für schulpflichtige Kinder 10 Pf., für Kinder im vor- und nachschulischen Alter nur 5 Pf. Bei vorliegender Bedürftigkeit werden auch ganze und halbe Preiskarten — Inhaber der letzteren bezahlen 5 Pf. für jedes Essen — gewährt, es kann die Mitnahme des Essens nach Hause gegen Entrichtung von 10 Pf. für jede Portion gestattet werden. Anträge auf Gewährung von ganzen oder halben Preiskarten sind zu richten an die Herren Bezirksvorstehenden, die für Kinder-Volksschulzwecke bei jeder Gemeindegemeinschaft bestellt sind. Besuche im Verkauf des Essens außer dem Hause nimmt die Kartenausgabestelle Steinwegstr. 118, Hof 1 Treppe, entgegen; geöffnet jeden Montag und Mittwoch von 3—4 Uhr nachmittags. Die Geschäftsstelle befindet sich Redarstr. 1, 1 Treppe, Zimmer 8.

Tempelhof.

Kanalarbeiter. Am Freitagnachmittag kam der 84jährige Rangierer Heinrich Nathan auf dem Tempelhofer Rangierbahnhof beim Rangieren unter die Räder eines daherkommenden Zuges, wurde überfahren und starb nach wenigen Minuten.

Die Unterkommission der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich neu konstituiert. Vorsitzender ist Rentier-Tempelhof, Kassierer Rosenberg-Mariendorf, Braut-Tempelhof-Schriftführer. Beschlossen wurde u. a. eine erneute Eingabe zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts Tempelhof-Mariendorf-Mariensfelde an die betreffenden Gemeinden zu richten.

Trieb-Suckow.

Ueber sozialdemokratische Gemeindevorkämpfer referierte in einer vom hiesigen Wahlverein einberufenen Volksversammlung Genosse E. W u h l y. Nach dem 1½stündigen interessanten Vortrag wurde folgende vom Genossen R a t h s eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Dienstag, den 11. Januar d. J., im „Landhaus“ tagende Volksversammlung richtet an den Gemeindevorstand das ebenso höfliche wie dringende Ersuchen, bei den bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevorstellung die Wahlzeit für die dritte Wählerklasse mehr wie bisher den Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung anzupassen und dieselbe bis 8 Uhr abends auszubehnen, wie dies bereits in Berlin und den meisten Nachbargemeinden seit langem geschieht. Die Versammlung beauftragt das Bureau, diesen Antrag umgehend dem Gemeindevorstand zur gefälligen Berücksichtigung zu überweisen.“

Nieder-Schöneheide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins wurde von den Vorstandmitgliedern Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahre erstattet. Die Mitgliederzahl ist von 102 auf 120 gestiegen. „Vorwärts“ Leser sind 208 an Orte vorhanden. Die Bibliothek ist erfreulicherweise mehr in Benutzung genommen worden. Die Neuwahl des Vorstandes brachte einige Änderungen: Dehmel, 1. Vorsitzender; Toellner, 2. Vorsitzender; Koh, Kassierer; Weis, Schriftführer; Schuffelhauer, Reichsamt und Witte, Revisoren; Prietze, Expediteur und Stahlberg, Bibliothekar. Für die Lokalkommission wurden Weichsauer und Cronius gewählt. Als Vegetationsführer des 1. Bezirks wurde Günther, des 2. Bezirke und des 3. Bezirkes gewählt. Zum Schluß kam der Vorstand auf die in Nähe stattfindende Gemeindevorwahl zu sprechen und ersuchte um rege Agitation.

Johannisthal.

Von einem erfreulichen Fortschritt der Organisation konnte in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins berichtet werden. Der Vorsitzende Genosse Schmidt gedachte am Anfang seines Berichtes nochmals der verstorbenen Genossen Bulcke und Kaschke. Es fanden im vergangenen Jahre 18 Vorstandssitzungen, 13 Mitgliederversammlungen, 2 Vollversammlungen und 2 Agitationsstunden statt. Die Mitgliederzahl ist von 90 auf 140 gestiegen. Der Kassierer und der Expediteur gaben die Berichte vom 4. Quartal. Der Kassiererbericht ergab eine Einnahme von 156,48 M., eine Ausgabe von 154,92 M. Die Expeditionsliste ergab einen Ueberschuß von 1,56 M. Die Jugendchriftenausstellung eines solchen von 19,25 M. Die Neuwahlen hatten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schmidt; 2. Vorsitzender Grunz; Kassierer Gonsdau; Schriftführer Steiner; Revisorin Genossin Gobin; Revisoren Frost, Dühring und Winkelshaus; Bezirksführer, 1. Bezirk Genosse Rager, 2. Bezirk Witte; Expediteur Pielele; Lokalkommission Gammisch und Engelmann; Bibliothekar Gobin. In die Kinderhauptkommission wurde die Genossin Sauerland gewählt; in die Bibliothekskommission die Genossen Forst, Gammisch und Klein. Um mehr Förderung mit den Mitgliedern zu gewinnen und somit ein erfolgreicheres Arbeiten zu ermöglichen, wurde beschlossen, daß je ein Vertreter der Revisoren, der Lokalkommission und der Bezirksführer zum engeren Vorstand gehören sollen und an den Beratungen desselben teilzunehmen haben.

Ober-Schöneheide.

Gemeindevorstellung. Der Vertretung lag eine neue Besoldungsordnung für die Lehrpersonen der höheren Schule vor, welche die Zustimmung der Vertretung fand. Eine Vorlage, welche den Gemeindevorstand durchgängig eine Gehaltsaufbesserung von 100 M. zuzuwenden, wurde nach längerer Debatte auf Antrag

des Herrn Müller, welcher schon öfter Proben solcher Kunst ablegte, sonderbarerweise in die geheime Sitzung verwiesen. Hier fand die Erhöhung Annahme, jedoch mit Wirkung ab 1. April 1910. Im Hinblick auf die den Lehrpersonen ab 1. Oktober 1909 gewährte Aufbesserung erscheint dies nicht gerade als ein Akt der Gerechtigkeit. Das Ortsstatut für die obligatorische Fortbildungsschule wurde dahin umgeändert, daß die Schüler nicht mehr wie bisher bis zum Schluß des Schuljahres, in welchem sie 17 Jahre werden, schulpflichtig sind, sondern hinfort mit Schluß des Schuljahres auscheiden. Die Edisonstraße, in welche das Straßenbahngleis der Linie nach Karlshorst und Friedrichsfelde gleichzeitig verlegt werden, soll mit Reifeisen neu gepflastert werden und eine Verbreiterung erfahren. Die Arbeiten hierzu werden vergeben. Ein von Herrn Herzog gestellter Antrag beschäftigt sich mit der Einführung des Gaseinheitspreises durch die Gasanstalt Obersee. Es wurde von ihm die Ansicht vertreten, daß nach dem mit der Gemeinde abgeschlossenen Vertrage die Einführung dieses Preises schon jetzt dadurch zu erzwingen ist, da der Gemeinde Karlshorst diese Verbilligung bereits zugestanden sei. Vom Gemeindevorstand wurde dieser Ansicht widersprochen und beschlossen, die weiteren Verhandlungen abzuwarten. Ob der Gaseinheitspreis von 12,35 Pf. wirklich eine Verbilligung bedeutet, erscheint noch recht fraglich und bedarf wohl erst eingehender Feststellungen. Als Schiedsmann wurde Herr Kaufmann Brillwitz neugewählt.

Nieder-Schönhausen.

Der Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins, die Zahl der Gemeindevorordneten von 15 auf 18 zu erhöhen, wurde in der letzten Gemeindevorstellung abgelehnt. Ein derartiges Verlangen ihres Antrages hatte die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht erwartet. Bürgermeister Abraham betonte, daß aus den Reihen der Gemeindevorleiter Klagen über zu große Arbeitslast bis jetzt noch nicht laut geworden seien, sehe er, daß die Geschäfte nicht mehr ordnungsmäßig geführt werden können, so würde er selbst einen derartigen Antrag stellen. Im übrigen habe es sich bei den bisherigen Gemeindevorwahlen gezeigt, daß es immer schwieriger sei, geeignete Kräfte zu finden, deshalb bitte er dem Antrag nicht stattzugeben. Nun kamen die Gemeindevorleiter an die Reihe. Vertreter A. Kuhlmann verwahrte sich ganz entschieden gegen die Begründung der Antragsteller, als ob die Vertreter sich den an sie gestellten Aufgaben nicht gewachsen gezeigt hätten.

Dieser Vorwurf ist in der Begründung nicht enthalten, es sei denn, daß Herr Kuhlmann denselben zwischen den Zeilen herausgelesen hat. Die übrigen Redner zeigten sich alle als Gegner des Antrages, mit Ausnahme des Herrn Thibaut, der für die Erhöhung war. Wäre der Antragsteller der Hausbesitzerverein gewesen, so wäre der Antrag glatt durchgegangen, aber die Angst den Herren, daß durch die Vermehrung der Vertreter die Sozialdemokratie Eingang in das Dorparlament halten könnte, hat sie zu Gegnern des Antrages gemacht. Die Nieder-Schönhauser Arbeitergesellschaft hat daher alle Ursache, sich jetzt schon zu den kommenden Gemeindevorwahlen zu rüsten, sollen die in der dritten Abteilung zur Wahl stehenden beiden Sitze erobert werden. Es ist dies schon deshalb notwendig, weil die beiden Grundbesitzervereine und die Beamtenvereinigung gemeinsam beschlossen haben, geschlossen gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Beschlußfassung über die Uebernahme der Straßenreinigung und -Bepflanzung in eigene Regie. Der Berichterstatter der Kommission gab Aufklärung über die Kosten und Vorteile der Regieübernahme. Die Summe von 10.000 M. werde zunächst für die Anschaffung von 6—8 Pferden gebraucht, ferner müssen zwei neue Wagen beschafft werden; auch mache sich ein Umbau des alten Feuerwehrgeländes in einen Pferdehof notwendig. Die laufenden Ausgaben würden jährlich 14.181 M. betragen; gegenüber dem niedrigsten Angebot der Privatunternehmer sei sogar ein Ueberschuß zu verzeichnen. Das niedrigste Angebot der Unternehmer betrug 16.500 M., das höchste 45.000 M. Die Löhne der Arbeiter sollen 28 M. betragen bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit. Uebernehme die Gemeinde selbst die Reinigung so habe man die Garantie, daß die Arbeiten gut und sauber ausgeführt werden. Ferner könne bei Schneefällen eher an eine Beseitigung des Schnees gedacht werden, was bisher nicht möglich war, da die Unkosten dafür zu hohe gewesen sind. Die Kommission empfehle daher, den Antrag auf Uebernahme in eigene Regie zum 1. April 1910 anzunehmen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Kommission angenommen, zugleich wurde beschlossen, für die vorläufigen Ausgaben eine Anleihe von 11.000 M. aufzunehmen und in den Etat für 1910 einzustellen. Dieser Beschluß zeigt so recht, wie wenig sozialpolitisches Verständnis die bürgerlichen Vertreter besitzen. Ueberall bezirzen unsere Genossen in den Gemeinden den Grundbesitz, den Zwölfstündentag in den kommunalen Betrieben zu beseitigen, weil bei einer so langen Arbeitszeit den Arbeitern Zeit zur Erholung nicht übrig bleibt. Die Volksbibliothek soll im Rathaus untergebracht werden. Die übrigen Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Eine Explosion, wobei zwei Mädchen und ein Arbeiter verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag 1/5 Uhr in der Feuerwerksfabrik von Vok. Ueber die Entstehungsurache der Explosion konnte noch nichts mitgeteilt werden. Die Verletzten wurden von der Feuerwehr weggebracht.

Zegel.

In der Generalversammlung des Konsumvereins für Zegel und Umgegend wurde der Bericht über das letzte Vierteljahr gegeben. Aus demselben ging hervor, daß der Verein erfreuliche Fortschritte macht. Der Umsatz in den drei Monaten stieg auf 76.254,76 M., gegen 58.200,58 M. im Vorjahre. Es ist also ein Mehrumsatz von 18.054,18 M. zu verzeichnen. An diesem Mehrumsatz sind sämtliche Verkaufsstellen beteiligt. Die Sparsparlagen erhöht sich auf 34.000,32 M., auf Hausanteilscheinen sind 20.700 Mark eingezahlt. Der Verein, welcher sich auf die nächsten Vororte Berlin ausdehnt, hat jetzt 6 Verkaufsstellen; in Zegel, Vorjagowalde, Reinickendorf, Wilhelmshagen, Waldmannslust und Bernsdorf. Ein Antrag auf Errichtung einer weiteren Verkaufsstelle in Zegel wurde dem Vorstande überwiesen.

Lankwitz.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins befaßte sich zunächst mit der Neuwahl des Vorstandes. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Genosse Anders, 2. Vorsitzender Rühl, Kassierer Riser, Schriftführer Rasch und als Beisitzer Vogheimeier und die Genossin Frau Dehnitz; als Bezirksführer für den 1. Bezirk Genosse Peters, für den 2. Bezirk Herold, für den 3. Bezirk B. Richter, für den 4. Bezirk Reiche, für den 5. Bezirk Wenzel und für den 6. Bezirk Seim. Als Revisoren die Genossen Niech, Sebastian und Jiegs, Bibliothekar Genosse Folgt und für die Lokalkommission die Genossen Hinge und Hilbert. Nach dem der Wahl folgenden Vorstandsbericht fanden im vergangenen Jahre 11 Mitgliederversammlungen und 12 Jahreshauptversammlungen statt. Der Kassierenbericht zeigte kein erfreuliches Ergebnis. Im 4. Quartal 1909 beliefen sich die Einnahmen auf 148 M. Ausgetreten bezugsweise verzogen sind im letzten Quartal 41 Genossen. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Gemeindevorleiterbericht bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Zum Schluß wurden noch acht Mitglieder aufgenommen.

Bernau.

In der ersten Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre wurden die im November gewählten Stadtverordneten in ihr Amt eingeführt. Von den acht eingeführten sind drei Parteigenossen. Die Vorstandswahlen vollzogen sich dem Wunsch der Bürgerlichen entsprechend. Der Vorsteher A. Bernau wurde einstimmig wiedergewählt. Genosse Werner wurde zum stellvertretenden Vorsteher von unseren Genossen in Vorschlag gebracht, derselbe erhielt jedoch nur

8 Stimmen wohingegen der sich liberal nennende Stadtvorordnete Schmeichel 13 Stimmen erhielt, eine Stimme wurde für einen anderen Bürgerlichen abgegeben. Von unseren Genossen wurde nunmehr zum Schriftführer Genosse Helbig vorgeschlagen, auf denselben vereinigten sich nur die 8 Stimmen unserer Genossen; der Bürgerliche Gruban erhielt 16 Stimmen. Genosse Krüger rügte die Intoleranz der Bürgerlichen. Es erfolgten dann die Verhandlungen verschiedener Arbeiten für die Nebengebäude des neuen Krankenhauses, welches nun doch bald Aussicht auf wirkliche Fertigstellung haben dürfte. Als Mindestfordernde erhielten den Zuschlag für Tischlerarbeiten Schramm zum Preise von 2476,74 M., für Schlosser- und Anschlägerarbeiten Lindner mit 740,35 M., für Glaserarbeiten Taubert mit 336,45 M. und für Maler- und Tapezierarbeiten Stooß mit 3586,51 M.

Potsdam.
Stadtvorordnetenwahl. Die zweite Sitzung beschäftigte sich hauptsächlich mit Kommissionswahlen. Dabei ereignete es sich denn, daß ein Stadtvorordneter die Wahl nicht annahm, weil er nicht wieder stellvertretender Vorsitzender werden sollte. Im 5. Ausschuss wurde ein bisheriges Mitglied nicht wiedergewählt. Er glaubte darauf in der Sitzung selbst näher eingehen zu müssen, da ihm von privater Seite mitgeteilt worden sei, er sei nicht immer unparteiisch

gewesen. Und das mußte ausgerechnet dem Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins passieren. Die Pflasterungsvorlage für 1910 wurde nochmals an die Kommission verwiesen. Für die Kosten von 155 000 M. fehlte teilweise noch die Deckung, teilweise wurde gegen die vorgeschlagenen Straßen Bedenken erhoben. Der Ausbau der Elektrizität von Charlottenhof wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Vermischtes.

Die Schneefürne an der atlantischen Küste.
 Aus New York wird gemeldet: Der am Freitag begonnene Blizzard entlang der atlantischen Küste hielt fast den ganzen Sonnabend an. New York, Philadelphia, Boston und viele andere Städte sind von jedem Verkehr abgeschnitten. Einen Meter und höher bedeckt der Schnee den Boden. Die angeammelten Schneemassen verhindern den Eisenbahnverkehr. Zahlreiche Unfälle sowie sechs Todesfälle waren am Sonnabend zu verzeichnen. Die ankommenden und abfahrenden Dampfer sind am Sonnabend mit großer Verspätung ein- und ausgelaufen.

Leser- und Diskutterklub „Oken“. Dienstagabend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Frank, Hausburgstr. 4. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 17. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand um 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8 Uhr	Temp. in F. 8 Uhr	Stationen	Barometer-stand um 8 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8 Uhr	Temp. in F. 8 Uhr
Emmende	754	SW	5	Regen	7	44	Dapranza	746	D	2	bedeckt	-11	-11
Darmstadt	756	SW	4	bedeckt	5	41	Petersburg	754	SW	1	bedeckt	-1	-1
Berlin	757	SW	3	wolfig	7	45	Sofia	759	SW	5	bedeckt	8	46
Frankfurt	760	SW	5	Regen	6	43	Aberdeen	740	SW	4	wolfig	8	46
München	765	SW	4	bedeckt	3	37	Paris	764	SW	2	wolfig	6	43
Wien	764	SW	1	heiter	3	37							

Wetterprognose für Dienstag, den 18. Januar 1910.
 Etwas kühler, teilweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit öfteren Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 18. Januar.
Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde.
Königl. Schauspielhaus. Strandfänder.
Neues Königl. Opern-Theater. Geschloffen.
Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kammerspiele. Das Heim.
Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Brief.
Komische Oper. Das Tal der Liebe.
Heddel. Der Standal. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Neues. Don Juans letztes Abenteuer.
Wesien. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Buridans Esel.
Berliner. Hohe Politik.
Kleinod. Der große Name.
Residenz. Im Laubenschlag.
Dalka. Die Dollardprinzessin.
Wesling. Tantiem der Narr.
Schiller O. Wallner-Theater.
Schiller Charlottenburg. Geheimes.
Friedrich-Wilhelmstadt. Großhabicht.
Wolkoper. Postillon von Lonjumeau.
Lustspielhaus. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Metropol. Hallo!!! - Die große Revue.
Felies Caprice. Sicher ist sicher.
Bunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Der Obergäuner.
Gedr. Herrnsfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmitel.
Wahspiel. Der Polizeihund. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Neues. Geschloffen.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vahner. Spezialitäten.
Burgendagen. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Palast. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Landensuche 18/19.
Abends 8 Uhr: Dr. D. Driesen: Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts.
8 Uhr: Geh. Rat Professor Dr. Fritsch: Die Leistungen des menschlichen Auges, bedingt durch seinen Bau.
Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Lustenbr. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr:
Der Postillon von Lonjumeau. (Wahspiel Beckmann.)
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Luisen-Theater. Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
 Großes Aufführungstheater in 14 Akten von A. Ennen u. Jules Verne. Mittwoch: Die Abteilungen. Ein deutsches Trauerspiel von F. Heddel. Donnerstag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Freitag: Die Abteilungen.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 U.
Der Bizopapa.
 Lustspiel in 3 Akten v. A. Richards. Mittwoch und Freitag: Faust. Donnerstag: Der Bizopapa. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Tornböden. Abends: Die Grille.
Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 67/68. Täglich 6 1/2 Uhr abends:
Lady Florence
Der Polizeihund. Kriminalroman.
Metropol-Theater
Hallo!!!
 Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Apollo Theater
 8 Uhr 15:
Prinz Pinne. Barocke mit Henry Bender.
 9 Uhr 20:
 Das Tagesgespräch von Berlin!
 Lotte Sarrow i. ihr. Kinadrama
„Die Ehebrecherin“.
 9 Uhr 45: 9 Uhr 45:
Schimpanse
 Konsal James Great.
Trianon-Theater. Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.
Walhalla-Variete-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anf. 8 Uhr. Das neue Programm.
Severus Schaeffer
 der berühmteste Künstler der Welt, und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel: Boobierfest. Regimentskapelle, Schammeln. Theaterbesuchern freier Eintritt!
Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
 Morgen und folgende Tage:
 Diefelbe Vorstellung.
 Sonntag, den 23. Januar, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsschne.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Dienstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Wied und Hans Peterfen. Ende 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Meinelbauer.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Schiller-Theater (Charlottenburg). Dienstag, abends 8 Uhr:
Gezeiten.
 Ein Familien-drama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Ende 11 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Sum I. Male: Geschäft ist Geschäft.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr
Bunter Abend
 Leitung: Margarete Walkotte
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.
 Mitwirkende: Amalie Birbaum, Violinvirtuosin, Lucy Tömlsch-Bohm, Sängerin, Ernst Schmidt, Tenor, Anton Hildach, Komiker, Bernhard Nitzsche, Kapellmeister, Margarete Walkotte.
 Entree 50 Pf. 228b* Abendkasse 60 Pf.
 Vorverkauf bei Herrn Paul Horsch, Engelauer 15.
Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 198/114
 Täglich:
Großes Bockbier-Fest.
 Heute Dienstag, den 18. Januar 1910:
 Prämierung des höchsten tragbaren schwarzen Seidenfilz-Zylinderhutes
 Anmeldung bis 10 Uhr abends an der Kasse.
 Barpreise: 50., 30., 20., 10. M.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Größte Schenswürdigkeit Berlins.
 Morgen Mittwoch: **Auf der Alm.**
 Ellietag.
 Größter Bod-Jubel und Trubel.
 Der berühmte Wesswirt Schorsch Ehrengreber mit seiner Kruppe (60 Mitwirkende) aus München. Aufstieg des leibhaften Lustschiffes „Zeppelin IV“. Schönste Original-Deformation. Ueberrollungen ufm. Gewitter in den Alpen. Dumorissches Schneetreiben. Die Riesen-Küme (6 Meter hoch).
 Gratistvorstellung von 100 Wertgegenständen. Jed. Bel. erh. ein Los gratis. Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf. Pufferkarten haben Gültigkeit.

Zirkus Schumann
 Dienstag, 18. Januar 1910, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung mit neuem Programm.
 Auftreten des Kommissionsrat Gustav Stensbeck als Gast mit 1. neuen hervorragenden Schulpferden.
Original-Bagonghi, der kleinste komische Reiter der Welt
Sergeant Brennan, der vorzügliche Diabolospieler.
 Robm. Suzanne Bonville aus Paris mit ihren Freiheitssperden.
 Der Prof. mensche Harlow unerreicht in seinen Produktionen.
 Um 9 1/2 Uhr ca. Ende 11 Uhr
 Zum 66. Male:
Die drei Rivalen
 Große Feierte in 5 Akten.
Casino-Theater
 Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Sensationeller Lacherfolg!
Der Obergäuner.
 Lustspiel in drei Akten von R. St. Vorber: Das erstklassige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trübchens Sommerreise.
Passage-Theater. Abends 8 Uhr.
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mile. Farfalla
 und das sensationelle Januar-Programm.
Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!
Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten. Musik von L. Thal, mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Dierzel:
Ein Rettungsmittel
 Komödie v. L. Duna. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
ORPHEUM
 S.O. BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 Beginn:
 Wochentags 4 Uhr.
 Sonntags 2 „
Karl Haverland
 Anfang Theater. präg. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
 Das glänzende erstklassige Januar-Programm.
Schlager auf Schlager!
W. Noacks Theater
 Dannewitzstr. 16, am Rosenthaler Tor.
 Zum 5. Male:
Die lustigen Weiber von Windsor.
 Morgen:
Lumpacivagabundus.
Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
 Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
 Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2
WINTERGARTEN
Olga Desmond,
 die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
 sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten
Januar-Attraktionen!
Buggenhagen
 am Moritzplatz
 3/4 8 Uhr.
 Im oberen Saale:
 Die glänzenden Spezialitäten.
 Heute ringen präzise 1/2, 10 Uhr:
Max Schneider Apollon de Colosse
 Ludenwalde Lüttich
 Tuistowo Gehhardt
 Humland Siebold
 L. Gambier Meier
 Frankreich Berlin
 Th. Schibilski Räckl
 Berlin Magdeburg
 Im unteren Saale:
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

Zirkus Busch.
 Heute Dienstag, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr präz. i.
Großer Gala-Abend.
 Auftreten von Thereso Filis, Schulleiterin auf Moskau-Aubry von Masini a. d. Ouverture.
Neu! Neu! Neu!
Curtis Sisters!
 Luftserpentin-Akt.
Die Morandinis.
 Herr E. Schumann, Neudross. Reiterfamilie Proserpi.
 9 Uhr ca. Ende 11 Uhr
 Die neue russische Pantomime
Marja.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910:
 Zum erstenmal wiederholt:
Die Grille.
 Mähdliches Charakterbild in 5 Aufzügen von Ch. Dürck-Heffer.
Voigt-Theater
 Gastspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
 Dienstag, den 18. Januar 1910:
Die goldne Eva.
 Lustspiel in 3 Akten von Schönhan. Aufführung 7, Anfang 8 Uhr.
Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstraße 72.
 Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Franz Sobanski, Ella Matthes, Ida Gelp, Viktor Ritter, Wlad. m. Oskar Karl, Ritr. Boston, Rind, Neumann, Gregg und Schellin Kramer-Isis ufm.
Familie Knoppe
 Volkstück m. Gesang v. D. Richter. Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 1/2 Uhr.
Palast-Theater.
 Direktion: Robert Dill & Karl Pinnau. Burgstraße 34, am Bahnhof Börse.
Das vollständig neue Programm.
Ein unvorsichtiger Seilkünstler.
Kapit. Frehns dress. Seelöwen.
14 erstklassige Attraktionen.
 Anfang: Sonntags 7 Uhr. Dinstags 8 „
 Entree 50 Pf. bis 2 M.
Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
 Der Nachwächter von Serpensschleife.
 Studententheil v. F. Meyer
 Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag und Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanzkränzen von
Hoffmanns Nordd. Sängern
 Dies neues, attraktives Programm. Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
 Morgen Mittwoch: Theaterabend: Der Goldbauer.
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



Martha Köhler
Willi Schulze
Verlobte. 2906

Unserem Kollegen **Theodor Schmidt** nebst seiner lieben Gattin **Margaret** zu ihrer am 23. d. M. stattfindenden Hochzeitfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die organisierten Kollegen der Brauerei Reichel, Kulmbach.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landberger Viertel.
Bezirk Nr. 376, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Metallarbeiter

Eduard Hempler
Samariterstr. 5
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
215/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bohrer

Eduard Hempler
gestorben ist. 110/11
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für **Schöneberg.**
Bezirk 5a.
Am Freitag, den 14. Januar, verstarb plötzlich unser Mitglied und Bezirksführer, der Tischler

Wilhelm Baars
im Alter von 64 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Hölle) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
15/2 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Schöneberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Wilhelm Baars
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Schöneberger Friedhof, Blanke Hölle, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
77/15 Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin I.)
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rechner

Hans Siebert
am 15. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Januar, mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der St. Elisabeth-Gemeinde in Pantofel, Bollnistr. 66, aus statt.
281/19 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes

Rudolf Zühlke
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein "Deutscher Lied", W. v. A. S. B., und dem Anschluss "Osten", W. v. A. S. B., unseren herzlichsten Dank.
Die tieftrauernden Eltern und Geschwister.

Dankfagung.

Da es uns unmöglich ist, einem jeden einzelnen zu danken, so sprechen wir auf diesem Wege für die zahlreichen innige Teilnahme und die überaus reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, unseres guten Bruders, Onkels und Schwagers, des Zeitungspediteurs

Hermann Raschke

allen Genossen, Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn **Waldock Manasse** für die frohreichlichen Worte, ferner dem Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins und Umgegend, den Bezirksführern der 4. Abteilung, den Genossen der Bezirke 569/70, 574, 576, 583 und 592 des 6. Kreises, der Zeitungspedition **A. Hintze & Co.**, den Botenfrauen der Parteipeditionen **Raschke, Weiss, Kohnen** und **Gesundbrunnen**, den Kollegen des Zentralverbandes deutscher Arbeiter, Zahlstelle Berlin, Bezirk Dänienburger Vorstadt, dem Gesangsverein "Morgengrauen" sowie dem Verband der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle Berlin, unseren tiefgefühltesten Dank aus.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wwe. Auguste Raschke.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes spreche ich allen Freunden u. Bekannten, besonders dem Deutschen Holzarbeiterverband, meinem herzlichsten Dank aus.
Wwe. Barbara Klüchler.

Dankfagung.

Für die von allen Seiten gelieferte Teilnahme und rege Beteiligung, sowie die zahlreichen Kranzsenden zur Beerdigung unseres lieben Dahingegangenen, des Lagerhalters
Albert Wasewitz
sagen wir auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Sekretariat der Provinz Brandenburg, dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins, des vierten Reichstagswahlkreises, Königsberg-Neumarkt, Gützebeke, W.-Bleichen und Neudamm, der Konsum-Gesellschaft, Gützebeke und dem Verband der freien Gewerke unseren innigsten Dank.
Gästediese a. D.
Die Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Teilnehmern unseren besten Dank.
Ww. Auguste Breitenfeld
nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Teilnahme anlässlich der Beerdigung meines lieben Mannes, des Bildhauers
Theodor Grosse
sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Sparverein "Freundschaft", sowie dem Gewerksverein der Bildhauer meinen herzlichsten Dank.
Witwe **Anna Grosse.**

Neu erschienene Bücher!

Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie.
Erläutert von **Paul Hirsch.**
Preis geb. 3,- M.

Verfassungswesen u. Verfassungskämpfe in Deutschland.
Von **Georg Gradnauer.**
Preis geb. 3,- M.

Aus Sturmeszeit.
Roman von **Anastasia Worbizkaja.**
Einzig autorisierte Übersetzung von **Frida Stoch.**
Preis brosch. 6,-, geb. 7,50 M.

Expedition des "Vorwärts"
Berlin SW.
Lindenstraße 69 (Laden).

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie **Zarenba,**
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhaler Tor.
Billigste Bezugsquelle! Versuch 1. zur dauernden Kundenschaft.

Glumen- und Kranzbinderi
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Strasse 2.**

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28**
Ecke Ritterstr.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten



Ein schlimmes Ende

nimmt jeder Versuch das beliebte, echte **Palmin** durch eine billige Nachahmung zu ersetzen. Wir bitten daher beim Einkauf genau auf den Namen **Palmin** und den Schriftzug **Dr. Schlink** zu achten und Nachahmungen, die oft unter täuschend ähnlich klingenden Namen angeboten werden, zurück zu weisen.

H. Schlink & Cie. A. G.
Hamburg · Mannheim
Alleinige Produzenten von **Palmin.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Neue reizende Villa,
6 Zimmer, Diele, Terrasse, Veranda, gr. Garten, für 45 000 M. veräußlich.
Billich! Objekt, so hier noch zu haben!
H. Banauer, Otto Erichstr. 2. 181/3

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Bruch-Pollmann
empfehl. sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenfassen.
Berlin N.,
jeht **Lothringer Straße 60.**
Alle Bruchbänder mit elastischen Belegen, angenehm u. weich am Körper.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Direksenstraße 20**
göschter Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. - Amt VII, 13799
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenfassen.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie **Zarenba,**
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhaler Tor.
Billigste Bezugsquelle! Versuch 1. zur dauernden Kundenschaft.

Die Brandschabung
des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland
von **J. Karski.**
Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Das arbeitende Volk und die Steuern.
I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen
von **Dr. Karl Renner.**
Preis 50 Pf.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet zwölffach. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung. Sofort; desgl. Harn (Spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Röhrenhause, I. 8724. Verf. Röhrenpr. bist. u. kosten. Geöffnet von 8-9, Sonntags von 12-1.

50 000 Liter
angewonnen 40050*
natürl. italienische **Trani** Weine
analysiert Kgl. Versuchungs-Station in Varelitz. - Kgl. Zollamt Berlin.
Haupt-Niederlage: **Klosterstr. 1-2.**
I. Filiale: **Gr. Frankfurter Str. 48.**
Tel. III, 564. X. Billige Preise.

Das arbeitende Volk und die Steuern.
I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen
von **Dr. Karl Renner.**
Preis 50 Pf.

Die Brandschabung
des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland
von **J. Karski.**
Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitestr. 3. Hof III. Amt 3, 1987.
Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung
für den 6. Bezirk (Rixdori und Umgegend) in „Hoppes Festsälen“, Rixdorf, Hermannstr. 49.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **O. Handke** über: „Reichsfinanzpolitik, Wirtschaftskrise und Gewerkschaftskämpfe“. 2. Bericht der Gesamtbezirksleitung für 1909. 3. Diskussion. 4. Renzwahl der Gesamtbezirksleitung und Agitationskommission. 5. Verschiedenes.
Der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung wegen ist es dringende Pflicht aller Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Versammlung wird pünktl. eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
1110/10 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Isolierer u. Steinholzleger Deutschlands.
Abteilung I: **Isolierer Berlins.**
Mittwoch, den 19. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Freiheit, Dragonerstr. 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsbedingungen des Zentralverbandes der Isolierfirmen Deutschlands und der Akkord- und Lohnstarif des Arbeitgeberverbandes für das Isoliergewerbe zu Berlin.
2. Diskussion und Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
281/20 3. V. des Vorstandes: **Herm. Lange.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 21. Januar 1910, abends 6 Uhr:
Branchen-Versammlung
der **Stuis-Arbeiter und Arbeiterinnen**
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Branchenleitung. 2. Jahresbericht der Zentralkommission. 3. Renzwahl der Branchenleitung. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 231/4
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet
Die Ortsverwaltung und Branchenleitung.

Achtung! Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe!
Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Pläne der Scharfmacher in unserem Berufe.
2. Diskussion.
Die Verwaltungen erwarten das Erscheinen aller Kollegen, da Wichtiges auf dem Spiele steht.
281/13*
Der Einberufer:
Alex Czech, Engelauer 15.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei **Hoppe, Hermannstr. 49.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909. 2. Bericht der Verwaltung und Kommissionen. 3. Wahl der Ortsverwaltung und der Beitragsammler. 4. Verhandlungsangelegenheiten.
77/14* Die Ortsverwaltung.

Zentral-Krankenkasse der Tapezierer.
(Filialen Berlin.)
Freitag, den 21. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Quartals-Versammlungen.
Filiale I: bei **Meyer, Dronienstr. 103.**
Filiale II: bei **Häuser, Elisabethstr. 14.**
Filiale III: **Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.**
Tagesordnung: Rassenbericht vom 4. Quartal 1909. Diskussion und Verschiedenes.
Recht zahlreichen Besuch erwarten Die Ortsverwaltungen.
177/2

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat (Smal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanzschlag. 95/16*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurlästenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

In teurerer Zeit

MAGGI'S Suppen
Gegründet 1830. **ERBS**
der sparsamen Hausfrau vorzügliche Dienste. Nach wie vor kosten sie nur 10 Pf. (ein Würfel für 2-3 Teller). Sie schmecken, nur mit Wasser wenige Minuten gekocht, ebenso kräftig wie die beste mit Fleischbrühe hergestellte Suppe. Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen (Schuhmarke Kreuzstern). Mehr als 90 Sorten.
MAGGI'S gute, sparsame Küche.
Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die nächtliche Bluttat in der Gerichtstraße,

die seinerzeit durch ihre recht eigenartigen Rebenumstände großes Aufsehen hervorgerufen hatte, beschäftigt gestern die Geschworenen. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hat sich der 23jährige Stallmann Ernst Wulff unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu verantworten. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Goebel, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Carl, die Verteidigung des Angeklagten führen die Rechtsanwälte Dr. Puppe und Dr. Franz Gahn. In der Sache selbst ist ein ungeheurer Zeugen- und Sachverständigenapparat aufgebaut worden. Es sind vorläufig circa 60 Zeugen geladen, darunter die Kriminalkommissare Tegtmeyer und Fischer. Als Sachverständige sind geladen: Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Strahmann, Medizinalrat Dr. Hoffmann, Gerichtsarzt Dr. Marx, Dozent Dr. Fraentel vom Institut für Staatsarzneikunde, Planlammerinspektor Koethe und Kammergerichtspräsident Dr. Anuschat. Zur besseren Erläuterung der örtlichen Verhältnisse ist vor der Geschworenenbank eine Tafel mit dem Plan des Grundstücks Gerichtstraße 60 aufgestellt. Der Zeugentisch ist mit Observaten dicht bedeckt. In einer Holzrinne steht unter dem Tisch, den Augen der Neugierigen noch verborgen, der abgeschnittene Kopf der Geiselin, der Prostituierten Verta Schneider. — Der Andrang zum Hörsaalraum ist ein außerordentlich großer, so daß die vorhandenen Einlassarten in wenigen Minuten vergriffen sind.

Der Angeklagte Wulff ist ein bläuer und nicht sehr kräftiger Mensch mit hoher, fast weinerlicher Stimme, der einen nicht gerade intelligenten Eindruck macht. Der Anklage selbst liegt, wie zum Teil schon mitgeteilt, folgender Sachverhalt zugrunde: Am frühen Morgen des 2. August gegen 2 Uhr entdecken der in dem Hause Gerichtstraße 60 wohnhafte Kollereibesitzer Floride und dessen Kutscher den ihnen bekannten Angeklagten, wie er sich in dem auf dem Hofe gelegenen kleinen Garten in auffälliger Weise zu schaffen machte. Bei näherem Zusehen wurde in dem Hofgarten ein Saal aufgefunden, aus welchem ein unbekleidetes menschliches Bein herausragte. Die Polizei wurde sofort requiriert, ebenso die Nordkommission der Kriminalpolizei. Als diese eintraf, bot sich ein recht eigenartiges Schauspiel. Der Angeklagte Wulff sah, nur mit einem Hemd bedeckt, auf dem Schornstein des Stallgebäudes und sang mit verzückt nach oben gerichtetem Blick u. a. die Worte: „Lieber Mond, guter Mond, nimm mich mit. Schnaps trinke ich nicht mehr, nach der Hofenheide gehe ich auch nicht mehr. Lieber Mond August!“ Da Wulff sich weigerte, freiwillig vom Dache herunterzukommen, wurde die Feuerwehre alarmiert, die den Angeklagten nach heftigem Widerstand vom Dache herunterholte. Die Leiche wurde sofort nach dem Schauhaus geschafft, wo sie als die der Lebigen, unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Verta Schneider rekonstruiert wurde. Wulff behauptete nach seiner Verhaftung, daß nicht er, sondern ein Unbekannter die Tat begangen habe. Dieser habe ihn auf der Straße angesprochen und beide hätten eine kleine Wierzei unternommen. Unterwegs habe jener Unbekannte die Schneider auf der Straße angesprochen und ihn gebeten, ihm die Wohnung zur Verfügung zu stellen. Er sei darauf eingegangen und habe dem Unbekannten den Schlüssel gegeben. Als er nach einiger Zeit den beiden gefolgt sei, habe er plötzlich in der Wohnung einen Schlag auf den Kopf bekommen, der ihn fast betäubend niedergerückt habe. Er sei dann erst wieder zur Besinnung gekommen, als er sich auf der Polizeiwache befunden habe.

In seiner gestrigen Vernehmung wiederholte der Angeklagte diese Darstellung. — Rechtsanwalt Dr. Puppe erklärt, daß der Angeklagte ihm und seinem Mitverteidiger eine ganz andere Darstellung des wirklichen Sachverhalts gegeben habe. Der Angeklagte selbst weigerte sich jedoch, diese Erklärung vor Gericht abzugeben, weshalb er (der Verteidiger) beantragte, den Rechtsanwalt Dr. Franz Gahn über diese Angaben als Zeugen zu vernehmen. Der Angeklagte widersprach jedoch dieser Vernehmung und erklärte sich bereit, den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Der angebliche Unbekannte sei ein guter Freund von ihm, den er aber nicht nennen wolle, da dieser verheiratet und Familienvater sei. Dieser Freund sei mit dem Mädchen wegen der Bezahlung in Streit geraten und habe plötzlich auf die Schneider eingeschlagen, die schon nach dem ersten Schlag furchtbar geschrien habe. Sein Freund sei dadurch noch wütender geworden und habe mit dem Schlagring auf das

Mädchen eingeschlagen. — Landgerichtsdirektor Goebel: Sie wollen und also nicht sagen, wie der Freund heißt und wollen, wenn Ihnen diese Geschichte deshalb nicht geglaubt wird, auch lieber die Strafe auf sich nehmen? — Angekl.: Jamohl, ich verrate ihn nicht, weil er verheiratet ist. — Vorl.: Sie sollen einmal zu dem Kutscher Gurow, der auf demselben Hofe beschäftigt war, folgende Aussage getan haben: „Wenn ich mir noch einmal ein Mädchen mitnehme und die würde Strach machen, so gebe ich ihr eins auf den Kopf und verbummle sie hinten im Garten, so daß kein Hahn mehr danach kräht!“ Haben Sie nicht diese Aussage gemacht? — Angekl.: Nein, ich bestreite ganz entschieden, so etwas gesagt zu haben. — Die Vernehmung des Angeklagten ist damit beendet. Es wird hierauf in die Vernehmung eingetreten, in welcher zuerst die Zeugen vernommen werden, welche in jener Nacht den Angeklagten auf dem Hofe gesehen und die Leiche der Schneider gefunden hatten. — Der Zeuge Kutscher Gurow ist in jener Nacht durch das fortwährende Einschlagen des Hofhundes nach geworden. Er habe, wie er vor Gericht bekundete, sofort angenommen, daß irgend etwas nicht in Ordnung sei. Er habe dann mit der Stallkaterin den Hof abgeleuchtet und in einer dunklen Ecke in gebückter Haltung einen Mann stehen gesehen, in dem er den Angeklagten Wulff zu erkennen geglaubt habe, nachdem ihn dieser mit seinem Vornamen angerufen habe. Eine zweite Person habe er nicht gesehen. Er habe dann seinem Arbeitgeber, dem Obsthändler Lohse, von dieser Begegnung Mitteilung gemacht und beide hätten dann den Hof nochmals abgesehen und dann die Leiche gefunden.

Ueber ihre Wahrnehmungen bei der Auffindung der Leiche und die örtlichen Verhältnisse am Tatorte werden sodann mehrere Hausbewohner vernommen.

In der weiteren Verhandlung betraute sich der Angeklagte wiederholt in Widerspruch. In seinen wirren Erzählungen machte er nochmals so unwahrscheinliche Angaben, daß dadurch ein Heiterkeitssturm im Publikum entsteht. Diese mehrfachen Widersprüche veranlaßten den Vertreter der Anklagebehörde, Staatsanwalt Dr. Carl, die Anklage auch auf Verbrechen gegen § 212 Str.-G.-B. (Totschlag) auszudehnen und den Angeklagten und seine Verteidiger darauf aufmerksam zu machen, daß die Verteidigung auch auf diesen veränderten rechtlichen Gesichtspunkt auszudehnen sei. — Rechtsanwalt Dr. Puppe beantragte für den Fall, daß das Gericht diesem Antrag stattgeben sollte, die Vertagung des ganzen Prozesses, da dann der von dem Angeklagten behaupteten Beteiligung des unbekanntesten Freundes erst nach näher nachgegangen werden müsse. Nach Vernehmung mehrerer Hausbewohner, die nur ganz unwesentliche Angaben machten, wurde der Dozent und erste Assistent an dem hgl. Institut für Staatsarzneikunde Dr. Paul Fraentel als Sachverständiger vernommen, der an der Obduktion der Leiche der Schneider teilgenommen hatte und auch den Kopf der Leiche abgetrennt und kunstgerecht präpariert hat. — Vor Vernehmung des psychiatrischen Sachverständigen Gerichtsarzt Dr. Marx wurden auf Antrag der Verteidigung die Eltern und der Bruder des Angeklagten vernommen. Während Vater und Bruder von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machten, erklärte sich die Mutter zur Aussage bereit. Sie bekundete, daß der Angeklagte unter den 15 Kindern, denen sie das Leben gegeben habe, immer am kränklichsten gewesen sei, da er schon bei der Geburt eine Kopferkrankung erlitten habe. — Mehrere andere Zeugen, zumeist frühere Arbeitgeber des Angeklagten, bekundeten, daß von ihnen nichts besonders Auffälliges an dem Angeklagten wahrgenommen sei.

Der Gerichtsarzt Dr. Marx bekundete als Sachverständiger, daß der Angeklagte ein zu Gewalttätigkeiten neigender Mensch sei, bei dem ein gewisser, wenn auch schwacher, angeborener geistiger Defekt zu konstatieren sei. Von einer Geisteskrankheit oder einer nur vorübergehenden Störung der Geistesfähigkeit könne bei dem Angeklagten keine Rede sein. Die Anwendung des § 61 Str.-G.-B. erscheine völlig ausgeschlossen.

Der zweite Sachverständige, Medizinalrat Dr. Hoffmann, schloß sich diesem Gutachten nach jeder Richtung hin an. — Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Strahmann, der in Gemeinschaft mit dem Dozenten Dr. Fraentel die Obduktion der Leiche vorgenommen hatte, bekundete, daß als Todesursache eine Verblutung in Verbindung mit Gehirnerschütterung in Frage komme.

Hierauf wurde auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Carl den Geschworenen der Kopf der Ermordeten vorgelegt, nachdem der Institutsdirektor Sattler bekundete, daß dies der Kopf der Schneider sei, der ihm von dem Geheimrat Dr. Strahmann zur Präparation übergeben worden sei. Der Kopf, der sich in einem luftdicht verschlossenen Glasfaß befindet, bietet einen entsetzlichen

Anblick dar. Die Kopfhaut ist an zahllosen Stellen durchschlagen, die Ohren bestehen nur noch aus einzelnen Hautstücken.

Die Verhandlung wurde dann kurz nach 4 Uhr abgebrochen. Heute soll auf dem Grundstück Gerichtstraße 60 ein Lokaltermin abgehalten werden. In diesem werden sämtliche Geschworenen, das Richterkollegium, Staatsanwalt und Verteidiger sowie ein Teil der Zeugen teilnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, bester Eingang, vier Treppen, **Freitag** **19** wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Zeitscheine beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Vorwärts 100. Der Vater konnte die 21 Mark gegen die veränderten Gerichtsnoten ausrechnen. — **N. R. 141.** Leber würde eine eventuelle Klage auf Lohnzahlung wenig Aussicht auf Erfolg haben, da der Gesamterlös ausreicht, um die Klage zu decken. Sie auf gültigem Wege etwas. — **J. 40.** Tellen Sie dem Verwalter mit, daß Sie von dem Vertrage zurücktreten, weil er erlosch, daß es unbestimmt ist, ob die Wohnung am 1. April bezugsbar ist. — **N. R. 100.** Das Berliner Ortsstatut, durch welches die Krankenversicherungspflicht für Heimarbeiter eingeführt ist, gilt nach dem Gesetz und dem Statut nur für die in Berlin wohnenden Arbeiterinnen, nicht für die in Berlin arbeitenden, aber in einem Vorort Wohnenden. — **G. S. 39.** 1. Der Ausschlag der Kündigung gilt auch für das jetzige Verhältnis. 2. Das wäre Alford. Die Vorschriften des Tarif sind maßgebend. 3. Nein. — **Clare.** 1. Die Mitteilung an den Ubel genügt. Der Ubel würde unter den von Ihnen dargelegten Umständen zur Zahlung von Gehalt nicht verpflichtet sein. 2. Ein Sozialbeamter (Bureaubeamter einer Rittersch.) Die Höhe des Gehalts usw. unterliegt Vereinbarungen. 3. Werden Sie sich an einen Arzt. — **G. S. 100.** 1. Die Herrschaft wäre zum Erfolg verpflichtet. 2. Nein. Es kam auf Herausgabe und eventuellen Schadenersatz gegen die Herrschaft beim Amtsgericht geklagt werden. — **N. S. 2.** Ist in der Tat in dem Vertrag über Kündigung nichts vereinbart, so war Ihre Kündigung rechtzeitig und ist verbindlich. — **W. 27.** 1. Der Hausbesitzer und der Fabrikant. 2. und 3. Ja. 4. An den Gewerkeinspektor.

Weihensee. Verlangen Sie einen Keller ohne den gerügten Mangel oder Schadenersatz und klagen Sie eventuell beim Amtsgericht. — **G. S. 42.** Sie würden den Grund für einen anstrengenden zur sofortigen Aufhebung des Vertrages halten. Ob das Kaufmannsgericht oder das ordentliche Gericht zu derselben Ansicht gelangt, läßt sich nicht voraussagen. — **Weiberich.** 1. Nein. 2. Nein. — **G. 61.** Nein; möglicherweise wird aber Betrag seitens des Schmiegersohnes als vorliegend angenommen, wenn etwa durch die falsche Angabe im Mietvertrag, die Möbel seien sein Eigentum, der Wert zum Eingehen des Mietvertrages veranlaßt worden ist. — **C. G. 1.** Die Jurisdiktion entspricht leider dem Gesetz. Bis zum Erlass eines Urteils werden vermutlich zwei oder drei Monate vergehen.

J. W. 86. Das Nähere erfahren Sie im Bureau der Deputation für die hiesigen Fachschulen, Berlin O. 2, Klosterstraße 41. — **J. G. 14.** Als Mittel hierzu gelten: Branntwein mit pulverisiertem Schmelz, Hele mit Zucker, alte Perings, heißes Seifenwasser, lauwarmes Wasser. — **Wieder-** **kunft.** Wir möchten Ihnen empfehlen, sich zunächst mit dem Bureau des Bundes für Mutterchutz, Wilmerdorf, Koobercher Straße 8, in Verbindung zu setzen. — **W. S. 31.** Der Planet Venus. — **W. S.** Vor ungefähre vier Jahren von einem Münchener Brauer an der Kuhenseite. Zu einer banalen Klage. Belohnung ist nie angesetzt worden. — **B. 63.** Verlangen Sie es zunächst in einer antiquarischen Buchhandlung. Adressen erhältlich im Berliner Adreßbuch. — **G. S. Wismannstraße.** Umgekehrt 1891. — **G. Böhlend.** 1. Von ihm ließ ich mich ausfüllen. Wir können kaum glauben, daß in dem erwähnten Buch an dieser Stelle das Wort mir stehen sollte. 2. Am verhängten Dialekt.

— **N. S.** Der Handwerker ist im Recht und würde voraussichtlich im Falle einer Klage obliegen. — **Abfischerhof.** **W. S. 34.** — **G. R. 10.** Sie haben seit dem 1. Juli vergangenen Jahres keinen Mietschein mehr zu zahlen, weil Ihre Miete weniger als 300 M. beträgt. — **N. G. 100.** Eine besondere Anmeldung ist unternommen nicht erforderlich. — **J. S. 4.** Nein; der Ubel kann nur das auf die beiden letzten Lohnzahlungsperioden Entfallende von ihm verlangen. — **N. R. 95.** Das Gericht kann Verzeigung als vorliegend ansehen, ist aber hierzu nicht verpflichtet. Demnach wäre der Ausgang der Klage ein zweifelhafter. — **C. W. 24.** Sie müssen sich an den Rektor wenden. — **W. S. 12.** 1. Inermäßig ist es, die Miete zu hinterlegen. 2. Der Vertrag gilt weiter. 3. Die von Ihnen angelegten Gründe berechtigen nach dem Gesetz nicht zur Aufhebung des Mietvertrages. — **G. R. 72.** Sie können auf Unterlassung der Sichtung Ihres Mietscheines gegen den Wert beim Amtsgericht klagen. — **J. 111.** Eine Jungverheiratete kann innerhalb des ersten Jahres nach der Heirat die Rückzahlung der Hälfte der für sie gezahlten Beiträge verlangen, wenn vor der Heirat mindestens 200 Mark geleistet waren. Inermäßig ist es, weiter zu lesen. — **C. S. 63.** Sie sind dem Wert gegenüber für Zahlung verantwortlich. — **J. R. 239.** Inermäßig ist es in dem Falle, sich in Wille mit der betreffenden auseinanderzusetzen. Sie könnten veranlaßt werden, für zwei Jahre nachzusehen, auch hätte eine Schadenersatzklage Aussicht auf Erfolg.

Imposante Auswahl **Möbelstoffe** (allerletzte Neuheiten) **Moquet, Woll, Plüsch** abgepaßt und meterweise. **Muster-Kollektion** bei näherer Angabe franko! **Teppich-Spezialhaus** **Emil Lefèvre** Berlin S. Oranienstr. 158.



*„Kornbrot in der Tischa“
Ein köstliches Gericht!
Doch soll es für alle mündigen
Kornbrot, Palmolive“ nicht!*

Palmona
Pflanzen-Butter-Margarine
frei von tierischen Fetten; von reinem,
delikatem Geschmack; vorzüglich als
Brotaustrich; vollkommener
Butterersatz.
H. Schlink & Cie. A. G.
Alleinige Produzenten von
•Palmin• und •Palmona•

Pelz-Stolas
Großer **Inventur-**
Verkauf!
Ueber **500** Stolas in
500 Muffen allen
Colliers Arten
zu wirklich billigen Preisen.
Kürschnerai „Eile zu Weile“
119 Dresdener Str. 119
Eckhaus Oranienplatz
Sonntag geschlossen.

Ein maßgebendes Urteil
zu fällen über Wert und Güte unserer
JOSETTI VERA
CIGARETTEN
ist heute jedem Raucher möglich. Die Fähigkeit, Qualität bei
Cigaretten richtig abzuschätzen, hat sich mit fortschreitendem
Konsum erheblich gesteigert. Unter diesen Umständen muß eine
Marke Außerordentliches bieten, um so populär zu werden, wie
unsere Josetti-Vera-Cigaretten. Sie muß aber in noch weit höherem
Grade stets ihre bestimmte und bekannte Güte garantieren, wenn sie
ihren guten Ruf nicht nur behalten, sondern fortgesetzt erweitern
will, wie dies bei unseren Josetti-Vera-Cigaretten der Fall ist.
Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.



